

GRÜN

GEHT'S WEITER

Unser Plan für Neukölln



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NEUKÖLLN



***Bezirkswahlprogramm
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NEUKÖLLN***



Grün geht's weiter.

Inhaltsverzeichnis

Bezirkswahlprogramm 2021

Präambel **Seite 07**

1 Rette deinen Kiez - zusammen für ein bezahlbares und lebenswertes Neukölln **Seite 10**

1.1 Fair Mieten, gerecht Wohnen **Seite 13**

1.2 Stadt für alle **Seite 18**

2 Den öffentlichen Raum neu aufteilen **Seite 24**

2.1 Die Kieze den Menschen,
nicht den Motoren **Seite 27**

2.2 Klimagerecht und bequem unterwegs **Seite 32**

3 Eine Stadt für Mensch und Natur **Seite 38**

3.1 Den Bezirk ökologisch umbauen **Seite 41**

3.2 Grünes Wohnzimmer Neukölln **Seite 45**

3.3 Neukölln is(s)t lecker, fair, bio und regional **Seite 51**



4

Selbstbestimmt und solidarisch zusammenleben

Seite 54

4.1 Gleiche Chancen für alle Kinder ***Seite 57***

4.2 Neukölln bleibt divers,
Neukölln hält zusammen ***Seite 65***

4.3 Selbstbestimmt und
gesund leben ***Seite 71***

5

Nachhaltig und fair - Wirtschaft und Verwaltung der Zukunft gestalten

Seite 76

5.1 Sozial-ökologische Transformation
der lokalen Wirtschaft ***Seite 79***

5.2 Gute Arbeit für Neukölln - Menschen
Perspektiven geben ***Seite 82***

5.3 Bezirksamt der Zukunft – digital,
grün und divers ***Seite 84***

5.4 Fundament sichern und
klug investieren ***Seite 88***

Präambel

Liebe Neuköllner*innen,

dieses Wahlprogramm entsteht in einer Zeit, in der vieles unberechenbar scheint. Eine Zeit, in der unser Alltag und unser Zusammenleben von neuen Faktoren bestimmt wird, in der viele Menschen um ihre Existenz bangen und nach Gemeinschaftlichkeit und Halt suchen. Die Pandemie hat offenbart, wie wichtig gemeinschaftliche Infrastruktur in unserer Stadt ist – seien es Beratungs- und Unterstützungsangebote im Kiez oder Grünflächen, in denen wir ohne weite Wege gehen zu müssen, Luft schnappen können. Gleichzeitig merken wir, wo es hakt, weil in den letzten Jahrzehnten nicht genug oder falsch investiert wurde und Nachbarschaftsangebote genauso wie bezirkliche Strukturen abgebaut wurden. Dies sehen wir etwa im Gesundheitssektor, im Bildungssektor oder in der Verwaltung. 2016 haben wir in Berlin in der Koalition sowie wie in Neukölln in der Zählgemeinschaft Verantwortung übernommen. In den vergangenen fünf Jahren GRÜNER Regierungsbeteiligung konnten wir schon vieles erreichen – wir sind aber noch lange nicht fertig.

Dieses Programm fußt auf der Überzeugung, dass es für ein starkes, offenes und solidarisches Neukölln eine robuste öffentliche Daseinsvorsorge und Orientierung am Gemeinwohl braucht. Wir brauchen eine Politik, die vorausschauend, langfristig plant und dabei alle Menschen mitdenkt. Denn auch unabhängig von der Pandemie stellen Mietenwahnsinn und der Ausverkauf unserer Kieze den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf die Probe. Immer noch stehen Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Queer- und Behindertenfeindlichkeit der Sicherheit und Selbstbestimmung aller im Bezirk lebenden Menschen im Weg. Die Auswirkungen unseres Handelns auf Klima, Artenvielfalt und Natur müssen in Neukölln noch viel stärker ins Zentrum politischen Handels. Und bei der Verkehrswende geht es uns um nicht weniger als eine grundlegend neue, gerechte Aufteilung des öffentlichen Raums. Um all diese Herausforderungen gemeinschaftlich anzugehen, braucht es ambitionierte Antworten. Dieses Wahlprogramm blickt

nicht nur auf die nächsten fünf Jahre, sondern zeigt notwendige Weichenstellungen für eine zukunftsfähige Politik auf. Eine Politik, die das Erreichen der Klimaziele, die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und eine Stadtentwicklung zum Ziel hat, in der der Mensch im Mittelpunkt steht.

Damit unsere Kieze lebenswerte Orte für alle Neuköllner*innen bleiben, werden wir weiter gegen steigende Mieten kämpfen, den Milieuschutz weiterentwickeln und für bezahlbaren Neubau sorgen.

Unser Bezirk lebt auch von gemeinsam genutzten Räumen: Diese wollen wir ausbauen, mehr Begegnungsräume schaffen, und bestehende soziale Infrastruktur schützen. Wir wollen die in Neukölln verankerte Mischung aus Wohnungen, kleinen Geschäften, Gewerbe und Handwerk erhalten und stärken.

Wir treiben weiter eine konsequente Mobilitätswende in ganz Neukölln voran: für mehr Busse und Bahnen, weniger Autos, verkehrsberuhigte Kieze, mehr Platz für Radfahrer*innen und Fußgänger*innen sowie sichere Schulwege im gesamten Bezirk.

Wir nehmen die Klimakrise ernst und sorgen dafür, dass Klimaschutz in allen bezirklichen Entscheidungen Priorität bekommt. Wir wollen die großartigen Parks und Freiflächen im Bezirk wie das Tempelhofer Feld, die Thomashöhe, den Grünzug Britz-Rudow oder den Britzer Garten erhalten, pflegen und neue grüne Oasen schaffen. Wir machen Neukölln durch Entsiegelung und mehr Stadtgrün fit für heißer werdende Sommer.

Nicht zuletzt werden wir uns weiter für die Teilhabe und Sicherheit der vielfältigen Neuköllner Zivilgesellschaft engagieren. Wir werden uns weiterhin gemeinsam mit vielen zivilgesellschaftlichen, antifaschistischen Bündnissen in unserem Bezirk gegen Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und [LSBTIQ*](#)-Feindlichkeit wenden und die konsequente Aufklärung der rechten Terrorserie, und rechter Strukturen einfordern.

Dabei nehmen wir den gesamten Bezirk in seiner Unterschiedlichkeit und alle Neuköllner*innen in den Blick: Kinder und Jugendliche, die durch bessere Ausstattung in den Schulen bestmögliche Startbedingungen erhalten sollen,

* [LSBTIQ*](#) steht für "Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans-, intergeschlechtliche und queere Menschen". Der Stern (*) dient als Platzhalter für weitere nicht-heteronormative Selbstbezeichnungen.

aber auch ältere Menschen, die sich weiter einbringen wollen oder gesundheitlich Beeinträchtigte, deren gute Versorgung im Bezirk sichergestellt werden muss, Gewerbetreibende und Kreativschaffende, die im Kiez und für den Kiez arbeiten wollen, genauso wie diejenigen, die unser aller solidarische Unterstützung brauchen.

Bündnis 90/Die Grünen Neukölln machen den Unterschied und wir sind stolz auf das, was wir in Neukölln in den letzten fünf Jahren gemeinsam mit der Bezirksgesellschaft geschafft haben. Im Bezirksamt haben wir Klimaschutz, die Mobilitätswende und eine faire Mietenpolitik auf die Tagesordnung gesetzt. Unser GRÜNER Stadtrat für Stadtentwicklung, Soziales und Bürger*innendienste, Jochen Biedermann, konnte mit Vorkaufsrecht und Milieuschutz über 700 Wohnungen retten. Das neu eingerichtete Präventionsteam für Neuköllner*innen in Wohnungsnot konnte allein 2019 über 150 Mietverträge erhalten und Zwangsräumungen verhindern.

Unsere erfolgreiche Arbeit als progressive gestaltende Kraft im Bezirk wollen wir deshalb in den nächsten fünf Jahren fortsetzen. Wir möchten gemeinsam mit den im Bezirk ansässigen Initiativen und Vereinen und einer tatkräftigen Bürger*innenbeteiligung weiter daran arbeiten, dass Neukölln ein lebenswerter, vielfältiger und lebendiger Bezirk für alle bleibt. Dafür bauen wir auf Ihre/Eure Unterstützung!

1

Rette Deinen Kiez

***Zusammen für ein bezahlbares
und lebenswertes Neukölln***



Bezahlbarer Wohnraum und faire Mieten für Gewerbe, soziale Infrastruktur und kulturelle Projekte sind die Grundlage dafür, dass alle sicher in ihrem Umfeld bleiben können. Wir GRÜNE nutzen alle Möglichkeiten, um bezahlbaren Wohn- und Gewerberman dauerhaft zu sichern, neu zu schaffen und rasant steigende Mietpreise zu unterbinden. Spekulant*innen zeigen wir konsequent die rote Karte. In den vergangenen fünf Jahren hat Neukölln unter Führung des GRÜNEN Baustadtrates Jochen Biedermann die Wohn- und Stadtentwicklungspolitik im Bezirk um 180 Grad gedreht - heute sind große Teile des Bezirks zum Milieuschutzgebiet erklärt, wir kämpfen um jedes Haus und jede Wohnung. Das neu aufgebaute Präventionsteam im Sozialamt unterstützt Menschen im Kampf gegen Mietschulden und Obdachlosigkeit. Diesen Weg werden wir weitergehen. Das gilt auch für den Neubau. Das **Neuköllner Modell** mit dem bei Neubau preiswerter Wohnraum verlangt wird, ist mittlerweile über die Stadtgrenzen hinaus bekannt, es steht für eine Politik, bei der beim Neubau konsequent ein Anteil von Sozialwohnungen Pflicht ist.

Das Miteinander in Neukölln hängt elementar davon ab, dass die soziale Infrastruktur gut aufgestellt ist. Das gilt für Schulen, Kindertagesstätten, Spielplätze, Seniorenfreizeitstätten oder Gemeindezentren, aber auch für die Sozialarbeit. Wir haben es in den vergangenen Jahren geschafft, soziale Träger in die dauerhafte Finanzierung zu nehmen, die Neuköllner Stadtteilmütter sind sogar berlinweit als Projekt mit festen Stellen verankert worden. In den nächsten Jahren möchten wir weitere Projekte besser absichern und die Stadtteilkoordination als Anlaufstelle für Anwohner*innen und Projekte stärken. Für Kitas oder kulturelle Einrichtungen wollen wir Räume schaffen, auch indem wir dafür sorgen, dass sie bei der baulichen Planung konsequent mitgedacht werden.

Und was wäre Neukölln ohne die Durchmischung von Handwerk, kleinem Gewerbe, Industrie und Gastronomie? All das wollen wir schützen. Neukölln braucht keine neuen Hotels oder reine Bürogebäude in Wohngebieten, sondern vielfältige Stadtteile.

Neuköllner Modell: Das Neuköllner Modell – erdacht vom grünen Stadtrat Jochen Biedermann – verpflichtet Investor*innen bei Bauprojekten zur Schaffung bezahlbarer Mietwohnungen und sozialer Infrastruktur, auch im dicht bebauten Innenstadtbereich.

ZUKUNFTSPROJEKTE

BEZAHLBARES WOHNEN STATT MIETENWAHNSINN

Die Mietenpolitik haben wir vom Kopf auf die Füße gestellt. 2016 gab es noch kein einziges Milieuschutzgebiet, jetzt gibt es zehn. Wir haben Häuser aufgekauft, hunderte Wohnungen gerettet und mit dem Neuköllner Modell beim Neubau wo immer möglich Sozialwohnungen zur Pflicht gemacht. Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen. Ziel ist, den gemeinwohlorientierten Wohnungsbestand auf mindestens 50 Prozent zu erhöhen. Auf Bundesebene kämpfen wir dafür, Mietobergrenzen im Bestand zu ermöglichen.

SOZIALE INFRASTRUKTUR SICHERN UND AUSBAUEN

Gemeinwohl braucht Räume, um sich zu entfalten. Das geht nur mit Stadtteilzentren, Seniorenfreizeitstätten, Kitas, Jugendeinrichtungen und sicher finanzierten Projekten. Es ist uns beispielsweise gelungen, das Neuköllner Vorzeigeprojekt Stadtteilmütter mit festen Stellen berlinweit zu verankern. Diesen Weg wollen wir weitergehen, weitere Projekte finanziell dauerhaft sichern und neue Räume für nachbarschaftliches Miteinander schaffen. Dazu gehören nicht-kommerzielle und ebenso selbstverwaltete Angebote.

HERMANNPLATZ UMGESTALTEN - VERKEHRSSICHERHEIT ERHÖHEN

Der Hermannplatz ist ein zentraler Ort für den Norden des Bezirks. Aufgrund der Verkehrsführung ist er allerdings als öffentlicher Aufenthaltsraum für alle wenig nutzbar. Der Platz ist heute einer der Unfallschwerpunkte des Bezirks. Wir wollen den Hermannplatz umgestalten und dabei die jetzigen Straßenflächen für Autos deutlich reduzieren, sichere Fuß- und Radverbindungen über den Platz schaffen und die gewonnene Fläche für neue Aufenthaltsangelegenheiten nutzen. Dabei wollen wir Anwohner*innen und Marktbetreiber*innen einbinden. Voraussetzung für eine stadtverträgliche Umgestaltung des Kaufhausstandortes ist für uns ein ergebnisoffenes und transparentes Beteiligungsverfahren. Den von vom Eigentümer SIGNA vorgeschlagenen Neubau eines Monumentalgebäudes lehnen wir ab.

1.1 FAIR MIETEN, GERECHT WOHNEN

SPEKULATION UND ZWECKENTFREMUNG BEENDEN, BEZAHLBAREN WOHNRAUM SCHAFFEN

Steigende Mieten betreffen längst den gesamten Bezirk. Daher tut unser GRÜNER Baustadtrat Jochen Biedermann alles in unserer Macht stehende, um Mieter*innen zu schützen. Der Milieuschutz, der uns unter anderem die Anwendung des Vorkaufsrechts ermöglicht, ist das wichtigste bezirkliche Instrument gegen Verdrängung und den Ausverkauf unserer Kieze durch Spekulant*innen. Durch unser Engagement ist mittlerweile der gesamte Norden Neuköllns Milieuschutzgebiet. Und auch außerhalb des S-Bahnringes haben wir GRÜNE für Milieuschutzgebiete in der Gropiusstadt, um den Kranoldplatz und rund um die Germaniapromenade gesorgt und somit die Zahl der Milieuschutzgebiete auf insgesamt zehn erhöht - noch Anfang 2016 gab es kein einziges!

Mit Milieuschutz können preistreibende Luxusmodernisierungen verhindert werden. So haben wir in den letzten Jahren dazu beigetragen, dass viele Neuköllner*innen in ihren Häusern bleiben konnten und nicht wegen rasant steigender Mieten ausziehen mussten. Die Milieuschutzregeln entwickeln wir kontinuierlich weiter - um sie noch passgenauer zu machen und alle gesetzlichen Spielräume auszunutzen. Dabei binden wir interessierte Neuköllner*innen mit ein. Im von uns initiierten Milieuschutzbeirat beraten Zivilgesellschaft, Eigentümer - und Mietervertreter*innen gemeinsam mit Politik und Verwaltung. Das wollen wir fortsetzen.

Wer hier Häuser kauft, muss sich an unsere Regeln halten. Investor*innen, die nicht bereit sind, etwa auf die Aufteilung der Gebäude in Eigentumswohnungen zu verzichten, dürfen in Neukölln nicht mehr zum Zuge kommen. Darum haben wir GRÜNE erfolgreich das Vorkaufsrecht in Neukölln angewandt. Partner sind dabei für uns nicht nur städtische Wohnungsbaugesellschaften, sondern auch Genossenschaften, Stiftungen sowie Anwohner*innen- und Nachbarschaftsinitiativen. Denn diese stellen sicher, dass die Objekte dauerhaft der Spekulation entzogen werden. Dabei ist uns besonders wichtig, die betroffenen Mieter*innen intensiv zu beteiligen. Eine neugeschaffene Stelle im Rathaus informiert Betroffene frühzeitig darüber, dass die Ausübung des Vorkaufsrechts ge-

prüft wird und bindet sie durch kontinuierliche und transparente Kommunikation ein.

Ein Vorkaufsrecht kann durch die Unterzeichnung einer Abwendungsvereinbarung abgewendet werden. In diesen verpflichten sich Käufer*innen, auf Luxus-Modernisierung und 20 Jahre auf Umwandlung in Eigentumswohnungen zu verzichten. Auch durch diese Vereinbarungen konnten wir in den vergangenen Jahren tausende Wohnungen in Neukölln vor Mietpreistreiberei und Gentrifizierung schützen. Die aktive Wahrnehmung von bezirklichen Befugnissen in Milieuschutzgebieten ist eines von vielen Beispielen, wie wir GRÜNE das Amt für Stadtentwicklung in den letzten Jahren im Sinne der Neuköllner*innen neu ausgerichtet haben. Das wollen wir fortsetzen.

Wohnungen sind keine Hotels. Darum setzen wir GRÜNE uns konsequent für die Einhaltung des Zweckentfremdungsverbotes ein. Zweckentfremdung zu ahnden, ist sehr zeit- und personalaufwändig. Im Bezirksamt wollen wir darum zusätzliche Stellen schaffen, um der Zweckentfremdung von Wohnungen konsequent entgegenzutreten. Außerdem muss das Zweckentfremdungsverbot auf Landesebene weiterentwickelt und geschärft werden. Den Neubau von möblierten Microappartements wollen wir wo immer möglich unterbinden. Diese Form von teurem und temporärem Wohnen treibt die Bodenpreise zusätzlich in die Höhe. In Berlin und Neukölln braucht es „echte Wohnungen“ mit gemischten Grundrissen, die ein dauerhaftes Wohnen von Singles wie von großen Familien ermöglichen und die Grundlage für ausgewogene Nachbarschaften bilden.

Die Klimaziele werden ohne Maßnahmen im Gebäudebereich verfehlt werden. Energetische Modernisierungen müssen jedoch für die Mieter*innen sozial tragfähig sein. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass z. B. die begonnenen Aktivitäten für eine sozial verträgliche Quartierssanierung fortgesetzt und alle Möglichkeiten der Inanspruchnahme von Fördermitteln auch genutzt werden. Die Genehmigungskriterien für energetische Modernisierung in Milieuschutzgebieten wollen wir so verfeinern, dass die Mieterhöhungen warmmietenneutral bleiben.

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Mietendeckel steht der Bund nun in der Pflicht, mietregulierend einzuschreiten. Unsere GRÜNEN Forderungen sind dabei klar: Wir wollen Mietobergrenzen im Bestand ermöglichen und die Mietpreisbremse entfristen und verschärfen.

EIGENTUM VERPFLICHTET

Wir GRÜNE wollen alle Hebel in Bewegung setzen, dass Häuser beim Verkauf in guten Händen bleiben. Auch viele Einzeleigentümer*innen, die ihr Haus und seine Bewohner*innen seit Langem kennen, haben daran ein Interesse. In den vergangenen Jahren hat sich unser GRÜNER Baustadtrat mit viel persönlichem Einsatz um solche Fälle gekümmert. Wir wollen das Bezirksamt mit mehr Mitteln ausstatten, um verkaufswillige Eigentümer*innen zu vernetzen und Wege für einen verantwortungsbewussten Verkauf aufzuzeigen, bei dem auch die Interessen der Mieter*innen gewahrt bleiben. Bisher fehlt im Bezirksamt eine Stelle, die den Kontakt zu gemeinwohlorientierten Partnern herstellt, berät und den Prozess professionell begleitet. Diese Lücke wollen wir GRÜNE schließen und eine Alternative zur Beauftragung eines herkömmlichen Maklerbüros eröffnen.

Unter unserem GRÜNEN Stadtrat Jochen Biedermann hat das Bezirksamt in den letzten Jahren zudem bei größeren Modernisierungsmaßnahmen mit den Eigentümer*innen eine Vielzahl von Vereinbarungen ausgehandelt – etwa in der Gropiusstadt –, die die Mieterhöhungen begrenzen und den Bewohner*innen ermöglichen, in ihren Wohnungen zu bleiben. Diesen Weg wollen wir konsequent weiter fortsetzen.

Der Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ ist ein Weckruf an die Politik, dass dem im Grundgesetz festgeschriebenen Leitsatz „Eigentum verpflichtet“ auch im Bereich Wohnen und Boden Geltung verschafft werden muss. Wir unterstützen die Ziele des Volksbegehrens. Zentral dabei ist, die Mieter*innen zu schützen, Spekulationen Einhalt zu gebieten und den gemeinwohlorientierten Wohnungsbestand auf mindestens 50 Prozent zu erhöhen. Wir wollen, dass der Staat wieder auf Augenhöhe mit Wohnungsunternehmen verhandeln und agieren kann. Wenn Wohnungsunternehmen sich weigern, ihrer sozialen Verantwortung nachzukommen, wird die öffentliche Hand, auch durch ein Volksbegehren gestützt, den Schritt der Vergesellschaftung gehen müssen.

HILFE UND BERATUNG GEBEN UND OBDACHLOSIGKEIT VERHINDERN, BEVOR SIE ENTSTEHT

Die Angst um ihre Wohnung macht Menschen nicht nur Angst, es macht sie oft regelrecht krank. Wir nehmen es nicht hin, dass Betroffene aufgrund drastischer Mie-

terhöhungen oder fingierter Eigenbedarfskündigungen ausziehen müssen. Denn meist verlieren sie nicht nur die Wohnung, sondern ihr gesamtes soziales Umfeld, weil sie im Kiez keine neue Wohnung finden. Helfen können hier die kostenlosen bezirklichen Mieter*innenberatungsstellen, die wir GRÜNE erhalten wollen.

Häufen sich Probleme in einem Haus, berät diese auch direkt vor Ort. Denn nur, wer ihre*seine Rechte kennt, kann diese auch durchsetzen. Hierfür wollen wir dauerhaft die erforderlichen Mittel im Bezirkshaushalt zur Verfügung stellen und die aufsuchende Mieter*innenberatung ausbauen.

Für viele Menschen ist die Wohnungssuche besonders schwer: Sie werden aufgrund ihrer Herkunft oder Zuwanderungsgeschichte, aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung, aufgrund ihres Alters oder einer Behinderung, aufgrund eines geringen Einkommens oder staatlicher Unterstützungsleistungen diskriminiert. Wir wollen, dass alle Menschen den Bezirk ihr Zuhause nennen können. Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt treten wir GRÜNE darum konsequent entgegen. Wir setzen uns dafür ein, dass die bezirklichen Rechtsberatungen mit der Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt eng kooperieren. Betroffenen soll so wirksam geholfen werden.

Das erfolgreichste Mittel gegen Obdachlosigkeit ist, zu verhindern, dass jemand seine Wohnung verliert. Daher hat unser GRÜNER Stadtrat Jochen Biedermann in dieser Wahlperiode ein vielbeachtetes Präventionsteam für Neuköllner*innen in Wohnungsnot aufgebaut und Zwangsräumungen den Kampf angesagt. Das Präventionsteam unterstützt Mieter*innen, denen Kündigung oder Räumung drohen. Sozialarbeiter*innen gehen zu Betroffenen nach Hause,

bieten Hilfe an und unterstützen sie dabei, ihre Wohnung zu behalten. Dadurch konnten wir allein im Jahr 2019 mehr als 150 Mietverhältnisse retten. Um Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit zu verhindern, werden wir diesen Weg konsequent weitergehen und zukünftig noch enger mit Wohnungseigentümer*innen und den Wohnungsbaugesellschaften zusammenarbeiten.

Wir werden aber auch die Unterstützung für wohnungslose und obdachlose Menschen weiter stärken. Über das Angebot der Kältehilfe hinaus wollen wir Notunterkünfte aufbauen, in denen es zugleich niedrigschwellige und unbürokratische Beratungsangebote gibt, um Menschen Wege aus der Obdachlosigkeit aufzuzeigen.

Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, dass ein Pilotprojekt in Neukölln nach dem Vorbild der erfolgreichen Initiative Housing First Berlin einge-

richtet wird. Dieses soll insbesondere auch Menschen unterstützen, die auf dem Wohnungsmarkt Diskriminierung ausgesetzt sind: Frauen*, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen, Schwarze Menschen und People of Color* sowie Obdachlose hohen Alters.

DER RICHTIGE NEUBAU FÜR NEUKÖLLN

Die Flächen in Neukölln sind weitgehend bebaut, es gibt nicht mehr viele freie Flächen, für Wohnungsbau. Die gute Nachricht ist, dass in Berlin dennoch genügend Bauland ausgewiesen wurde, um den Bedarf an Wohnungen bis 2030 zu decken. Da Bauland wertvoll ist, achten wir GRÜNE darauf, dass Neubau auch für Wohnungssuchende mit geringem und mittlerem Einkommen entsteht und möglichst viel Grün erhalten bleibt. Mit bebaubaren Flächen muss verantwortungsvoll und sparsam umgegangen und vor allem bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden. Entsprechend hat Geschosswohnungsbau dort, wo es möglich und städtebaulich vertretbar ist, für uns grundsätzlich Priorität gegenüber dem Einfamilienhausbau.

Wir brauchen Wohnungsneubau – aber den richtigen! Noch immer wird vielfach am Bedarf vorbeigebaut. Erst seitdem wir GRÜNE die Stadtentwicklung in Neukölln verantworten, ist auch in unserem Bezirk ein Anteil von bezahlbaren Wohnungen bei Neubauvorhaben verpflichtend: Knapp jede dritte Wohnung ist mietpreis- und belegungsgebunden, wenn neues Baurecht geschaffen wird. Dieses sogenannte Berliner Modell der kooperativen Baulandentwicklung muss auch weiter konsequent Anwendung finden. Einen Rückfall in Zeiten, in denen Neubau ohne soziale Verpflichtungen gang und gäbe war, darf es nicht geben.

Wir GRÜNE haben im Bezirksamt mit dem Neuköllner Modell ein darüberhinausgehendes Verfahren für kiezverträglichen Wohnungsbau entwickelt. Bei Neubau haben wir dadurch wo immer möglich einen Anteil von Sozialwohnungen zur Pflicht gemacht. Wir wollen zudem, dass in Wohngebieten mit Geschosswohnungsbau keine einstöckigen Supermärkte oder Flachbauten mehr

* Person of Color/People of Color (PoC) ist eine kollektive Selbstbezeichnung von Menschen, die sich als nicht-weiß definieren und ähnliche Erfahrungen mit rassistischer Diskriminierung teilen.

errichtet werden. Stattdessen bieten mehrstöckige Gebäude Raum für Wohnungen und soziale Infrastruktur. Wir unterstützen Eigentümer*innen dabei, existierende einstöckige Supermärkte zu überbauen oder durch mehrstöckige Gebäude zu ersetzen. Gleichzeitig verlangen wir bei Neubau und Dachgeschossausbau, dass Ökologie und Stadtnatur mitgedacht werden. Hofentsiegelung und Fassadenbegrünung gehören genauso dazu wie Lebensraum für Vögel.

Alle verbleibenden baulichen Flächen, die für einen Neubau in Frage kommen, sollen sozial und ökologisch nachhaltig bebaut werden. Großflächigere Neubauprojekte brauchen Verkehrskonzepte mit einer guten Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Jeder Neubau muss auch ökologisch vertretbar sein. Flächenversiegelung wollen wir minimieren. Passiv- oder Niedrigenergiebauweise und Solarenergie wollen wir fördern und Projekte unterstützen, die verstärkt regionale und umweltschonende Baustoffe wie z.B. Holz und Recyclingmaterial einsetzen. Regenwasserversickerung, Dach- und Fassadenbegrünung, Artenschutz und Erhalt der Biodiversität müssen von Beginn an mitgedacht werden. Wo möglich sollen Dachflächen für Solaranlagen genutzt werden. Im Zuge von Bauvorhaben treten wir GRÜNE überdies für einen offenen Dialog und transparente Planungs- und Abstimmungsprozesse, die die Beteiligung der Anwohnenden und den Austausch mit Stadtplaner*innen, dem Bezirksamt und der interessierten Öffentlichkeit sicherstellen.

1.2 STADT FÜR ALLE

STADTEILTREFFPUNKTE SICHERN, GEMEINWESEN UND COMMUNITIES STÄRKEN, ZWISCHENNUTZUNGEN ERMÖGLICHEN

In den Neuköllner Quartiersmanagement-Gebieten (QM) wurden das Wohn- und Lebensumfeld zum Beispiel durch angenehme Aufenthaltsorte und durch lokale Projekte für Bildung, Beratung, Kultur und Nachbarschaft verbessert. Wir GRÜNE haben uns erfolgreich für neue QM-Gebiete im Harzer Kiez, in Neu-Britz und

in der nördlichen Gropiusstadt eingesetzt. Denn diese Quartiere stehen schon lange vor großen Herausforderungen, wie z.B. Kinder- und Familienarmut. Sie zeichnen sich aber vor allem durch ihre Qualitäten aus: Vielfalt, Diversität und das hohe Engagement der Menschen vor Ort. Dieses Engagement der Bewohner*innen und Initiativen für ihren Kiez soll ausgebaut, Projekte zur Bildung der Stärkung der Nachbarschaft angestoßen und mit anderen Beratungs- und Beteiligungsformaten wie z. B. den Mieter*innenberatungen eng verzahnt werden. Das „Neuköllner Engagement-Zentrum“ nahe dem Richardplatz soll auch in anderen Neuköllner Ortsteilen noch stärker sichtbar werden.

Neben baulichen Maßnahmen wie der Sanierung von Spielplätzen müssen vorhandene Projektstrukturen verstetigt werden. Die neue eingerichtete Stadtteilkoordination als Ansprechpartnerin vor Ort, Nachbarschaftsgremien und lokale Beratungs- und Bildungsangebote wollen wir erhalten und stärken. Es geht darum, an erfolgreiche soziale, ökologische und städtebauliche Projekte bisheriger QM-Arbeit im Wohnumfeld anzuknüpfen und neue zu initiieren. Dafür reicht aber das reine Ehrenamt nicht aus – es braucht auch die unmittelbare Anbindung an die Verwaltung in der Verwaltung. Wir GRÜNE wollen die sozialraumorientierte Stadtteilkoordination als Netzwerk- und Schnittstelle zwischen den Engagierten vor Ort und der Verwaltung personell stärken. Nachdem dieses Konzept in Neukölln jahrelang blockiert wurde, ist es uns in der letzten Wahlperiode endlich gelungen, die Umsetzung zu beginnen. Daran wollen wir weiterarbeiten und so die Zivilgesellschaft in den Kiezen mit der Politik und Verwaltung enger verzahnen.

Stadtteiltreffpunkte wie das Nachbarschaftsheim Neukölln, der Nachbarschaftstreff Buckow, das Stadtteilbüro Reuterkiez oder die Selbsthilfekontaktstellen in Neukölln-Süd und Nord finanzieren sich häufig aus ganz unterschiedlichen Töpfen. Ohne diese Ankerinstitutionen vor Ort würden wichtige Akteure in den Kiezen fehlen. Wir GRÜNE wollen die wichtige Arbeit sozialer Träger in Neukölln auf stabile Füße stellen und die häufig noch stark projektbasierte Finanzierung auf eine dauerhafte Finanzierung notwendiger Aufgaben durch Bezirk und Land umstellen.

Obwohl Räume immer knapper werden, stehen bezirkliche Grundstücke und teilweise auch Gebäude leer. Mal hängt es an der Finanzierung des geplanten Neubaus, mal ging es bei der Sanierung nicht voran. Das können wir uns nicht mehr leisten. Wir wollen alle un- und untergenutzten bezirklichen Liegenschaften auf mögliche kulturelle, soziale oder ökologische Zwischennutzungen

prüfen mit dem Ziel, diese zu ermöglichen. Hierfür wollen wir klare und transparente Kriterien schaffen, welche Flächen für welchen Zeitraum kreativ genutzt werden können.

MEHR PLATZ FÜR KINDER: SPIELPLÄTZE ERHALTEN, SPIELSTRASSEN SCHAFFEN

Kinder brauchen Platz und Freiräume! In Neukölln gibt es sehr schöne, aber leider zu wenige Spielplätze. Unser Bezirk liegt mit seinem Flächenanteil für Spielplätze pro Kind weit unter dem Berliner Durchschnitt. Gerade im eng bebauten Norden fehlt es an Flächen, auf denen Kinder ihrem Bewegungsdrang ungefährdet freien Lauf lassen können. Daher werden wir auch zukünftig alle Finanzquellen nutzen, etwa aus der Städtebauförderung, um Spielplätze zu sanieren oder neu anzulegen. Wir GRÜNE fordern mehr Spielplätze und eine stärkere Rolle der Spielplatzkommission. Eltern, Kinder und Jugendliche sollen schon bei der Planung von Spiel- und Freizeitflächen von der Bezirksverwaltung und der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) gemeinsam an Vorschlägen und Anregungen für bestehende und zukünftige Spiel- und Freizeitflächen arbeiten. Dort wo es möglich ist, wollen wir öffentliche Trinkwasserspender, Toiletten und Wickelräume aufstellen lassen. Beschlossene Spielplätze wie z.B. an der Zeitzer Straße geben wir nicht auf, nur weil sich die Eigentümer*innen lukrativere Nutzungen wünschen.

Während der (temporären) Schließungen von Kitas und Schulen haben wir erste Erfahrungen mit temporären Spielstraßen gemacht. Insbesondere für Familien waren die Freiflächen ein Gewinn; Kinder erhalten so zusätzliche Möglichkeiten zum Austoben. Dieses Angebot soll weiter ausgearbeitet, ausgebaut und verstetigt werden. Auch durch die dauerhafte autofreie Umgestaltung von Straßen und Plätzen, wie am Böhmisches Platz, wollen wir neue Spiel- und Freizeitflächen für Familien schaffen.

SOZIALE INFRASTRUKTUR, KULTUR UND GEWERBE SCHÜTZEN

Viele Neuköllner Gewerbetreibende und soziale Einrichtungen haben erhebliche Probleme, bezahlbare Geschäftsräume zu finden oder halten zu können. Derzeit existiert kein Schutz für Gewerbemietler*innen, ob bei existenzgefährdenden Pachterhöhungen oder Kündigungen. Wir GRÜNE fordern, dass der Bun-

desgesetzgeber das Gewerbemietrecht überarbeitet und wollen, dass der Bezirk hier seinen politischen Einfluss geltend macht. Außerdem plädieren wir für eine gezielte Vermietung an gemeinwohlorientierte Initiativen und soziale Infrastruktur.

Soziale Infrastruktur wie Kitas und kulturelle Einrichtungen sollen bei der baulichen Planung konsequent mitgedacht werden. Bei größeren Bauvorhaben muss das Bezirksamt auf einen Anteil günstiger Gewerbeflächen z. B. im Erdgeschoss drängen. Beim Senat soll sich der Bezirk für den Ankauf von Gewerbeflächen und Liegenschaften einsetzen, welche dann zu günstigen Konditionen an soziale Infrastruktur, kulturelle Einrichtungen, Unternehmensgründer*innen oder gemeinnützige Organisationen vergeben werden. Außerdem setzen wir GRÜNE uns auf der Berliner Landesebene dafür ein, Nutzungsflächen für Kultur und soziale Projekte einzuplanen. In der Entwicklung von Quartieren muss Raum für Kunst und Kultur von Anfang an mitgedacht und eingeplant werden. Wir unterstützen, dass vorübergehend leerstehende Flächen und Räume übergangsweise für kulturelle (Zwischen-) Nutzungen zur Verfügung stehen.

Die Kiezmischung mit ihren Flächen für Handwerk und kleinem Gewerbe neben Wohngebäuden soll bleiben. Neukölln braucht in Wohngebieten keine neuen Hotels, reine Bürogebäude oder großflächigen Einzelhandel. Wir GRÜNE wollen alle Möglichkeiten des Bauplanungsrechts nutzen, um die derzeitige gewerbliche Durchmischung unserer Kieze zu schützen.

Neukölln braucht aber auch darüber hinaus mehr Räume zur Begegnung und zur Selbstentfaltung – für Kinder und Jugendliche, für Communities, für die Nachbarschaft. Darum möchten wir GRÜNE zusätzlichen Gruppen die bereits bestehende Nutzung öffentlicher Räume erleichtern. So sollen etwa Schulräume auch außerhalb des Unterrichts und in den Ferien genutzt und Sportanlagen an den Wochenenden sowie in den Nachmittags- und Abendstunden nach Schulschluss für Vereins- und Freizeitsport zugänglich gemacht werden.

Auch außerschulischen Initiativen, Künstler*innen und Kulturschaffende möchten wir den Zugang zu diesen Räumen erleichtern. In diesem Zusammenhang soll auch die Zusammenarbeit von Schulen und freien Projekten vereinfacht werden. Das erfordert Koordination, Aufsicht und Begleitung. Hierzu wollen wir den Schulen die Mittel bereitstellen, beginnend mit ausreichend Stellen für Hausmeister*innen – denn die „Öffnung“ fängt ganz praktisch mit dem Auf-

schließen und der Vorbereitung der Räume an. Wir GRÜNE setzen uns zudem für ein zentrales Raumvergabemanagement im Bezirk ein, um die Raumsuche für Vereine, Initiativen und Anwohnende zu vereinfachen. Hierfür wollen wir ein entsprechendes Pilotprojekt einrichten.

GASTRONOMIE UND TOURISMUS KIEZVERTRÄGLICH GESTALTEN

Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für Neukölln. Gleichzeitig stellt er für viele Anwohner*innen in ihrem Alltag eine erhebliche Belastung dar. Touristische Angebote dürfen nicht zu Lasten der Anwohner*innen gehen. Dafür entwickeln wir Konzepte eines kiezverträglichen Tourismus. Derzeit konzentriert sich das Geschehen noch stark auf Gebiete im Norden Neuköllns. Wir GRÜNE möchten, dass die Vielfalt des Bezirks wahrgenommen wird und wollen existierende touristische Angebote insbesondere im Süden des Bezirks stärken. So können beispielsweise durch gezielte Stadtführungen vorhandene Sehenswürdigkeiten – die Gropiusstadt als Beispiel für Großsiedlungen, das Weltkulturerbe

Hufeisensiedlung, der Mauerwegabschnitt Neukölln, der Britzer Garten – stärker in den Fokus gerückt werden. Der neu eingesetzte bezirkliche Tourismus-Beirat soll das Neuköllner Tourismuskonzept aktiv begleiten und die unterschiedlichen Interessen in die Bezirkspolitik einbringen.

Die lokale Gastronomie soll auch auf Außenflächen kiezverträgliche Angebote machen können. Dabei wollen wir Lösungen finden, die die Bedürfnisse der Anwohnenden respektieren und gleichzeitig auch die lokale Gastronomie unterstützen. Eine Erlaubnis für Außengastronomie-Flächen soll etwa nur erhalten, wer sich rücksichtsvoll verhält und die Ruhezeiten einhält. Bereits genehmigte Außenflächen von gastronomischen Betrieben möchten wir durch Kennzeichnungen sichtbar machen und an geeigneten Stellen von den Gehwegen auf die Straße verlagern. Dafür wollen wir Parkplätze umwidmen.

Durch die stetige Zunahme von gastronomischen Nutzungen und Besucher*innen sind viele Kieze im Norden Neuköllns stark belastet. Die in der Gastronomie erzielbaren Mieten führen etwa zur Kündigung und Verdrängung kleinerer Kiezläden und sozialer Einrichtungen. Der Reuterkiez ist besonders stark betroffen. Hier wollen wir GRÜNE neue Maßnahmen erproben.

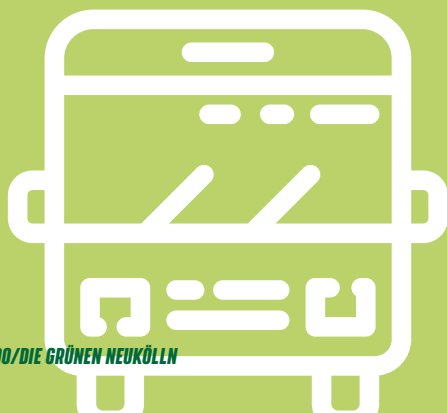
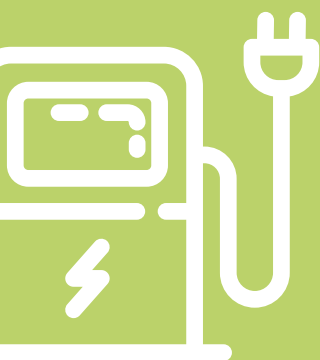
Die Bestandsaufnahme der Gewerbenutzungen im Reuterkiez, die das Bezirksamt in dieser Wahlperiode auf unsere Initiative durchgeführt hat, ist eine wich-

tige Grundlage, um die Entwicklung steuern zu können. Unser Ziel ist es, möglichst keine neuen Gastronomiebetriebe mehr zuzulassen. Dieses Projekt wollen wir in der nächsten Wahlperiode auch auf andere Kieze ausweiten, um auch diese vor der einseitigen Ausrichtung auf gastronomisches Gewerbe zu schützen.

In vielen Bereichen – wie bei Lärm und Müll – sind die Folgen touristischer und nicht-touristischer Nutzung schwer abgrenzbar. Party-Hostels gehören jedoch nicht in Wohngebiete, schon gar nicht in ruhige Innenhöfe. Wir GRÜNE haben hier in der aktuellen Wahlperiode klar einen Schwerpunkt auf die Ruhe der Bewohner*innen gesetzt und Hostelnutzungen in Innenhöfen konsequent einen Riegel vorgeschoben, wo immer das rechtlich möglich war. Neue Hotels und Hostels in Wohngebieten wollen wir verhindern. Um Tourismus kiezverträglich zu gestalten, wollen wir einen Runden Tisch Reuterkiez einrichten. Dieser soll in einem Mediationsprozess mit allen Beteiligten, dem Tourismus-Beirat und der Verwaltung Problemlagen identifizieren und Lösungen, insbesondere hinsichtlich der Lärmbelästigung, erarbeiten. Erfolgreiche Maßnahmen sollen auf andere stark frequentierte Kieze (Schillerkiez, Richardkiez, etc.) übertragen werden.

2

Den öffentlichen Raum neu aufteilen



Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass alle Menschen in Neukölln gesund und gut leben und sich klimagerecht, sicher und bequem fortbewegen können. Denn die Kieze sind unsere Lebensmittelpunkte. Hier wohnen, lernen und arbeiten wir, kaufen wir ein, bewegen uns fort und verbringen unsere Freizeit. Die jahrzehntelange Bevorzugung des Autoverkehrs werden wir beenden. Sie führt zu verstopften Straßen und Lärm, belastet die Luft und das Klima, verstellt den öffentlichen Raum in unseren Kiezen und gefährdet Fußgänger*innen und Radfahrer*innen.

Unser Anspruch ist, den öffentlichen Raum völlig neu und gerechter zu verteilen. Wir wollen ein Neukölln, das zum privaten Autoverkehr attraktive Alternativen bereitstellt. Das beginnt damit, Fuß- und Radwege, den ÖPNV und Sharing-Modelle zu stärken, den Durchgangsverkehr aus den Nebenstraßen zu holen und eine konsequente Parkraumbewirtschaftung einzuführen, um den Parksuchverkehr zu verringern. Mit der Einrichtung von Kiezblocks und der Umwandlung von Parkplätzen wollen wir die Kieze lebenswerter gestalten und für mehr Flächengerechtigkeit sorgen. Eine neue Aufteilung des Raums heißt auch mehr Sicherheit für alle Beteiligten. Unser Ziel ist die Vision Zero, denn wir nehmen es nicht hin, dass Menschen im Straßenverkehr immer wieder verletzt werden oder gar zu Tode kommen. Darum werden wir Kreuzungen umbauen, Knotenpunkte neugestalten und sicheren Verkehr für alle möglich machen.

Die Reduzierung des Autoverkehrs hängt unmittelbar zusammen mit dem Ausbau von Bus und Bahn. Die U7-Verlängerung nach Schönefeld hat die GRÜNE Verkehrssenatorin Regine Günther bereits angestoßen. Wir wollen darüber hinaus Tramlinien ausbauen, sowohl im Norden zum Hermannplatz als auch in den Süden Neuköllns. Und gerade im Süden wollen wir den Takt der Busfolgen weiter verdichten, so dass sich alle sicher sein können: Der Bus kommt und er kommt schnell. Zudem möchten wir das bestehende Netz durch flexible Kleinbusse und Ruf-Angebote ergänzen, und das Angebot an Busverbindungen ins Umland verbessern. Wir setzen uns auch für eine bessere Abstimmung der Verkehrsplanung mit den Umlandgemeinden ein.

Einen Schwerpunkt unserer Arbeit werden wir auf den Ausbau der Radinfrastruktur legen. Dies gilt für weitere Protected Bike Lanes (vom Autoverkehr abgetrennte Fahrradstreifen), für Fahrradstraßen und für Radschnellwege, die Rudow, Buckow und Britz mit dem Norden des Bezirks und dem Zentrum Berlins verbinden. Daneben gilt es, das bestehende Radwegenetz im ganzen Bezirk konsequent zu sanieren und auszubauen. Wir wollen attraktive und sichere Radwege in ganz Neukölln!

Wir haben die Chance, Neukölln neu zu denken – mit weniger Abgasen, mehr Platz und einer neuen Lebensqualität für alle.

ZUKUNFTSPROJEKTE

WENIGER AUTOS, MEHR PLATZ FÜR ALLE - KIEZBLOCKS EINFÜHREN

Wir wollen den Durchgangsverkehr aus den Kiezen heraushalten, Parkplätze reduzieren, Spiel- und Begegnungsflächen und mehr Grün schaffen. Dazu wollen wir Kiezblocks einführen – mit Diagonalsperren oder Filtern, die keine Autos, aber Fahrräder und Fußgänger*innen durchlassen, werden geeignete Plätze und Straßen zu komplett autofreien Orten der Begegnung. Wir wollen dabei mit dem Schiller-, dem Richard- und dem Reuterkiez beginnen und das Konzept schrittweise auf weitere Kieze ausweiten. Lieferverkehr wollen wir reduzieren, etwa durch die Bündelung von Paketsendungen über so genannte Microdepots und City-Hubs.

NEUKÖLLN WIRD VORREITER FÜR RADVERKEHR UND FUSSGÄNGER*INNEN

Wir wollen mehr Raum und gute Infrastruktur für Radverkehr und Fußgänger*innen. Den Umbau haben wir begonnen, jetzt müssen wir schneller werden: Mit mehr Fahrradstraßen in den Kiezen, dem Ausbau geschützter Radwege an den Hauptstraßen und einem Radschnellweg vom Tempelhofer Feld bis nach Rudow (Y-Trasse). An S+U-Bahnstationen wollen wir Fahrradparkhäuser einrichten, beginnend am U-Bahnhof Rudow und entlang des S-Bahn-Rings. Den Fußverkehr werden wir systematisch in der Verkehrsplanung verankern. Ziel sind breite, sichere, barrierefreie, gut ausgeleuchtete und direkte Wege. Kreuzungen und Überwege machen wir durch verbesserte Sichtbeziehungen und bauliche Maßnahmen sicherer. Mehr Barrierefreiheit für sehbehinderte und blinde Menschen wollen wir mit Bordsteinabsenkungen und taktilen Leitsystemen erreichen.

BUS- UND BAHN-ANGEBOT AUSBAUEN

Wir stehen für den Ausbau von Bus und Bahn. Auf Landesebene haben wir dazu bereits riesige Schritte gemacht und weitere vorbereitet. Wir unterstützen die geplante Verlängerung der U7 nach Schönefeld. Wir wollen die Tram zurück nach Neukölln holen, beginnend mit der Verlängerung der M10 von der Warschauer Brücke zum Hermannplatz. Perspektivisch wollen wir die Sonnenallee Richtung Süden sowie auch von Schöneweide aus den Süden des Bezirks besser anbinden. Und wir wollen die Bustaktung gerade im Süden Neuköllns stark ausbauen.

2.1 DIE KIEZE DEN MENSCHEN, NICHT DEN MOTOREN

RECLAIM THE STREETS - EROBERN WIR DIE STRASSEN!

Die Pandemie hat gezeigt, wie notwendig und wertvoll Freiräume sind – gerade im dicht besiedelten Norden Neuköllns. Durch die Wohnungsnot wachsen viele Kinder in extrem beengten Verhältnissen auf und sind auf öffentliche Räume besonders angewiesen. Mit Kiezblocks wollen wir GRÜNE Durchgangsverkehr aus den Kiezen heraushalten, Parkplätze reduzieren, Spiel- und Begegnungsflächen ausbauen und mehr Grün schaffen. Dabei orientieren wir uns am Vorbild sogenannter Superblocks in anderen europäischen Städten wie z. B. in Barcelona. Einzelne Plätze und Straßen werden zu komplett autofreien Orten der Begegnung. Der freigewordene Raum wird gemeinsam mit den Anwohner*innen, Kitas, Schulen, Gewerbetreibenden, Kiezinstitutionen und Quartiersmanagements z. B. in Bürger*innenversammlungen neu gestaltet. Um die Interessen und Bedarfe der diversen Bezirksgesellschaft im Zuge der Neugestaltung zu berücksichtigen, möchten wir GRÜNE eine Erhebung zur Nutzung des öffentlichen Raums mit Fokus auf Vielfaltskriterien durchführen.

In Teilen Neuköllns sind wir GRÜNE in den vergangenen Jahren bereits den Schritt von der Verkehrsberuhigung zu autoreduzierten bzw. autofreien Bereichen gegangen. Das von uns mit initiierte Verkehrskonzept im Richardkiez führte zur autofreien Umgestaltung des Böhmischen Platzes, der dadurch zu einem neuen Begegnungsort geworden ist. Das wollen wir fortsetzen und neben zusätzlicher Verkehrsberuhigung auch weitere Straßen und Plätze wie den Karl-Marx-Platz mit seinem Wochenmarkt autofrei umgestalten. Diese Beispiele zeigen, dass es geht und der Umbau der Stadt begonnen hat. In den kommenden Jahren wollen wir an Tempo zulegen und mutigere Schritte gehen, um Durchgangsverkehr aus den Kiezen rauszuhalten und öffentlichen Raum neu zu verteilen. Daher haben wir uns bereits in der BVV für erste Kiezblocks im Schiller- und Richardkiez ein-

Kiezblock: Kiezblocks sind verkehrsberuhigte oder autofreie Zonen. Menschen und ihre sozialen Bedürfnisse stehen im Vordergrund: Spielstraßen für Kinder, kleine Grünanlagen und Sitzplätzen für alle.

gesetzt. In diesen beiden Kiezen und im Reuterkiez wollen wir nach der Wahl mit der Einrichtung von Kiezblocks beginnen und das Konzept schrittweise auf weitere Kieze ausweiten.

MEHR FLÄCHENGERECHTIGKEIT! AUTOS IN DIE SCHRANKEN WEISEN

Parkende Fahrzeuge verstellen in ganz Neukölln den öffentlichen Raum. Dennoch können die Menschen, die wirklich einen Parkplatz brauchen, oftmals keinen bekommen. Allein die Parkplatzsuche macht in Berlin 20 bis 30 Prozent des Gesamtverkehrs aus. Das kostet Nerven und verursacht Lärm und Abgase. Für Radfahrende können Zweite-Reihe-Parker*innen lebensgefährlich sein, vor allem wenn Radler*innen deswegen eine Radspur verlassen müssen.

Um diese Probleme zu beheben, setzen wir GRÜNE uns seit Jahren in der Bezirksverordnetenversammlung für Parkraumbewirtschaftung ein. Denn das ist ein wichtiger Schritt, um den Parkdruck zu senken, unnötigen Parksuchverkehr zu vermeiden und Falschparker*innen stärker zu kontrollieren. Durch eine flächen-deckende Parkraumbewirtschaftung werden Besucher*innen angeregt, auf Fahrrad und ÖPNV zu setzen. Das ist gut für die Umwelt und gut für die Menschen. Anwohner*innen können mit einem Parkausweis sicher in deklarierten Zonen parken – alle anderen müssen zum Parken ein Ticket lösen. Für die Durchführung von Kontrollen in Parkraumbewirtschaftungszonen wollen wir das Ordnungsamt mit mehr Personal ausstatten.

An den Kiezen wollen wir GRÜNE sogenannte Mobility Hubs einrichten, an denen verschiedene Mobilitätsangebote zusammenkommen, zwischen denen man unkompliziert wechseln kann: Laufen, Radfahren, Elektro-Mobilität vor allem als Teil von Sharing-Angeboten und der öffentliche Nahverkehr. Wir wollen [Carsharing](#)*-Angebote auch in den Süden des Bezirks bringen. An der Stadtgrenze sollen Park-and-ride-Plätze Autopendler*innen aus dem Berliner Umland das Umsteigen auf Bahn, Bus oder Fahrrad ermöglichen. Wir setzen uns deshalb für ausreichend Fahrradabstellplätze, Fahrradparkhäuser oder überdachte Abstellflächen an allen S- und U-Bahnhöfen des Bezirks ein. Priorität haben dabei Standorte

* Beim [Carsharing](#) werden Autos je nach Bedarf auch für kurze Strecken oder Zeiträume gemietet. Buchung und Bezahlung erfolgen bequem per Handy-App.

entlang des S-Bahn-Rings und am U-Bahnhof Rudow, danach an allen weiteren U-Bahnhöfen.

Den Ausbau der A100 haben wir von Anfang an abgelehnt. Statt einer modernen Verkehrswende, die Umwelt und Klima schützt und Lebensqualität erhöht, steht die damalige Entscheidung von SPD und CDU für ein „Weiter so“ in der autogerechten Stadt der Vergangenheit. Mit der Eröffnung des neuen Abschnittes werden auch auf Neukölln negative Begleiterscheinungen durch zusätzlichen Verkehr, insbesondere an der Abfahrt Sonnenallee entstehen. Hier muss durch ein durchdachtes Verkehrslenkungskonzept und konsequente Verhinderung von Durchgangsverkehr die Belastung der anliegenden Kieze minimiert werden. Der Rückbau der A100 ist für uns deshalb eine ernstzunehmende Option.

GEWERBEVERKEHR REDUZIEREN - ALTERNATIVE LASTENTRANSPORTMITTEL FÖRDERN

Kurze Wege zu den Angeboten im Kiez sind auch Teil unserer Vision für die Verkehrswende. Das gilt natürlich auch für den Gewerbe- und Lieferverkehr. Gerade in Nordneukölln behindern Anlieferungen oft den Busverkehr, gefährden Radfahrende und Fußgänger*innen. Die zumeist dieselbetriebenen Fahrzeuge belasten zusätzlich die Luft und das Klima. Zudem erschwert der Bedarf an Parkplätzen die menschenfreundliche Umgestaltung des Straßenraums. Wir GRÜNE wollen neue Ideen voranbringen, um den Lieferverkehr zu reduzieren. So wollen wir Standorte für sogenannte Microdepots und City-Hubs prüfen – also Umschlagplätze, auf denen Lieferungen für die Verteilung in Wohnviertel von großen Lastwagen auf umweltfreundliche Lieferfahrzeugen (Lastenräder, Elektro-Kleintransporter etc.) erfolgen können, denn die Neuorganisation des Lieferverkehrs wird ein Schlüsselement für die Verkehrswende sein. Konzepte wie Kiezboten helfen dabei Anlieferungen der unterschiedlichen Paketdienste lokal zu bündeln. Für eine bessere zeitliche Verteilung des Lieferverkehrs wollen wir Lieferzeitenregelungen (z. B. Nachtlieferungen), insbesondere für Supermärkte und Einkaufszentren, prüfen.

Die kommunale und kostenfreie Lastenrad-Flotte wollen wir weiter ausbauen. Quer durch alle Kieze und Stadtteile soll sie spontan sowie im Voraus buchbar sein. Zudem erarbeiten wir eine Kampagne zur Sensibilisierung lokaler

Gewerbetreibender in Neukölln und helfen ihnen, an Fördermittel für eigene Lastenräder von Bund oder Land zu gelangen. Um die Attraktivität des Angebots zu steigern, werden wir Parkbuchten und ausgewiesene Parkplätze für sie schaffen.

Schließlich möchten wir das brachliegende Potential der Neuköllner Schienen- und Wasserwege heben und mit Gewerbe- und Industriebetrieben an der verstärkten Nutzung als Alternative für den Warenverkehr arbeiten. Vor diesem Hintergrund wollen wir den Umbau des Neuköllner Hafens von Bezirksseite mit Blick auf das angrenzende Industriegebiet aktiv begleiten.

GESUND UND SICHER DURCH DEN STRASSENVERKEHR

Das ökologische und sozial gerechte Neukölln braucht die Verkehrswende mit klimagerechter und gesunder Mobilität für alle Menschen. Motorisierter Straßenverkehr ist Hauptverursacher für Luftverschmutzung und Lärm in der Stadt. Gerade an den Hauptstraßen Neuköllns sind die Menschen besonders schwer betroffen. Die Verschmutzung der Luft und die Lärmbelastung ist nicht zuletzt damit auch eine soziale Frage, denn hier wohnen besonders häufig Menschen mit geringem Einkommen. Wir GRÜNE akzeptieren nicht, dass insbesondere sie den enormen Belastungen für Gesundheit und Lebensqualität durch Feinstaub, Abgase und Lärm ausgesetzt sind.

Dort wo wir nicht auf motorisierten Verkehr verzichten können, bevorzugen wir – vor allem die gemeinschaftlich nutzbare – Elektromobilität, die deutlich leiser ist und weniger Schadstoffe in der Stadt erzeugt. Wir sind uns bewusst, dass auch elektrische Autos erhebliche Umweltbelastungen verursachen. Daher wollen wir GRÜNE die Zahl privater Autos im Bezirk merklich reduzieren. Statt Autolärm und Abgasen entsteht somit mehr Platz und Lebensqualität für alle. Zudem werden wir uns auf allen politischen Ebenen dafür einsetzen, dass Tempo 30 leichter als Höchstgeschwindigkeit auf Hauptverkehrsstraßen angeordnet werden kann. Tempo 30 verringert nicht nur Luftverschmutzungen und Lärm, sondern langsames Fahren hat auch positive Einflüsse auf die Verkehrssicherheit, indem es etwa den Bremsweg verkürzt. Es erhöht die Lebensqualität, weil sich Fußgänger*innen-, Rad- und Autofahrende angenehm und sicher die Straße teilen können. Für uns ist dabei klar, dass es nur mit einem Tempo 30-Schild nicht getan ist, sondern ergänzend auch bauliche Maßnahmen oder mehr Kontrollen eingesetzt werden müssen.

Wir GRÜNE wollen die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden erhöhen. Unser erklärtes Ziel ist die Vision Zero: Wir nehmen es nicht hin, dass Menschen im Straßenverkehr zu Schaden kommen. In Neukölln kommt es an zahlreichen Kreuzungen und Knotenpunkten, wie beispielsweise dem Hermannplatz, immer wieder zu Unfällen. Insbesondere für Radfahrende und Fußgänger*innen endet dies oft tödlich. Beim Abbiegen und beim Unterschreiten des Sicherheitsabstandes passieren die häufigsten Unfälle. Deshalb müssen Abbiegeassistenten für alle LKW verpflichtend werden. Auf Landesebene wird dies bereits durch eine Initiative der GRÜNEN vorangetrieben. Zudem hat es auch künftig höchste Priorität, Unfallschwerpunkte zügig zu entschärfen. Hierfür notwendige bauliche Maßnahmen wollen wir GRÜNE frühzeitig planen, transparent kommunizieren und schneller umsetzen. Dazu gehören die räumliche Trennung von Kraftfahrzeugen und Fahrradverkehr sowie getrennte Grünphasen. Wo diese Trennung fehlt, wollen wir uns bei den örtlichen Polizeiabschnitten für regelmäßige Kontrollen von Überholabständen einsetzen.

Der ÖPNV ist ein wichtiger Baustein der Verkehrswende. Leider haben insbesondere Frauen, von Rassismus, Antisemitismus oder LSBTIQ*-Feindlichkeit betroffene Personen, Menschen mit Behinderung sowie ältere Menschen Angst oder Sicherheitsbedenken, nachts öffentliche Verkehrsmittel sowie Teile des öffentlichen Raums zu nutzen. Wir nehmen diese Sorgen ernst! Ihre Mobilität und Freiheit werden dadurch erheblich eingeschränkt. Darum werden wir uns dafür einsetzen, dass der Bezirk unter Beteiligung der Zivilgesellschaft, ÖPNV-Anbietenden, Initiativen und Quartiersmanagements Konzepte entwickeln, um Angsträume im ÖPNV und auf den Straßen abzubauen. Hierzu zählen etwa Maßnahmen wie eine besseren Beleuchtung von Straßen und im öffentlichen Raum sowie Ansprechpersonen im ÖPNV. Keine geeignete Lösung ist die bloße Ausweitung von Videoüberwachung. Denn diese stärkt nicht die tatsächliche Sicherheit Betroffener. Stattdessen greift sie erheblich in die Selbstbestimmung und Privatsphäre aller Menschen ein. Vor allem Frauen, Kinder und ältere Menschen, Menschen mit einer Behinderung und Menschen mit geringem Einkommen werden auch bei einer vorwiegend auf den Autoverkehr ausgerichteten Verkehrsplanung ausgegrenzt. Darum muss die Verkehrs- und Mobilitätssituation als Ganzes in Neukölln durch ein Gender- und Vielfaltsmainstreaming analysiert werden. Was brauchen Menschen, die viele aneinandergereihte Fußwege zurücklegen, die barrierefreie Strecken benötigen oder den ÖPNV öfter nutzen?

Welche Strecken müssen für Alltagsbedürfnisse bewältigt werden? Und in welchem Zustand sind diese Wege? Welche Wege werden von Kindern und Jugendlichen als Schulwege genutzt und bedürfen daher einer besonderen Sicherheit, um die Schwächsten im Verkehr zu schützen? Im Rahmen einer Studie sollen Mobilitäts- und Verkehrsbedürfnisse unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen geklärt sowie Verbesserung hinsichtlich Streckenwegen, Infrastruktur und ihrer Wartung geprüft werden. Ziel ist es, die Verkehrspolitik, -planung und -lenkung intersektional und feministisch auszurichten und die Bedürfnisse der Neuköllner Bevölkerung unabhängig von der historisch gewachsenen Bevorzugung des Autoverkehrs neu zu denken – insbesondere im Hinblick auf das Angebot für Fuß-, Rad- und ÖPNV-Verkehr.

2.2. KLIMAGERECHT UND BEQUEM UNTERWEGS

MEHR RAUM FÜR SICHEREN FUSSVERKEHR

In Berlin wird jeder dritte Weg zu Fuß zurückgelegt. Dies ist zweifelsohne die klimafreundlichste Art sich fortzubewegen. Trotzdem bekommt der Fußverkehr in der Verkehrsplanung oft zu wenig Aufmerksamkeit. Das muss sich ändern! Mit dem bundesweit ersten Mobilitätsgesetz sind wir GRÜNE neue Wege gegangen und haben dabei für ganz Berlin auch eine gute Grundlage für sicheren und barrierefreien Fußverkehr geschaffen. Doch die Fußwege sind häufig in schlechtem Zustand und durch Gewerbe oder Baustellen gestört. Für die Verwendung der Tiefbaumittel sollen entsprechend neue Prioritäten gesetzt werden. Wir brauchen breite, barrierefreie, gut ausgeleuchtete, direkte und sichere Fußwege für alle!

Wir GRÜNE wollen ein barrierefreies und beschildertes bezirkliches Fußwegenetz unter Beteiligung des neu einzurichtenden Fußverkehrs-Rat erarbeiten. Dieses Fußwegenetz soll sich durch eine besonders fußverkehrsfreundliche Gestaltung und Ausstattung des Straßenraums sowie eine hohe Aufenthaltsqualität auszeichnen und wird bei nötigen baulichen Maßnahmen priorisiert.

Neukölln soll für alle Menschen zugänglich sein. Dabei nimmt der barrierefreie Fußverkehr besondere Priorität ein. Bordsteine an Übergängen wollen wir GRÜNE generell absenken, taktile Leitsysteme für Blinde und Sehbehinderte auf Gehwegen installieren, Ampelschaltungen fußgänger*innenfreundlich gestalten.

Mit den Mitteln aus dem Gehweg-Sanierungsprogramm wollen wir Kreuzungen und Übergänge konsequent umgestalten und den Umbau beschleunigen. So tragen wir auch zu sicheren Schulwegen für die Jüngsten bei. Denn Verkehrssicherheit betrifft vor allem auch junge Menschen – Kinder und Jugendliche, die selbständig und sicher zur Schule, zum Sportverein, zu Freunden gelangen sollten. Schulwegsicherheit steht für uns deshalb im Fokus: Wir wollen vor jeder Schule Tempo-30-Zonen, Halteverbotszonen und, wenn möglich, mindestens einen Zebrastreifen einrichten. Ampelschaltungen sind so zu gestalten, dass auch Kindern ein sicheres Überqueren der Straße ermöglicht wird.

An stark befahrenen Straßen wollen wir wo möglich zusätzliche geschützte Übergänge (Zebrastreifen), Ampeln oder Mittelinseln einrichten, um die Straßenquerung für Fußgänger*innen zu erleichtern. Außerdem beseitigen wir die Umwege des Fußverkehrs, die zugunsten eines flüssigen Autoverkehrs erzwungen werden, z. B. den Zaun auf der Hermannbrücke. Die größten Gefahren für Fußgänger*innen entstehen immer noch in Kreuzungsbereichen, gerade in Nebenstraßen ist eine barrierefreie Querung häufig nicht möglich.

Die Sicherheit von Kreuzungsbereichen wollen wir u. a. durch geeignete Querungshilfen wie Gehwegvorstreckungen oder den Einsatz von Fahrradbügeln und Pollern erhöhen. Dabei stehen neben der Verringerung der zu querenden Strecke insbesondere die Verbesserung von Sichtbeziehungen und die bauliche Unterbindung von Eckenparken im Fokus.

Fußverkehr soll auch Erholung sein. Darum müssen wir die Aufenthaltsqualität verbessern, für eine bessere Beleuchtung sorgen und Gehwege verbreitern. So können wir mehr Platz für Fußgänger*innen, Rollstuhlnutzer*innen, Menschen mit Rollatoren und Kinderwagen schaffen.

Bessere Beleuchtung auf Gehwegen, unter Brücken und in Unterführungen verhindert Angsträume. Schattenspendende (Obst-)Bäume, Bepflanzungen, Sitzbänke und Trinkwasserspender erhöhen die Aufenthaltsqualität auf Straßen und Plätzen und ermuntern zum Flanieren.

SCHNELL UND EMISSIONSFREI MIT BUS UND BAHN

Wir GRÜNE Neukölln fordern schon lange den Ausbau der U7 und freuen uns daher umso mehr über die von der GRÜNEN Verkehrssenatorin Regine Günther geplante Verlängerung der Linie nach Schönefeld und zum Flughafen BER. Dadurch kann die Verkehrsbelastung an der Rudower Spinne reduziert und der Buspendelverkehr zum Flughafen kanalisiert werden. Vor allem bedeutet der U-Bahnausbau aber auch, dass bislang unzulänglich erschlossene Wohngebiete eine bessere Anbindung an den ÖPNV erhalten. Den Anwohner*innen des Rudower Frauenviertels und der Gemeinde Schönefeld wollen wir eine attraktive Alternative zum Auto bieten.

Dadurch werden Verkehrsströme entzerrt, die verkehrliche Anbindung der Anwohnenden verbessert und weniger Verkehr, Stau, Emissionen und Lärm erzeugt. Die Strecke muss dabei so klimaschonend und kostengünstig wie möglich ausgebaut werden.

Bei der Verkehrswende setzen wir GRÜNE auch auf den Ausbau der Tram an wichtigen Verkehrsachsen im gesamten Bezirk. Sie ist schnell, zuverlässig, emissionsfrei und für eine nachhaltige Mobilitätswende unverzichtbar. Moderne Tramsysteme sind zudem geräuscharm und dadurch auch für Anwohnende gut erträglich. Wir setzen uns für den Ausbau der Tramlinie M10 von der Warschauer Brücke bis zum Hermannplatz über Pannierstraße und Sonnenallee ein. Damit schaffen wir eine schnelle und zuverlässige Verbindung nach Friedrichshain. Um den Hermannplatz als Aufenthaltsraum und für den Wochenmarkt zu erhalten, soll die Endhaltestelle der M10 in der Urbanstraße liegen. Perspektivisch möchten wir auch die Sonnenallee Richtung Süden durch Tramrouten entlasten sowie von Schöneeweide in die Gropiusstadt und über die Hermannstraße Britz und Buckow für die Tram erschließen. Nach Ausbau der priorisierten Linien betrachten wir auch die Verlängerung der Tram von Adlershof nach Rudow als wünschenswert.

Viele Neuköllner*innen nutzen Busse für ihre täglichen Wege. Wir GRÜNE haben uns mit Erfolg für die ersten E-Busse eingesetzt. Doch auch im Busverkehr muss noch einiges verbessert werden: Gerade im Berufsverkehr sind viele Busse oft überfüllt und unpünktlich.

Auch bedarf es gerade bei den Buslinien im Süden des Bezirks einer Taktverdichtung, auch in den Randzeiten, um die Linien noch attraktiver zu machen. Dies

gilt insbesondere für die Buslinien wie M11/X11 und M44, die heute schon an der Kapazitätsgrenze operieren, und daher zu Recht in die Bedarfsplanung für die Tram aufgenommen worden sind. Wir GRÜNE setzen uns für eine engere Taktung und mehr Busspuren zur Erhöhung der Zuverlässigkeit sowie mehr Vorrangschaltungen an Ampeln ein. So fordern wir die Erweiterung der Busspur des M41 zwischen dem Hermannplatz und dem S-Bahnhof Sonnenallee in beide Richtungen.

Wir setzen uns auch für eine Verbesserung des Angebots an Busverbindungen in die Umlandgemeinden ein.

Auch nachts sollen Busse in ganz Neukölln ein attraktives, sicheres und zuverlässiges Verkehrsmittel für alle Menschen werden. Nicht immer ist der klassische Bus die optimale Lösung. Wir setzen uns deshalb für ein Pilotprojekt in Südneukölln ein, das das bestehende Netz auch in den weniger dicht besiedelten Ortsteilen durch flexible Kleinbusse, Ruf-Angebote und [Ridepooling](#)*-Angebote ergänzt.

Auch im ÖPNV muss die Barrierefreiheit erhöht werden. Wir treten dafür ein, dass der Zugang zum öffentlichen Nahverkehr, insbesondere zur U- und S-Bahn, über funktionierende, sichere und saubere Aufzüge gesichert wird. Für blinde und sehbehinderte Menschen müssen Leitsysteme an allen Haltestellen installiert und die Barrierefreiheit insgesamt weiterentwickelt werden.

MEHR PLATZ UND SICHERHEIT FÜRS RAD

An vielen Straßen Neuköllns hat sich durch uns GRÜNE die Situation für Radfahrende schon verbessert. Im Norden Neuköllns entstanden mehrere neue Fahrradstraßen und der erste Abschnitt eines geschützten Radfahrstreifens entlang der Karl-Marx-Straße. Außerdem können Fahrräder durch die Installation mehrerer tausend Fahrradbügel nun deutlich leichter und sicherer geparkt werden und erstmals wurden Parkplätze auf der Straße durch Fahrradabstellanlagen ersetzt.

Auch künftig wollen wir weitere Fahrradabstellanlagen schaffen und Parkplätze auf der Straße in Fahrradstellflächen umwandeln, damit der Ausbau nicht zu Lasten des Raums für den Fußverkehr geht. Wir setzen uns ein für ausreichend Fahrradabstellplätze an zentralen Plätzen sowie Fahrradparkhäuser oder über-

* Beim [Ridepooling](#) werden Fahrten in die gleiche Richtung in einem Fahrzeug gebündelt und die Kosten geteilt. Ein bekanntes Beispiel ist der BerlKönig.

dachte Abstellflächen an den S+U-Bahnhöfen des Bezirks. Priorität haben dabei Standorte entlang des S-Bahn-Rings und am U-Bahnhof Rudow, danach an allen weiteren U-Bahnhöfen.

An vielen Hauptverkehrsstraßen sind die Radwege noch nicht baulich vom Autoverkehr getrennt. Das wollen wir ändern: Gemeinsam mit dem Druck der Radinitiativen konnten wir durchsetzen, dass der Bau einer eigenständigen Radverkehrsanlage in der Hermannstraße noch 2021 begonnen wird. In der nächsten Wahlperiode hat eine zügige Fertigstellung für uns Priorität. Die im nördlichen Teil der Karl-Marx-Straße geschaffene Protected Bike Lane wollen wir durch eine Verbesserung der Radverkehrsanlage im südlichen Abschnitt erweitern.

Auf dem Radstreifen parkenden Autos sagen wir den Kampf an. Für die Händler*innen wollen wir dafür sorgen, dass die für den Lieferverkehr vorgesehen Parkplätze dafür auch wirklich zur Verfügung stehen. Auf der Sonnenallee wollen wir die Situation kurzfristig mit der Erweiterung der Busspuren auf beide Richtungen vom Hermannplatz bis zum S-Bahn-Ring verbessern. Mittelfristig wollen wir auch entlang der Sonnenallee geschützte Radverkehrsanlagen schaffen.

Die meisten Magistralen im Süden des Bezirks verfügen bereits über Radwege, die aber Radfahrer*innen wegen mangelnder Breite und Qualität häufig nicht zur Nutzung einladen. Wir GRÜNE wollen diese deshalb ausbauen und verbessern und überall wo möglich an den Hauptstraßen geschützte Radstreifen errichten.

Mit der **Y-Trasse** hat die Planungsphase für einen Radschnellweg begonnen, der Rudow, Buckow und Britz mit der Innenstadt verbindet. Wir wollen deshalb in den nächsten Jahren den Fokus auf die zentralen Ost-West-Querverbindungen zur geplanten Y-Trasse und die bessere Anbindung an Zubringerwege und in die Wohngebiete legen. So soll z. B. an der Stubenrauchstraße ein geschützter Radweg in beide Richtungen angelegt werden. An der Johannisthaler Chaussee soll der Radweg auf der kompletten Länge ausgebaut und der temporäre Radweg auf der Blaschkoallee in einen dauerhaften umgewandelt werden.

Y-Trasse: Die Y-Trasse ist ein geplanter Radschnellweg vom südlichen Neukölln in die Innenstadt. Eine Gabelung in Britz führt einmal über das Tempelhofer Feld zum Südsterne, einmal über Treptow zum Görlitzer Park.

Aber auch abseits der Magistralen und Hauptradrouten fragen sich viele Radfahrende, welches die beste Strecke von A nach B ist. Wir GRÜNE wollen darum das Radwegenetz auch im Nebenstraßennetz Neuköllns erweitern und gezielt Lücken schließen. Dazu weisen wir neue Fahrradstraßen wie die Donau-, Krokus- und die Oderstraße aus und erweitern die Fahrradstraße auf der Werderstraße. Außerdem machen wir mit modalen Filtern und Diagonalsperren den Weg für den Radverkehr frei. Wir machen das Radwegenetz sichtbar: Mit mehr Schildern, farblichen Markierungen und digitalen Fahrradkarten. Nach jahrelangem Drängen ist in Neukölln inzwischen endlich die Radroute 10 ausgeschildert. Das wollen wir ausbauen. Radfahren wird damit attraktiver, wir können den Radverkehr besser steuern und (auch ortsfremde) Radfahrende kommen sicherer und schneller an.

Damit das Fahrrad auch zukünftig ein beliebtes und sicheres Verkehrsmittel in Neukölln ist, wollen wir den Fahrradunterricht für Kinder und die Jugendverkehrsschulen personell und finanziell deutlich besser ausstatten.

GEMEINSAME PLANUNG MIT DEM UMLAND

Mit den neu entstehenden Wohngebieten in Großziethen und Schönefeld, aber auch auf den Buckower Feldern ist mit einem weiteren Anstieg des Verkehrs zu rechnen. Für die Straßen- und ÖPNV-Infrastruktur des Neuköllner Südens stellt dies eine große Herausforderung dar. Wir setzen uns deshalb für eine koordinierte und abgestimmte Verkehrsplanung mit den Umlandgemeinden Schönefeld und Großziethen ein, um auch landesgrenzenüberschreitende Themen wie U7, Radwege, Verkehrsströme und Busangebote erfolgreich umzusetzen. Wir wollen die Ansätze zu einer überregionalen Kooperation in der Verkehrsplanung zwischen Neukölln und der Gemeinde Schönefeld sowie dem Landkreis Dahme-Spreewald (LDS) intensivieren und den Austausch und die Vernetzung auch mit regelmäßigen gemeinsamen Sitzungen stärken.

3 *Eine Stadt für Mensch und Natur*



Die Klimakrise stellt uns auch in Neukölln vor immense Herausforderungen. Wir wollen den Bezirk klimaneutral machen. Dafür haben wir in der letzten Wahlperiode die Weichen gestellt. Jetzt geht es darum, die angestoßenen Maßnahmen konsequent und sozialverträglich umzusetzen und weiter auszubauen. Darüber hinaus muss die bezirkliche Klimapolitik die Neuköllner*innen im Umgang mit den bereits vorhandenen Auswirkungen der Klimakrise unterstützen. Insbesondere in dicht besiedelten Innenstadtbereichen sind Bewohner*innen nicht nur durch die Klimakrise, Hitze und Trockenheit oder Starkregenfälle, sondern auch durch dichten Verkehr und damit einhergehender Luftverschmutzung und Lärm besonders belastet. Oft trifft das besonders Neuköllner*innen mit geringem Einkommen, die z. B. häufig an stark befahrenen Straßen wohnen. Damit tragen Menschen, die sowieso schon benachteiligt werden in unserer Gesellschaft, zusätzlich die größten Umweltbelastungen. Das ist ungerecht! In den besonders betroffenen Gebieten sorgen wir durch gezielte Umbaumaßnahmen für mehr Umweltgerechtigkeit.

In Neukölln gibt es heute schon kleine und große grüne Oasen, die draußen Platz für alle bieten. Sie sind in der Großstadt besonders wichtig, wo viele Menschen in oftmals zu kleinen Wohnungen leben. Grünflächen in Neukölln bieten aber nicht nur Aufenthaltsqualität für Menschen, sondern sind auch ein wichtiger Lebens- und ökologischer Rückzugsraum für Pflanzen und Tiere. Wir kümmern uns in Neukölln deshalb darum, dass Flächen für Mensch und Natur offen sind. Dafür ist es wichtig, dass diese nicht zubetoniert oder zugestellt werden.

Auf Landesebene haben wir GRÜNEN in den letzten fünf Jahren mit der Berliner Ernährungsstrategie einen Riesenschritt für mehr gutes und gesundes Essen in Berlin angestoßen. Wir sorgen dafür, dass die vielfältigen Initiativen – von Bio-Verpflegung bei Veranstaltungen und in der Schule bis zur Anpflanzung von Obstbäumen und -hecken wie auch der Schaffung von Räumen für Ernährungsbildung – auch in Neukölln ankommen.

Berliner Ernährungsstrategie: Die Berliner Ernährungsstrategie zielt unter aktiver Beteiligung der Stadtgesellschaft auf mehr Regionalität, Fairness und gutes Essen für alle, unabhängig vom Geldbeutel. Die Lebensmittelpunkte werden als dezentrale Anlaufstellen für Ernährungsthemen in den Bezirken aufgebaut.

ZUKUNFTSPROJEKTE

KLIMA-TEAM IM BEZIRKSAMT EINSETZEN

Wir brauchen mehr Tempo beim Klimaschutz - das gilt für die Verkehrswende, Stadtentwicklungs- und Umweltpolitik, aber auch für die Bezirksverwaltung selbst. Sei es die energetische Sanierung von Liegenschaften des Bezirks, Umstellung von Fuhrparks und die öffentliche Beschaffung oder die Umsetzung des Solar-Ausbauziels: Um das gebündelt voranzutreiben, wollen wir ein ressortübergreifendes Klima-Team einsetzen, das Maßnahmen in der ganzen Verwaltung zentral steuert und koordiniert und Fördergelder einwirbt.

FLÄCHEN ENTSIEGELN, PLATZ FÜR STADTGRÜN

Auf vielen Schulhöfen, Plätzen und in Innenhöfen dominiert grauer Asphalt. Darum wollen wir in den kommenden Jahren systematisch Flächen in Neukölln entsiegeln und insektenfreundliche Blühpflanzen, Hecken und Bäume wachsen lassen. So schaffen wir Platz für Tiere, Pflanzen und ein gutes Klima und verfolgen die Idee der Schwammstadt für Regenwasser. Die Möglichkeiten für Entsiegelung in Neukölln werden wir in einer Potentialanalyse aufarbeiten und bei Bauvorhaben Dach- und Fassadenbegrünung konsequent in die Umsetzung einbeziehen.

100% TEMPELHOFFER FELD ERHALTEN

Das Tempelhofer Feld ist ein Naherholungsgebiet für Menschen im dicht besiedelten Norden Neuköllns. Gerade in der Corona-Pandemie hat sich der Wert für Naturerleben, Erholung, Sport und als Lunge Berlins erneut bewiesen. Wir stehen klar zum Volksentscheid "100% Tempelhofer Feld" und lehnen eine Bebauung des Feldes ab.

3.1 DEN BEZIRK ÖKOLOGISCH UMBAUEN

WIR SCHAFFEN RAHMENBEDINGUNGEN FÜR GUTE KLIMAPOLITIK IN NEUKÖLLN!

Klimaschutz ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Politikbereiche betrifft. Wir sorgen dafür, dass die Klimakrise überall mitgedacht wird. Auf GRÜNE Initiative hat Neukölln Anfang 2020 den Klimanotstand anerkannt, die Stelle der*s Klimaschutzbeauftragten geschaffen und einen Klimavorbehalt eingeführt, mit dem alle Beschlüsse im Bezirk auf ihre Klimaauswirkungen überprüft werden. Aber die Verringerung von z. B. CO₂-Emissionen gelingt nur, wenn der politische Rahmen auf Landes- und Bundesebene richtig gesetzt wird und die kommunale Bezirksebene ausreichend Geld zur Verfügung hat, die neuen Vorgaben umzusetzen. Das Berliner Energiewendegesetz sieht eine CO₂-neutrale Verwaltung bis 2030 vor; wir fordern begleitend auf Landesebene eine verpflichtende bezirkliche Klimabilanz. Wir bringen den Klimaschutz als zentrales Aufgabenfeld auf Bezirksebene voran: Durch ein Neuköllner Energie- und Klimaschutzprogramm, das bezirkliche Ziele formuliert sowie Emissions- und Energieeinsparungspotentiale benennt. Und durch ein ressortübergreifendes Klima-Team in der Bezirksverwaltung, das Klimaschutzmaßnahmen im Bezirk zentral steuert und koordiniert, an den nächsten Schritten hin zum klimaneutralen Neukölln mitarbeitet, und die Umsetzung von Maßnahmen überwacht. Damit werden Klimaschutz und Klimaanpassung im Bezirk wirksam vorangetrieben. Wir setzen uns dafür ein, dass ausreichend Personal im Bezirk für die Umsetzung von Klimaschutz und den Erhalt unserer Lebensgrundlage vorhanden sind.

Eine wirksame Bürger*innenbeteiligung steigert die Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen. Wir wollen, dass die Menschen in Neukölln ihre guten Umsetzungsideen fürs Klima in die Verwaltung tragen, und praktische Maßnahmen von Anfang an diskutiert werden zwischen denen, die es betrifft und denen, die es umsetzen. Deshalb wollen wir einen Klimaschutzbeirat in Neukölln schaffen. Dieser soll aus Vertreter*innen von Politik und Verwaltung, zivilgesellschaftlichen Initiativen und engagierten Bürger*innen bestehen und ähnlich dem Fahr-Rat mindestens drei Mal im Jahr tagen, um so die Umsetzung der bezirklichen Politik kritisch und aktiv zu begleiten.

In der letzten Wahlperiode haben wir energetische Quartierskonzepte für die Gropiusstadt und den Schillerkiez auf den Weg gebracht, die die sozialen Aspekte von vornherein mit im Blick haben. Das wollen wir weiter vorantreiben. Dazu gehört eine moderne und saubere Wärmeversorgung. Dabei werden Häuser und ganze Blöcke zu energiesparenden Einheiten zusammengeführt. Das Neuköllner Fernwärmenetz wollen wir dekarbonisieren und wirken dafür gemeinsam mit dem Senat und der Fernheizkraftwerk Neukölln AG darauf hin. Mit dem Wärmespeicher am Heizkraftwerk ist damit bereit ein erster Schritt gegangen.

ANPASSUNG AN HITZE UND STARKREGEN

Die Klimakrise führt seit einigen Jahren zu Hitzesommern, in denen die Temperaturen für mehrere Wochen auf mehr als 30 Grad ansteigen können. Vor allem wenn es auch nachts nicht zu einer Abkühlung auf unter 25 Grad kommt, stellt die Hitze eine extreme Belastung dar. Ein Gesundheitsrisiko, das insbesondere alte Menschen, Menschen mit Vorerkrankungen, aber auch Kleinkinder, Schwangere und Personen, die im Freien arbeiten, trifft. Mit einem Hitzeaktionsplan schützen wir die besonders betroffenen Bevölkerungsgruppen und bauen die Gesundheits- und soziale Infrastruktur so um, dass Neukölln auch in längeren und heißeren Sommern ein lebenswerter Ort bleibt. Dafür wirken wir auf kurzfristige Entlastung hin und leisten Hilfe für besonders betroffene Personen. Zum Beispiel durch kostenlose Trinkwasserbrunnen an Hitze-Hotspots im ganzen Bezirk und an Haltestellen von Bus und Bahn sowie Hinweise auf kühle Orte im Bezirk. Dazu gehört auch die digitale und analoge Bereitstellung von Informationen zum Schutz vor hitzebedingten Gesundheitsschäden in mehreren Sprachen sowie Unterstützung bei der Vernetzung von nachbarschaftlichen „Hitzepartnerschaften“ für besonders Betroffene (z.B. durch die Errichtung einer Hilfevermittlungsplattform). Zudem setzen wir uns dafür ein, dass statistische Daten zur Ermittlung des Versorgungsbedarfs erhoben werden. Auf dieser Basis kann die medizinische Versorgung verbessert werden, insbesondere für ältere Menschen im Bezirk.

Neukölln ist von Hitze stärker betroffen als andere Bezirke in Berlin, denn dort, wo viele Gebäude, Asphaltstraßen und gepflasterte Hinterhöfe die Hitze speichern, werden weit schneller kritische Hitze-Belastungspunkte erreicht. Die Versiegelung trägt außerdem dazu bei, dass Starkregenereignisse potenzi-

ell mehr Schaden anrichten, da das Wasser nicht schnell genug abfließen kann oder aber in die Kanalisation fließt, statt im Boden gespeichert zu werden. Hier werden wir gegensteuern. Wir schaffen mehr Grün in Neukölln, indem wir uns für die Erleichterung der Begrünung von Dächern und Fassaden stark machen. Bisher scheitert dies oft an Vorbehalten des Straßen- und des Grünflächenamtes und an aufwändigen Genehmigungsverfahren. Das wollen wir ändern.

Wir sorgen dafür, dass mehr Bäume und Büsche gepflanzt und versorgt werden: Mit zusätzlichen Geldmitteln der Landesebene konnten wir die Baumpflege deutlich stärken und Baumscheiben begrünen. Das bauen wir aus, indem wir zusätzliche Flächen für Baumpflanzungen bereitstellen: Wo Straßen umgebaut werden, pflanzen wir neue Bäume, vergrößern wo möglich Baumscheiben und prüfen die Entsiegelung etwa von Straßen, Mittelstreifen und Sackgassen. Das hilft auch gegen die Aufheizung in Temperaturspitzen und sorgt für mehr Versickerungsflächen. In besonders engen oder heißen Straßen wollen wir es ermöglichen, dass neue Stadtbäume auch dort gepflanzt werden können, wo heute noch parkende Autos stehen. So entstehen Klima-Straßen mit hoher Lebensqualität für alle Bewohner*innen. Dort bleiben die Gehwege breit genug für die Fußgänger*innen und die Stadt wird kühler. Bei Neu- und Nachpflanzungen sorgen wir für eine gezielte Auswahl von Baumarten, die mit heißen Sommern besser klarkommen. Wir begrüßen das ehrenamtliche Engagement der Neuköllner*innen, setzen aber auch auf eine Stärkung des Gießens durch das bezirkliche Grünflächenamt, damit die Bäume und Parks gut durch die heißen Sommer kommen. Neben Bäumen wollen wir Büsche und Hecken erhalten und neu pflanzen. Sie sind wichtiger Rückzugsraum für Vögel und damit ein wichtiger Baustein einer singenden Stadtnatur.

Zu viele Flächen in unserem Bezirk sind versiegelt. Auf vielen Schulhöfen, Plätzen und in Innenhöfen dominiert grauer Asphalt. Wir setzen deshalb das von unserer GRÜNEN Umweltsenatorin Regine Günther erfolgreich aufgelegte Schwammstadt-Programm in Neukölln um, und entsiegeln in den nächsten fünf

Schwammstadt-Programm: Schwammstadt ist ein Stadtplanungskonzept, Regenwasser in Städten lokal aufzunehmen und zu speichern, anstatt es lediglich abzuleiten. Damit sollen Überflutungen, gerade in Zeiten des Klimawandels, vermieden sowie Stadtgrün und Stadtklima gefördert werden.

Jahren viele weitere Flächen in Neukölln, sodass private und öffentliche Liegenschaften zukünftig Grün statt Grau bieten, das Wasser dort versickern kann, und Lebensraum für Tiere und Pflanzen entsteht. Eine Potentialanalyse für mehr Grün im Bezirk ist dabei die Grundlage für ein ambitioniertes Flächenentsiegelungsprogramm. Auf diesen Flächen fördern wir Artenvielfalt und geben Insekten, Vögeln, Igel und Eichhörnchen ein Zuhause.

FÜR UMWELTGERECHTE QUARTIERE

Von Verkehr, Lärm und Schadstoffen sind besonders Mieter*innen betroffen, die an stark befahrenen Straßen wohnen – oft tragen deshalb die größten Umweltbelastungen diejenigen, die aufgrund eines geringeren Einkommens oder aus anderen Gründen auf dem Wohnungsmarkt benachteiligt sind. Das ist ungerecht! Auf Landesebene unterstützen wir Modellvorhaben, die gezielt Mehrfachbelastungen in Quartieren abbauen, und setzen uns für die Fortführung regelmäßiger, allgemein zugänglicher Berichte über Feinstaubmessungen ein, damit Schadstoffbelastungen und Maßnahmen transparent für alle sind.

Wir gehen im Bezirk mit gutem Beispiel voran und setzen uns gegenüber der Senatsverwaltung für Finanzen dafür ein, dass Mittel für energetische Sanierung der bezirklichen Liegenschaften zur Verfügung gestellt werden. Wir wollen bis 2025 alle bezirklichen Liegenschaften, auf denen das nach aktuellem technischem Stand möglich und sinnvoll ist, mit Solaranlagen ausstatten und unterstützen das Energiewendegesetz auf Landesebene, das Photovoltaik auf öffentlichen Dächern vorsieht. Dazu ist es überfällig, dass eine gezielte Erfassung und Überprüfung der Dächer aller bezirkseigenen Gebäude auf ihre Eignung erfolgt. Bei der Sanierung von Gebäuden legen wir einen Schwerpunkt auf Maßnahmen zur Energieeffizienz und Barrierefreiheit. Bei neuen Bauvorhaben muss die Anpassung an die Klimakrise schon heute mitgedacht werden, weshalb wir in Neukölln mehr Dach- und Fassadenbegrünung, durchsetzen wollen. Insbesondere wollen wir die Umsetzbarkeit auf allen öffentlichen Gebäuden prüfen, bürokratische Hürden für Fassadenbegrünung an privaten Gebäuden abbauen und bei Bebauungsplänen die rechtlichen Möglichkeiten nutzen, Dach- und Fassadenbegrünungen festzuschreiben.

Der ökologische Um- oder Neubau muss auch für private Haushalte erleichtert werden. Denn viele Eigentümer*innen wollen ihren Teil gegen Aufheizung

und Artensterben beitragen. Wir setzen uns deshalb im Bezirk für Informationen und Beratung zum ökologischen Bauen und zur Verwendung von ökologischen Baustoffen, zur Fassadenbegrünung und Entsiegelung sowie der energetischen Sanierung und dem Aufbau von Solaranlagen ein. Denn oft fehlt beim Bauen oder Sanieren aber das Knowhow, wie sinnvolle Maßnahmen einfach und kostengünstig umgesetzt werden können und welche Fördermittel es dafür gibt. Gleichzeitig wollen wir gegen übermäßige Grundstücksversiegelung und Schottergärten vorgehen. Denn alle haben eine Verantwortung, etwas gegen Klimawandel und Artensterben zu unternehmen und dafür Sorge zu tragen, dass Regenwasser versickern kann.

Die letzten heißen Sommer haben gezeigt, wie nötig unser Stadtgrün die Bewässerung hat. Wir werden deshalb Pilotprojekte anstoßen und prüfen, wie die Rückhaltung von Regenwasser bei Neu- und Umbau von Gebäuden und im öffentlichen Raum integriert werden kann, um es für die Bewässerung nutzbar zu machen.

3.2 GRÜNES WOHNZIMMER NEUKÖLLN

FREIFLÄCHEN FÜR ALLE, MEHR GÄRTEN IN NEUKÖLLN

Grünflächen bieten in Neukölln Naturerholung und Naturbildung für alle – egal ob im eigenen Kleingarten, auf dem Tempelhofer Feld oder in einem der Neuköllner Parks. Gleichzeitig sind sie wichtiger Lebens- und ökologischer Rückzugsraum für Pflanzen und Tiere. Besonders in einem dicht besiedelten Bezirk wie Neukölln haben öffentliche Grünflächen eine herausgehobene Bedeutung für unser Wohlbefinden, denn nur wenige Neuköllner*innen haben einen eigenen Garten. Wir haben uns in den letzten Jahren schon an vielen Stellen für mehr Natur für alle - von Baumscheibe bis Blühfläche – eingesetzt. Mittlerweile können aktive Bürger*innen, die eine Baumscheibe begrünen, auch durch Senatsmittel unterstützt werden.

Das Tempelhofer Feld werden wir frei von Bebauung und als Naherholungsraum erhalten. Das Feld ist als Lunge, die Berlin durchlüftet und uns allen Platz bietet, nicht mehr aus dem Neuköllner Stadtbild wegzudenken. Hier gibt es ausreichend Platz für Naturschutz genauso wie Raum für Naturerleben, Spiel und Begegnung. Gerade in Zeiten der Pandemie wurde das Feld täglich von tausenden Besuchern genutzt, um mit ausreichend Abstand frische Luft und Sonne zu tanken. Parteipolitische Initiativen, das Feld (teilweise) zu bebauen, lehnen wir entschieden ab und stellen sicher, dass nicht versucht wird, Infrastruktur für eine spätere Bebauung jetzt schon aufzubauen. Die Feldkoordination unterstützen wir als unverzichtbares Beteiligungsformat zur Sicherung der Fläche als Freiraum für die Menschen in Neukölln und ganz Berlin und als Lebensraum für viele Tier- und Pflanzenarten.

Immer mehr Menschen in Neukölln haben Lust aufs Gärtnern. Der eigene Anbau von Obst und Gemüse ist aber meistens nicht im direkten Wohnumfeld möglich, sondern findet auf der Kleingartenparzelle und auch immer häufiger in Gemeinschaftsgärten statt. Die Wartelisten für beides sind aber in der Regel lang und die Flächen sind vor allem im Norden des Bezirks begrenzt. Wir haben uns deshalb auf Landesebene mit dem Kleingartentwicklungsplan für die Sicherung der Kleingärten eingesetzt. Dabei ist uns die bereits stattfindende Öffnung der Kleingärten für Stadtgesellschaft und Gärtner*innen so divers wie unser Bezirk ein Herzensanliegen.

Um darüber hinaus mehr Neuköllner*innen das Buddeln und Ernten zu ermöglichen, wollen wir weitere nachhaltige und sichere Lösungen finden, bei denen unterm Strich mehr Menschen Kleingärtner*innen werden können. Dazu wollen wir Gemeinschaftsflächen für Urban Gardening fördern und gemeinschaftlich und solidarisch organisiertes Gärtnern stärken. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Gruppen und Projekte in Neukölln dabei unterstützt werden, geeignete Flächen zu finden. Wichtig ist uns, dass die Angebote offen für Nachbarschaft und Interessierte sind und dort wo möglich diese auch mit Schulen oder Kitas kooperieren. Die Allmende-Gärten auf dem Tempelhofer Feld sind ein international bekanntes Vorbildprojekt, ebenso wie die Prinzessinnengärten. Wir werden diese Projekte weiter verteidigen und auf eine dauerhafte Lösung drängen, wo ihre Flächen der öffentlichen Hand gehören.

WENIGER MÜLL, MEHR AUFENTHALTSQUALITÄT

Von vielen wird der öffentliche Raum in unserem Bezirk als vermüllt wahrgenommen, an vielen Stellen ist Neukölln dreckig. Sei es aus Unachtsamkeit, oder weil zu wenige Müllbehälter zur Verfügung stehen: Im Ergebnis schmälert das die Lebensqualität für uns alle. Deshalb werden wir hier weiterhin gegensteuern – damit wir uns alle auch weiter gerne auf Grünflächen oder Spielplätzen aufhalten, ohne Sperrmüllablagerungen am Straßenrand.

Das Projekt Kiezhausmeister*innen hat mit regelmäßigen Sperrmüllfesten und Re-use-Partys in den Kiezen begonnen, Alternativen zur illegalen Entsorgung zu schaffen. Das wollen wir ausweiten, genauso wie die Möglichkeit der kostenlosen und unkomplizierten Sperrmüllabholung durch die BSR. Die bereits für die Sperrmüllentsorgung zur Ausleihe verfügbaren Lastenfahräder wollen wir in den Kiezen auch zur einfachen Ausleihe für sonstige Transporte zur Verfügung stellen. Der illegalen Ablagerung von Gewerbe- und Hausmüll wollen wir weiterhin mit konsequenten Kontrollen durch das Ordnungsamt begegnen, und beim Land weiter für mehr Stellen bei der bezirklichen Gewerbeaufsicht kämpfen.

In stark touristisch geprägten Kiezen (wie dem Schiller- oder dem Reuterkiez) fordern wir eine verstärkte Straßenreinigung ohne zusätzliche Anwohner*innen-Umlage. Wir setzen uns ein für einen höheren Reinigungsturnus besonders belasteter Straßen und für die häufigere Reinigung von Parks und Plätzen. Wir fördern Ideen wie das Pilotprojekt Parkreinigung und Forstreinigung der BSR und prüfen die Möglichkeit, freiwillige Bürger*innen-Initiativen in den Kiezen zu unterstützen.

FLÄCHEN FÜR UMWELTBILDUNG UND NATURERHALT

In der Stadt braucht es Flächen für sich verändernde Nutzungsbedürfnisse, was unvermeidbar zu Flächenverbrauch führt. Infrastruktur, Wohn- und Geschäftsgelände sowie Naturerhalt stehen nur allzu häufig im Nutzungskonflikt. Deshalb setzen wir auf eine vorausschauende Stadtentwicklung. Wir bemühen uns um angemessene Ausgleichsmaßnahmen und kämpfen für ökologisch hochwertige Grünflächen. Bei großen Freiflächen, die bedeutende Potentiale für Wohnungsbau bieten, wie dem ehemaligen Rias-Gelände in Britz, wollen wir sicherstellen,

dass Teile als Grünflächen erhalten und nicht bebaut werden, um Biotope und Erholungsräume zu sichern.

Städte sind nicht nur wichtige Naturräume für den Menschen – Insekten, Vögel und Fledermäuse, Kaninchen und Füchse sowie eine Vielzahl von Pflanzenarten leben ebenfalls in der Stadt und haben sich zum Teil perfekt angepasst an ihre speziellen Ökosysteme. Insbesondere Bienen und Insekten, aber auch seltene Pflanzen brauchen Unterstützung und eine ökologische Verbesserung ihrer Lebensräume, damit auch sie weiter Lebens- und Nahrungsraum in der Stadt finden. Um den ökologischen Beitrag der Frei- und Brachflächen zu verbessern, sorgen wir für den Erhalt ökologisch wichtiger Biotope und investieren in Biodiversität. Dafür braucht es zunächst die Ermittlung der für den Biotopverbund und Artenschutz wertvollen Grün- und Freiflächen im Bezirk, um dann einen Landschaftsrahmenplan aufzustellen. Dieser soll Handlungssicherheit darüber herstellen, welche Flächen dauerhaft von Bebauung oder Umnutzung freigehalten werden und darüber hinaus den Rahmen bilden, einen verbindlichen Anteil der Grünflächen bienen-, insekten- und vogelfreundlich umzugestalten.

Wir unterstützen die Forderung einer ökologischen Umgestaltung von Teilflächen im Britzer Garten, die z.B. Naturschutzverbände erheben. Darüber hinaus wollen wir ökologische Erhaltungs- und Entwicklungsmaßnahmen für die Neuköllner Pfuhe. Dies wurde jahrelang vernachlässigt – in den vergangenen Jahren sind so leider eine Reihe von Feuchtbiotopen zerstört und die dortigen Populationen von Fröschen, Kröten und anderen Amphibien vernichtet worden. Deshalb fordern wir die Erarbeitung eines Masterplans zur Pflege und Entwicklung von Stillgewässern und dessen anschließende konsequente Umsetzung. Soweit es notwendig ist, sind für die Biotoperhaltung und -entwicklung zusätzliche Ressourcen im Umwelt- und Naturschutzamt zur Verfügung zu stellen.

Mit dem Handbuch Gute Pflege und der Charta Stadtgrün hat die GRÜNE Senatsverwaltung für Umwelt konzeptionell die Grundlage gelegt, wie wir mit dem Stadtgrün in unserer Stadt besser umgehen. Diese Vorgaben wollen wir umzusetzen. Bau- und Sanierungstätigkeit bedroht die Rückzugs- und Brutorte von Gebäudebrütern und Fledermäusen, die damit oft verdrängt werden und deren Bestand in der Folge gefährdet ist. Wir setzen uns deshalb bei öffentlichen Gebäuden für Nisthilfen für Gebäudebrüter ein und stärken Arten- und Naturschutz. Bewohner*innen und Hausbesitzer*innen sollen auch bei privaten Bau- und Sanierungsvorhaben über Möglichkeiten zur Förderung des Artenschutzes

und gesetzliche Bestimmungen aktiv informiert werden. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass Informationen zum Schutz von Gebäudebrütern und Fledermäusen für die Neuköllner*innen besser zugänglich gemacht werden.

In Neukölln gibt es außerdem große Taubenpopulationen, z.B. rund um das Rathaus, die unter widrigen Bedingungen wie Mangel an adäquatem Futter und Nistplätzen, sowie Krankheiten sehr leiden und gleichzeitig für Anlieger*innen ein Ärgernis darstellen. Deswegen setzen wir uns für ein tierschutzgerechtes und nachhaltiges Taubenmanagement ein.

Tiere und Menschen sind außerdem durch zunehmende Lichtverschmutzung belastet. Wir setzen uns auf Landesebene für eine Beschränkung von Leuchtreklame ein und im Bezirk dafür, dass über Lichtfrequenz und Beleuchtungswinkel – oder, wo sinnvoll, über die Nutzung von Bewegungsmeldern – Beeinträchtigungen so weit wie möglich verringert werden.

Unser Bezirk bietet mit seinen vielfältigen Flächen schon heute spannende Orte für Umweltbildung, wo Kindern und Erwachsenen Wissen über ökologische Zusammenhänge vermittelt und Natur erfahrbar wird. Für viele Kinder und Jugendliche sind innerstädtische Grünflächen die ersten und am leichtesten erreichbaren Orte, an dem sie Naturerleben und -bildung erfahren, um damit den Grundstein für die Wertschätzung von (Stadt) Natur zu legen. Wir sorgen deshalb für die Sicherung von Naturerlebnisräumen und setzen uns beim Senat für ein weiteres Bildungsprojekt nach dem Vorbild des Grünen Klassenzimmers auf dem Tempelhofer Feld oder des Comeniusgarten in Rixdorf ein, dessen Zukunft wir zuletzt mit Landesmitteln sicherstellen konnten. Daneben wollen wir die Umweltbildung im ganzen Bezirk stärken, indem wir uns beim Land für die Schaffung von mehr Angeboten an frei zugänglichen Umwelt-Bildungsangeboten wie z. B. Kiezführungen und Angebote der Stadtnatur-Ranger*innen stark machen. Wir setzen uns auf Landesebene ebenfalls ein für die Schaffung von Modell-Projekten für Naherholung und Umweltbildung am ehemaligen Mauerstreifen, die in Kooperation nicht nur mit unseren Nachbarbezirken, sondern auch den angrenzenden Brandenburger Landkreisen und Gemeinden zu entwickeln sind.

NEUKÖLLN AM WASSER

Uferbereiche von Gewässern im Neuköllner Norden sind schon heute oft Besucher*innenmagnete. Allerdings sind sie wie viele andere Grünanlagen in Neu-

köln wegen Vermüllung und zu starker Nutzung an nur wenigen Stellen im besten Zustand. Wir wollen die Aufenthaltsqualität erhöhen und die Uferbereiche für die Menschen besser erschließen: Den Uferweg entlang des Teltowkanals wollen wir ausbauen, und dabei die Wege so umgestalten, dass Fuß- und Radwege klar abgegrenzt sind und sie so als Verbindungswege gut genutzt werden können.

Die Nutzung und den Zugang für den nicht-kommerziellen und nicht-motorisierten Wassersport wollen wir sicherstellen. So kann etwa ein Anlegepunkt am Maybachufer für Flöße und Schlauchboote den Einstieg lenken, sodass Böschungen und Uferbereiche nicht wie bisher stark in Mitleidenschaft gezogen werden. Wir wollen unsere wichtigen Grünverbindungen an allen Kanälen schonend so verbessern, dass weniger Nutzungskonflikte auftreten. Insbesondere Maybach- und Kiehlufer wollen wir in den Blick nehmen, um Natur- und Umweltschutz mit den Bedürfnissen von Gewerbe und Erholung suchenden Neuköllner*innen zu vereinen. Dafür soll unter Bürger*innenbeteiligung ein integriertes Konzept für die Neuköllner Kanaluferwege entwickelt werden, das die Vereinbarkeit der Ufernutzung als öffentlicher Raum, als Ort der Aufenthaltsqualität sowie ihrer ökologischen Bedeutung zum Ziel hat.

3.3. NEUKÖLLN IS(S)T LECKER, FAIR, BIO UND REGIONAL

GESUNDE KÜCHEN UND KANTINEN

2017 hat die BVV auf unseren Antrag hin beschlossen, dass Neukölln Fairtrade-Town werden soll. Mit der Initiative haben wir uns für eine Ausrichtung des Bezirks auf Beschaffung von nachhaltigen Produkten aus fairer Herstellung stark gemacht. Bio- und Fairtrade-Produkte sollen generell für öffentliche Beschaffungen soweit möglich vorgeschrieben werden. In einem nächsten Schritt möchten wir dies durch die Festschreibung von mehr nachhaltiger und gesunder Ernährung bei öffentlichen Einrichtungen und Veranstaltungen und in der Schulernährung weiter ausbauen. Mit dem Beschluss des Abgeordnetenhauses zum Schuljahr 2019/2020 haben wir kostenloses Schulessen an Grundschulen eingeführt, von dem auch viele Neuköllner Schüler*innen profitieren. Wir haben ebenfalls unterstützt, dass für die Ausschreibung des Caterings an Schulen einen Anteil von 50% an Bioprodukten festgeschrieben wurde - dies wird spätestens mit den neuen Ausschreibungen zum Schuljahr 2021/2022 umgesetzt. Wir werden auf Landesebene auch darauf drängen, dass Caterer*innen das nicht nur auf Nudeln oder andere Trockenprodukte anwenden, sondern auch mehr (bevorzugt regionales) Bioobst und Gemüse anbieten. Um das zu sichern, setzen wir uns auch für die Erhöhung des öffentlichen Zuschusses zum Schulessen genauso wie für mehr Ernährungsbildung der Köch*innen ein. Wir wollen eine Ausweitung des Angebots an pflanzlichen und regionalen Biospeisen in Kantinen, Kitas und Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen. Auf Veranstaltungen des Bezirksamts sowie anderen öffentlichen Events soll bevorzugt pflanzliches und regionales Bio-Catering angeboten werden. Wir unterstützen Schulen und Kitas dabei, ökologische Komponenten sowie vegetarische und vegane Mahlzeiten im Essensangebot zu erhöhen.

In Schulen, teilweise auch in Kitas, gibt es vielfältige Ansatzpunkte für Ernährungsbildung, von Schulgärten bis zum gemeinsamen Kochen in der Schulkantine im Rahmen von Unterricht oder Projekten. Schulgärten sind aber nicht überall gesichert, viele Schulen haben derzeit keine nutzbaren Küchen. Wir unterstützen deshalb beim Schulneu- oder Umbau die Ausstattung der Schulkän-

tinien als/mit Vollküchen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass existierende Schulgärten erhalten bleiben und wo möglich weitere Gärten eingerichtet werden, um für Schüler*innen und Kitakinder einen direkten und erlebbaren Zugang zum Thema nachhaltige Ernährung zu schaffen. Dabei ist auch eine Verbindung mit Kochunterricht in Schulen anzustreben. Kitas und Schulen, genauso wie den am Gärtnern und Selbstanbauen interessierten Erwachsenen wollen wir den Zugang zu Gemeinschaftsgärten erleichtern.

NEUKÖLLN ZUM ANBEISSEN

Eine direkte und erlebbare Erfahrung, wie Lebensmittel entstehen, ermöglichen auch im Rahmen der essbaren Stadt angelegte Hecken, Beete und dafür gepflanzte Bäume. Im Neuköllner Süden und auf dem Tempelhofer Feld, aber auch in anderen Parks und auf Gemeinschaftsflächen im Bezirk sehen wir Potenzial für die Pflanzung von Obstbäumen und -sträuchern, Kräuterbeeten und sogar Gemüse, das von allen Neuköllner*innen geerntet werden kann. Dafür werden wir ein Kataster von Flächen erstellen lassen, die für die Schaffung essbarer Landschaften beispielsweise mittels Obstbäumen und -sträuchern in Frage kommen, und modellhaft ausprobieren, wie die Anpflanzung, Pflege und Ernte organisiert werden kann.

Wichtiger Teil der von der GRÜNEN Senatsverwaltung für Verbraucherschutz auf den Weg gebrachten Berliner Ernährungsstrategie sind Orte, an denen Menschen für Austausch und Ernährungsbildung zusammenkommen können, die aber auch Raum bieten für praktische Maßnahmen. Zum Beispiel könnten dort Kühlschränke zur Weitergabe von (geretteten) Lebensmitteln aufgestellt oder Auslieferstellen für regionale Lebensmittel und Tauschort für lokal erzeugtes Obst errichtet werden. Wir unterstützen deshalb als Umsetzungshilfe für eine nachhaltige Ernährungsstrategie die Schaffung von Lebensmittel-Punkten im Bezirk. Dafür stellen wir bezirkseigene Räume zur Verfügung oder unterstützen bei der Suche nach Räumen. Wo nötig, prüfen wir auch, ob wir mit bezirklichen Ressourcen die vom Land Berlin geschaffenen Einrichtungen und Orte flankieren können.

Wir setzen uns außerdem für den Erhalt und den Ausbau von Wochenmärkten im ganzen Bezirk ein, und sichern damit die vielfältigen Lebensmittelmärkte in Neukölln. Bei Bedarf schaffen wir Möglichkeiten für die Ausschreibung

weiterer Märkte und achten dabei auf ein vielfältiges, leckeres Angebot inklusive regionalen Produkten aus Brandenburg und Berlin mit Bio- und fairen Produkten.



Selbstbestimmt und solidarisch zusammenleben



4



Neukölln zeichnet sich durch seine vielfältige und solidarische Gesellschaft aus. Wir möchten diese bewahren und uns dafür einsetzen, dass unser Bezirk für ganz unterschiedliche Menschen ein attraktiver Lebensmittelpunkt ist. Solidarität und Gemeinsinn sind dafür genauso wichtig wie eine gut ausgestattete soziale Infrastruktur, die allen Menschen gleichermaßen zugänglich ist.

Kinder und Jugendliche, die in unserem Bezirk aufwachsen, sollen die bestmöglichen Startbedingungen haben. Bildung und Freiräume sind hierfür eine zentrale Ressource. Diese Erkenntnis muss sich endlich auch in den Schulen widerspiegeln. Unsere Bildungseinrichtungen bedürfen einer angemessenen Ausstattung, um Lernen, Begegnung und Austausch zu ermöglichen.

In Neukölln erleben wir besonders stark, dass unser Gemeinwesen angegriffen wird – und zwar von rechts. Wir werden uns weiterhin für die konsequente Aufklärung der rechten Terrorserie einsetzen. Wir bleiben ein verlässlicher Partner für die zivilgesellschaftlichen, antifaschistischen Bündnisse in unserem Bezirk. Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und LSBTIQ*-Feindlichkeit werden wir weiterhin aktiv bekämpfen und dafür Sorge tragen, dass sich alle im öffentlichen Raum sicher und frei fühlen können. Kultur spielt für den gesellschaftlichen Austausch eine wichtige Rolle. Die Freiheit der Kunst werden wir verteidigen, Künstler*innen und Kulturstandorte in unserem Bezirk stärken und die kulturelle Teilhabe aller erhöhen.

Die Pandemie hat uns vor Augen geführt, wie wichtig eine funktionierende und wohnortnahe Gesundheitsversorgung ist. Zentral hierfür sind eine einfach zugängliche ambulante und stationäre Versorgung sowie ein gut ausgestatteter öffentlicher Gesundheitsdienst. Die Privatisierung und Gewinnorientierung von Krankenhäusern haben zuletzt die Schwächen des gegenwärtigen Systems offenbart.

ZUKUNFTSPROJEKTE

„NETZWERK GEGEN KINDERARMUT“ AUFBAUEN

Wir setzen uns für ein Netzwerk gegen Kinderarmut in Neukölln ein. Darin sollen die zuständigen Verwaltungen, Institutionen und Organisationen gemeinsam mit der Zivilgesellschaft Hilfsangebote und Maßnahmen abstimmen und organisieren. Egal an wen sich ein Kind oder seine Familie wendet: Im Netzwerk stehen immer sofort die Möglichkeiten des gesamten Verbunds zur Verfügung – auch in Abstimmung mit weiteren Akteur*innen auf Landesebene.

SCHULREINIGUNG BIS 2026 REKOMMUNALISIEREN

Saubere Schulen sind Grundlage für gute Lernbedingungen. Gemeinsam mit vielen Eltern, Lehrkräften und Schüler*innen kämpfen wir darum für eine saubere, angenehme und anregende Lernumgebung und gegen prekäre Arbeitsverhältnisse. Unser Ziel ist die Schulreinigung bis 2026 vollständig zu rekommunalisieren und Schulen feste Reinigungskräfte als Teil der Schulgemeinschaft zuzuordnen.

RECHTSEXTREME STRUKTUREN AUFDECKEN, DISKRIMINIERUNG ABBAUEN UND ZIVILGESELLSCHAFT STÄRKEN

Die rechtsextreme Terrorserie in Neukölln ist noch immer nicht aufgeklärt, viele Neuköllner*innen fühlen sich von rechtsextremem Terror bedroht. Um für Aufklärung zu sorgen, setzen wir uns auf Landesebene für die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses im Berliner Abgeordnetenhaus ein. Mit der Einrichtung einer parlamentarischen Enquete-Kommission wollen wir diskriminierende Strukturen und Praktiken in den Berliner Sicherheitsbehörden und der Verwaltung aufdecken und Maßnahmen dagegen entwickeln und umsetzen. Außerdem setzen wir uns für die Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen im Bezirk ein und unterstützen antifaschistische Strukturen, die als Anlaufstelle für Opfer rechter Gewalt tätig sind.

4.1. GLEICHE CHANCEN FÜR ALLE KINDER

KINDERARMUT BEKÄMPFEN UND FAMILIEN STÄRKEN

Wir GRÜNE wollen Chancengerechtigkeit für alle Neuköllner Kinder. Kinderarmut sagen wir den Kampf an, denn Fakt ist leider: Die soziale Herkunft entscheidet immer noch maßgeblich über Lebens- und Bildungschancen, und damit auch über die eigenen Zukunftsperspektiven.

Die Hälfte der Kinder in Neukölln lebt in Familien, die auf Transferleistungen (z.B. Hartz IV) angewiesen sind. Auf Bundesebene kämpfen wir daher für eine unbürokratische Kindergrundsicherung. Sie soll ohne zusätzliche Antragstellung ausgezahlt werden und so auch gegen verdeckte Armut wirken. In Neukölln setzen wir uns für ein Netzwerk gegen Kinderarmut ein. Darin sollen die zuständigen Verwaltungen, Institutionen und Organisationen gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen Hilfsangebote und Maßnahmen abstimmen und organisieren. Egal, an wen sich ein Kind oder seine Familie wendet, im Netzwerk stehen immer sofort die Möglichkeiten des gesamten Verbunds zur Verfügung. So kann zukünftig verhindert werden, dass erfolgsversprechende Angebote im Verwaltungs-Ping-Pong verloren gehen.

Ob Kindergeld, Kita-Gutschein, Berlin-Pass, Förderangebote oder Ummeldungen – den aktuell bestehenden Hürdenlauf von einem Amt zum nächsten können viele Familien schlicht nicht leisten. Berlinweit haben wir GRÜNE uns daher auch dafür eingesetzt, dass Familienservicebüros eingerichtet werden, in denen alle Fragen rund um die Themen Kita, Hort, Unterhaltsvorschuss und Elterngeld gebündelt werden. In Neukölln wird nun ein solches Servicebüro im Jugendamt eingerichtet. Den Umsetzungsprozess werden wir eng begleiten, eine Evaluierung der Arbeit des Büros beauftragen und da wo nötig Verbesserungen in die Wege leiten.

Wir GRÜNE haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass das Neuköllner Projekt der Stadtteilmütter eine stabile Finanzierung durch das Land Berlin erhält.

Stadtteilmütter: Stadtteilmütter haben meist eine eigene Migrationsgeschichte und sind Multiplikatorinnen, die Müttern mit Migrationsgeschichte während einer festgelegten Anzahl von Hausbesuchen Informationen zu den Themen Erziehung, Bildung und Gesundheit vermitteln.

Mittlerweile hat das Projekt berlinweit Fuß gefasst: In allen Bezirken konnten sozialversicherungspflichtige Stellen geschaffen werden – allein in Neukölln 19 feste, zusätzliche Stellen im Jahr 2020. Unser Ziel ist es, diesen Erfolg fortzusetzen und die Finanzierung von sozialer Arbeit vor Ort, gerade auch sprach- und kulturmittelnder Peer-to-peer-Angebote, weiter auszubauen.

VERBESSERUNG DER KINDERBETREUUNG IN UNSEREM BEZIRK

Das frühkindliche Bildungsangebot ist ein wichtiger Baustein, um das Versprechen einzulösen, allen Kindern die gleichen Startchancen zu geben. Trotz großer Anstrengungen fehlen in Neukölln aber noch immer Kitaplätze. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Kapazitätsengpass zügig abgebaut wird. Dabei wollen wir auch Bauherren stärker in die Pflicht nehmen: wo Wohnungen gebaut werden, müssen wo immer möglich auch Kitas errichtet werden. Außerdem wollen wir ein abteilungsübergreifendes Kita-Beschleunigungs-Team ins Leben rufen, das geeignete Flächen identifiziert, Träger bei der Antragsstellung für Fördermittel begleitet und die Realisierung vorantreibt. Kitas in Ladenlokalen versuchen wir wo immer möglich z.B. über Abwendungsvereinbarungen zu sichern.

Das Kita-Personal leistet gesellschaftlich wichtige Arbeit, ohne entsprechend dafür entlohnt zu werden. Wir möchten, dass die Mittelzuweisungen des Landes Berlin an die Träger, die Bezahlung der Mitarbeiter*innen in Höhe des TV-L abdecken. Wir werden uns gegenüber der Landesebene dafür einsetzen, dass ein Automatismus nach Tarifvereinbarungen erreicht wird und der finanzielle Eigenanteil der freien Träger schrittweise reduziert werden kann. Die Benachteiligung von Kitas in freier Trägerschaft im Rahmen der Berlin-Zulage wollen wir beenden und fordern vom Senat zudem, die Arbeitsbedingungen attraktiver zu gestalten, um ausreichend Auszubildende zu gewinnen und den Personalbedarf nachhaltig zu sichern.

Solange das Kita-Angebot die Bedarfe von Familien und Kindern nicht abdeckt, braucht es flexible Angebote, um (alleinerziehende) Eltern insbesondere in den Randzeiten des Betreuungsangebots zu entlasten. Und zwar nicht nur, um Zeit für die Erwerbsarbeit, sondern auch für Erholung und Selbstverwirklichung zu haben. Wir möchten daher Netzwerk- und Lots*innendiensten – wie etwa den Mobilen Kinderbetreuungsservice für Eltern mit besonderen Arbeitszeiten (Mo-KiS) – stärken und bekannter machen.

JUGEND BRAUCHT RÄUME UND TEILHABE

Wir GRÜNE Neukölln setzen uns für eine Jugendarbeit ein, die nicht auf Presseauftritte und stigmatisierende Äußerungen setzt, sondern die Entfaltung aller Jugendlichen zum Ziel hat. Sie sollen ohne Diskriminierungserfahrungen groß werden, und sich frei entwickeln können, egal ob die Eltern viel oder wenig Geld haben. Sie sollen lernen, sich in die Gesellschaft einzubringen und politisch zu beteiligen. Die Jugendarbeit war in den letzten Jahrzehnten weitestgehend unterfinanziert. Zum einen, weil das dafür nötige Geld fehlte und zum anderen, weil sie – zu Unrecht – als freiwilliges Angebot des Bezirks aufgefasst wurde. Nicht nur im dicht besiedelten Norden Neuköllns hat diese Vernachlässigung die Chancengerechtigkeit vieler Generationen Jugendlicher stark beeinträchtigt. In Rixdorf und am Reuterplatz aber auch im Süden in Buckow und Britz ist die Unterversorgung eklatant. Mit Stand von 2019 fehlen für die Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen 2.366 Plätze. Vor allem die Zielgruppe älterer Jugendlicher braucht mehr Plätze in Jugendzentren. Viele der bestehenden Jugendfreizeiteinrichtungen weisen überdies einen dringenden Sanierungsbedarf auf und es fehlt oftmals an barrierefreien Angeboten.

Wir kämpfen auf der Landesebene um Investitionsmittel für die Einrichtung neuer Jugendfreizeiteinrichtungen sowie für die Modernisierung der bestehenden. Bei Bauvorhaben ist vor allem auf eine ökologisch sinnvolle sowie barrierefreie Bauweise zu achten. Die Kinder und Jugendlichen sollen in die Planung einbezogen werden.

Das neue Jugendfördergesetz erlaubt neben der standortgebundenen Jugendarbeit vielfältigere Angebotsformen. Auf dieser Basis möchten wir bis zur Fertigstellung neuer Jugendfreizeiteinrichtungen die fehlenden Angebote durch mobile Jugendarbeit kompensieren. Diese mobilen Angebote möchten wir im Jugendförderplan ab 2022 priorisieren.

Wir möchten die Beteiligung von Jugendlichen und Kindern an politischen Prozessen ausbauen und sie Demokratie altersgerecht erfahren lassen. Wir setzen uns daher für die Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlaments (KJP) ein, durch das sie sich an der Gestaltung ihres Bezirks beteiligen können. Die dort erarbeiteten Vorschläge und Anträge sollen regelmäßig in der Bezirksverordnetenversammlung und im Jugendhilfeausschuss angehört, besprochen und gemeinsam diskutiert werden. Im Bezirksamt soll eine Stelle eingerichtet werden, die die Arbeit des Kinder- und Jugendparlaments beglei-

tet, Kinder und Jugendliche für die Mitarbeit gewinnt und erwachsene Multiplikator*innen sensibilisiert. Damit das KJP die Vielfalt unseres Bezirks widerspiegelt, sollen alle Kinder und Jugendlichen die Möglichkeit haben, sich dafür wählen zu lassen.

LANGE GEMEINSAM LERNEN AN VIELFÄLTIGEN SCHULEN

Bildung ist einer der wichtigsten Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben. Die Pandemie hat gezeigt, dass Kinder mehr benötigen als das Vermitteln von Wissen. Sich selbst und die eigenen Fähigkeiten kennenlernen, soziales Miteinander und Mitbestimmung erproben – all das soll Schule stärken. Unser Ziel ist die vor Ort verankerte „Kiezschule für alle“ – gemeinsames Lernen in vielfältigen und inklusiven Gemeinschaftsschulen. Schüler*innen sollen nach unserer Vorstellung so lange wie möglich zusammen lernen und sich in einem Umfeld bewegen, das die Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegelt und ihnen alle Bildungsabschlüsse möglichst lange offenhält. Die Kiezschule ist zugleich ein Bildungsanker, an dem Familien aus der Nachbarschaft zusammenkommen, die nachmittags und abends Räume anbietet für Sportvereine oder zivilgesellschaftliche Initiativen und so echtes Miteinander ermöglicht. Dafür bedarf es guter Konzepte für Binnendifferenzierung, Profilbildung und sozialem Lernen sowie mehr Personal, um Vielfalt zum Grundbaustein von Schule zu machen. Wir wollen deshalb im Bezirk eine Vernetzungsstelle einrichten, welche in Absprache mit der Schulaufsicht und den Schulen Konzepte zur Umsetzung der "Kiezschule für alle" erarbeitet, Schulen berät und bei der Akquise von Fördermitteln hilft. Schulen müssen heute vielen Anforderungen gerecht werden. Um das leisten zu können, brauchen sie multiprofessionelle Teams, zu denen neben Lehrkräften und Erzieher*innen auch Psycholog*innen, Sozialarbeiter*innen und mehr Verwaltungspersonal zählen. Auch Pädagog*innen, die für die Profilbildung einer Schule relevant sind und sich z.B. auf Umwelt-, Theater- oder Gesundheitspädagogik spezialisiert haben, sollten selbstverständlich zum Team gehören. Dafür machen wir uns auf der Landesebene stark. Wir wollen die engagiertesten und bestens ausgebildeten Lehrer*innen für unsere Schulen. Diese möchten wir zukünftig gezielt für unseren Bezirk begeistern. Qualifizierte Quereinsteiger*innen sollen an unseren Schulen ergänzend eingesetzt und auf diese adäquat verteilt werden.

Wir wollen den Diskriminierungsschutz an Neuköllner Schulen stärken. Daher setzen wir uns für eine unabhängige bezirkliche Antidiskriminierungsstelle ein, die als Teil einer unabhängigen Beschwerdestelle auf der Landesebene und vor Ort wirken soll. Die Neuköllner Stelle soll vor Ort Vernetzungs- und Beratungsarbeit leisten, eng mit zivilgesellschaftlichen Antidiskriminierungsberatungsangeboten zusammenarbeiten und Anlaufstelle für Neuköllner Schüler*innen, Eltern, Bezirksgesellschaft und Schulpersonal sein.

Unser Ziel ist, dass Inklusion und Barrierefreiheit an jeder Neuköllner Schule zur Selbstverständlichkeit werden, damit alle Kinder bestmöglich gefördert werden können. Schulneubauten und Erweiterungen müssen grundsätzlich barrierefrei gestaltet und bestehende Schulgebäude sollen schnellstmöglich entsprechend weiterentwickelt werden. Hier muss das Land Berlin die Bezirke bei der Umsetzung finanziell unterstützt. Auf Landesebene setzen wir uns dafür ein die multiprofessionellen Teams weiterzuentwickeln, beispielsweise indem die Ausbildung und die Arbeitssituation der Schulbegleiter*innen deutlich verbessert wird.

Zur Vielfalt unseres Bezirks gehört die Förderung von Mehrsprachigkeit. Das Angebot für Nicht-EU-Sprachen - etwa arabisch - möchten wir an unseren Schulen verbessern. Für den türkischen Sprachunterricht sollen Schulen politisch unabhängige freie Träger gewinnen, um für Muttersprachler*innen und weitere interessierte Schüler*innen einen qualifizierten Sprachunterricht anzubieten.

SCHULNEUBAU, -AUSBAU UND ANGEMESSENE AUSSTATTUNG

Unterrichtsräume reichen auch in Neukölln schon lange nicht mehr für alle Schüler*innen aus. Viele der Bestandsgebäude im Bezirk sind zudem sanierungsbedürftig. Die rot-rot-grüne Landesregierung hat mit der Schulbauoffensive ein milliardenschweres, umfassendes Neu- und Ausbauprogramm für Schulen angeschoben. Diese Maßnahme war überfällig und wurde von vorherigen Regierungen sträflich versäumt. Die Sanierung und wo nötig Erweiterung von Schulen muss eine bezirkliche Schwerpunktaufgabe werden. Um die reibungslose Zusammenarbeit der beteiligten Ämter zukünftig zu gewährleisten, möchten wir eine koordinierende Stelle einrichten. Sie soll Planung, Konzeption, Finanzierung und Durchführung abteilungsübergreifend zusammendenken und vorantreiben. Sie soll partizipativ arbeiten, realistische Ziele definieren und transparent kommunizieren. Wir werden uns für eine beschleunigte Fertigstellung

der in der Planung befindlichen Schulen – etwa der Grundschule am Koppelweg – einsetzen, ebenso wie für den Ausbau und die dringende Sanierung der Bestandsgebäude. Neukölln benötigt in den nächsten Jahren viele zusätzliche Schulplätze im Grund- und Oberschulbereich. Hierfür müssen neue Flächen gesichert und bestehende (auch ehemalige) Schulflächen bzw. Gebäude dürfen nicht umgewidmet werden. So wollen wir z. B. die Grundstücke der alten Clay- und Leonardo-da-Vinci-Oberschule für Schulneubauten und andere soziale Infrastruktur erhalten. Hier haben wir in den letzten Jahren mit mehreren Machbarkeitsstudien die Grundlagen geschaffen, z.B. für die Regenbogen- und die Zuckmayer-Schule. Der Schulbau soll unter ökologischen und pädagogischen Gesichtspunkten erfolgen und die sozialräumliche Öffnung der Schulen einplanen. Wir wollen, dass Schulneubauten in Neukölln vorrangig als Gemeinschaftsschulen geplant werden. Integrierte Sekundarschulen und Gymnasien sollen darin unterstützt werden, sich zu Gemeinschaftsschulen weiterzuentwickeln.

Die Versorgung von Neuköllner Kindern darf nicht vom Geldbeutel ihrer Eltern abhängen. Das kostenlose Mittagessen für alle Grundschüler*innen ist ein großer Erfolg, für den wir GRÜNE uns lange eingesetzt haben.

In der Umsetzung der Muster-Ausschreibungen für das Schul-Catering durch die Senatsverwaltung werden wir weiter darauf drängen, dass beim Schulessen bio, fair & regional noch deutlich weiter als bisher in die Kriterien aufgenommen wird. Auch hier haben wir bereits viel erreicht. Der Bio-Anteil ist von unter 15 Prozent bereits deutlich gestiegen und wird ab 2021 auf 50 Prozent steigen. In Schulkantinen und -cafés soll durchgehend auf Einweggeschirr verzichtet werden. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass Schulkantinen die Ausstattung einer Vollküche erhalten, um den gestiegenen Ansprüchen an gesunde Mahlzeiten und Ernährungsbildung auch gerecht werden zu können. Dazu gehört auch der Ersatz älterer Geräte durch energiesparende Modelle. Etwaige Platzprobleme müssen mit dem Ausbau der Kantinen zügig behoben werden. Denn viele Schulen verfügen über gar keine oder keine ausreichend große Mensa. Sie müssen bei der Umsetzung des kostenlosen Mittagessens grundlegend gestärkt werden. Um gezielt und priorisiert neue Räume für das Mittagessen für alle zu schaffen, fordern wir auf Landesebene das Mensabauprogramm finanziell deutlich aufzustocken.

Schulen in Neukölln sollen Orte sein, an denen gutes Lernen möglich ist. Das geht nur, wenn die Klassenzimmer, die Gänge und die Schultoiletten sauber sind. Leider ist das derzeit nicht ausreichend der Fall. Gleichzeitig arbeiten die Reini-

gungskräfte häufig in prekären Arbeitsbedingungen – ein Zustand, den wir GRÜNE beenden möchten. Wir haben uns in dieser Wahlperiode in der Bezirksverordnetenversammlung für die Rekommunalisierung der Schulreinigung eingesetzt und damit die Forderung der Initiative Schule in Not, der Gewerkschaften GEW, IG Bau und ver.di unterstützt. Unser Ziel ist nun, die Schulreinigung bis zum Ende der kommenden Legislaturperiode vollständig zu rekommunalisieren und Schulen feste Verantwortliche zuzuordnen, die als Teil der Schulgemeinschaft für die Sauberkeit und Pflege der Klassenzimmer, Gänge und Toiletten sorgen – in einem sicheren Arbeitsverhältnis mit fairer Bezahlung.

Zuletzt hat uns die Pandemie vor Augen geführt, dass die Neuköllner Schulen in punkto Digitalisierung immensen Nachholbedarf haben. Um dem entgegenzuwirken, setzen wir uns für ein „Kickstartprogramm Digitalisierung“ ein. Das Land Berlin soll mit einem landeseigenen Unternehmen den Netzausbau selbst vorantreiben, damit alle Schulen ans Glasfasernetz angeschlossen werden. Wir fordern von der Landesebene zudem ausreichende Mittel, um Lehrer*innen und Schüler*innen mit zeitgemäßer Hardware und Software auszustatten. Wir setzen uns dafür ein, dass jedes Kind in Neukölln die Ausstattung erhält, die es braucht, um am digitalen Unterricht teilnehmen zu können. Das Bezirksamt soll die Neuköllner Schulen dabei beraten und unterstützen, eine entsprechende digitale Ausstattung aufzubauen. Für uns ist überdies klar: Digitaler Unterricht braucht eigene Konzepte und eine angepasste Pädagogik für die Wissensvermittlung auf Distanz. Dafür ist es wichtig, dass Lehrkräfte die notwendige pädagogische Weiterbildung erhalten. Schüler*innen und Lehrer*innen möchten wir Zugriff auf digitale Wissensbestände – etwa von Bibliotheken – sicherstellen.

SCHULE WEITERDENKEN

Der schulische Alltag beginnt auf dem Schulweg. Diesen möchten wir mit deutlicher Verkehrsberuhigung vor jeder Schule, kindergerechten Grünphasen an Ampeln und sicheren Radwegen verbessern. In unserem Bezirk sind viele Schüler*innen die ersten in ihrer Familie, die das Abitur ablegen und ein Studium aufnehmen. Andere machen eine Ausbildung, gründen Unternehmen oder unterstützen die Verwaltung. Wir wollen die verschiedenen Wege durch die bessere Verzahnung von Schule und Beruf, durch Beratung und kluge Übergangskonzepte von der Kita bis zur Berufs- oder Studienwahl unterstützen. Oberschultage, Jobmessen, Hospitationen an Grund-

schulen und Tage der offenen Tür wollen wir deshalb vernetzen und fördern.

Schulische Bildung wiederum endet nicht mit dem Kernunterricht. Projekt-tage, die Mitarbeit in Schulgärten, in Schülerzeitungen, in Theatergruppen, der Instrumentalunterricht oder diversen Arbeitsgemeinschaften tragen zur Entwicklung der Schüler*innen bei. Viele dieser Angebote werden von Schüler*innen selbst oder aber von externen Personen, Vereinen und Organisationen getragen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass entsprechende Initiativen durch den Bezirk gezielt gefördert und Mittel – etwa in Form eines Ehrenamtsprogramms – für das Engagement weiter bereitgestellt und ausgebaut werden.

Schule weiter zu denken, heißt auch, andere Bildungsmethoden und -orte auszuweiten. Wir wollen die Stadtteilbibliotheken weiter stärken, deren digitale Angebote ausbauen und ihre Vernetzung mit den Schulen intensivieren. Neukölln hat darüber hinaus mit der Gartenarbeitsschule, dem Freilandlabor im Britzer Garten, dem Bezirksmuseum Neukölln, der Volkshochschule und Musikschule Neukölln und vielen anderen Institutionen ein breites Angebot außerschulischer Lernorte. Auch sie möchten wir erhalten und in ihrer Weiterentwicklung durch den Bezirk unterstützen.

SPORTPLÄTZE ERNEUERN, SPORT FÜR KINDER UND JUGENDLICHE STÄRKEN

Um Sporthallen und -plätze zu sanieren und diese gerade auch in den Schulen außerhalb der Unterrichtszeiten für Freizeitaktivitäten zu öffnen, sind umfangreiche Investitionen notwendig. Wir möchten den Neu- und Ausbau von Sportanlagen gezielt fördern, mit einem Fokus auf Sportarten, die bisher mit Sportflächen im Bezirk unterversorgt sind. Der vereinsungebundene Sport soll bei der Vergabe von Hallen- und Platzzeiten zukünftig stärker berücksichtigt werden. Das Programm des Neuköllner Schwimmbären wird weitergeführt. Es soll allen Neuköllner Kindern ermöglichen, das Schwimmen zu erlernen.

4.2. NEUKÖLLN BLEIBT DIVERS, NEUKÖLLN HÄLT ZUSAMMEN

DISKRIMINIERUNG BEENDEN, RECHTEN TERROR BEKÄMPFEN

Für viele Menschen sind Diskriminierung und Rassismus – auch im Umgang mit den Berliner Sicherheitsbehörden und der Verwaltung – Teil ihrer alltäglichen Erfahrungen. Wir fordern die Einrichtung einer parlamentarischen Enquete-Kommission, die unter der Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen diskriminierende Strukturen und Praktiken in den Berliner Sicherheitsbehörden und der Verwaltung aufdeckt und geeignete Maßnahmen entwickelt, um diese abzubauen. Dadurch soll auch das Vertrauen in die Verwaltung und die Behörden wieder gestärkt werden. Uns ist es wichtig, explizit die Perspektiven und Expertisen von Menschen, die von Racial Profiling betroffen sind (u.a. Schwarze Menschen und People of Color, türkei- und arabischstämmige Menschen, Sintize* und Romnja*), bei der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen einzubeziehen.

Neukölln ist seit Jahren von einer Rechten Terrorserie betroffen. Wir stehen solidarisch an der Seite der Betroffenen. Der sogenannte Neukölln-Komplex ist bis heute nicht zufriedenstellend aufgeklärt, das Vertrauen vieler Neuköllner*innen gegenüber den Sicherheitsbehörden schwindet. Es ist ein Skandal, dass namentlich bekannte Tatverdächtige jahrelang unbehelligt agieren konnten. Während durchschlagende Ermittlungsergebnisse ausblieben, stellte sich zurecht die Frage, inwieweit die Sicherheitsbehörden in Teilen selbst in den „Neukölln Komplex“ verwickelt sind. Wir begrüßen daher die Einsetzung der Ermittlungsgruppe zur rechten Terrorserie in Neukölln und deren erste Ermittlungserfolge. Zugleich schließen wir uns der Forderung der Betroffenen und zivilgesellschaftlicher Bündnispartner*innen an: Es muss ein parlamentarischer Untersuchungs-

Neukölln-Komplex: Mit dem Begriff Neukölln-Komplex wird eine rechtsextreme Anschlagsserie von über 70 Taten wie Brandstiftungen und Drohungen gegen Politiker*innen und Initiativen vor allem zwischen 2016 und 2018 bezeichnet, in der die Polizei bisher ohne substantiellen Erfolg ermittelt hat.

ausschuss eingesetzt werden, der alle offenen Fragen kritisch durchleuchtet, die im Zuge der Terrorserie und der Ermittlungen aufgekommen sind. Dabei möchten wir, dass der Untersuchungszeitraum Fälle seit dem Jahr 2010 berücksichtigt und auch den bis heute nicht aufgeklärten Mord an Burak Bektas sowie die offenen Fragen bezüglich des Mords an Luke Holland in den Blick nimmt.

ZIVILGESELLSCHAFT IM KAMPF GEGEN RECHTS STÄRKEN

Rechtsextreme, rassistische, antisemitische, frauen- homo- und transfeindliche Übergriffe sind in unserem Bezirk leider Teil des Alltags. Dem möchten wir uns systematisch und weiterhin in einem breiten Bündnis entgegenstellen. Daher setzen wir uns für die langfristige finanzielle und ideelle Förderung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen im gesamten Bezirk ein und unterstützen antifaschistische Strukturen, die als Anlaufstelle für Opfer rechter Gewalt tätig sind.

Im Süden Neukölln ist die rechte Szene nach wie vor aktiver und stärker sichtbar als im Norden des Bezirks. Hier kommt es fortlaufend zu rechtsextremen Markierungen im öffentlichen Raum. Die Neuköllner Registerstelle möchten wir dabei unterstützen, die Vernetzung im Süden Neuköllns auszubauen und lokale antifaschistische Bündnisse zu stärken.

Im Bezirksamt möchten wir die Stelle der*s Beauftragten für Fragen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit einrichten. Die*der Beauftragte soll hauptamtlich unter anderem den regelmäßigen Austausch zwischen den zuständigen Abteilungen des Bezirksamts und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen sicherstellen. Insbesondere die Bezirksverwaltung profitiert vom Wissensaustausch mit den (lokal verankerten) Initiativen.

FRAUENINFRASTRUKTUR IM GESAMTEN BEZIRK STÄRKEN

Zivilgesellschaftlich getragene Frauenprojekte sind in Neukölln geographisch gesehen ungleich verteilt. Im Süden unseres Bezirks gibt es keine ausreichende Infrastruktur für Frauen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Mittel bereitgestellt werden, um den Aufbau von Frauenprojekten und -angeboten – etwa in Arbeits-, Bildungs- oder Gesundheitsfragen – zu ermöglichen.

Darüber hinaus möchten wir die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten mit mehr Ressourcen ausstatten. Zur Förderung von Frauen- und Mädchensport sol-

len regelmäßige Sportfeste im ganzen Bezirk stattfinden. Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, dass bei der Vergabe von Zeiten auf Sportanlagen/-hallen Vereine mit einem hohen Anteil von Frauen* unter den aktiven Sportler*innen besonders berücksichtigt werden.

ERINNERUNGSKULTUR IM (POST-)MIGRANTISCHEN BEZIRK

Unsere vielfältige Bezirksgesellschaft spiegelt sich derzeit noch kaum in der Erinnerungsarbeit wider. Wir möchten den (post-)migrantischen Communities, Schwarzen Menschen und People of Color im öffentlichen Raum und in den bezirklichen Kultur- und Bildungsinstitutionen mehr Platz einräumen. Unter ihrer Beteiligung soll ein erinnerungs- und bildungspolitisches Konzept erarbeitet werden, um die vielfältige(n) Geschichte(n) unseres Bezirks und seiner Einwohner*innen in den Bezirksmuseen und -bibliotheken, in der Volkshochschule und in Geschichtswerkstätten sicherzustellen.

Die Dekolonisierung des öffentlichen Raums und die kritische Aufarbeitung der Kolonialvergangenheit werden wir weiter vorantreiben. Wir fordern die Neugestaltung des kolonialhistorischen Gedenkensembles auf dem Garnisonsfriedhof am Columbiadamm und möchten, dass das Bezirksmuseum Neukölln kolonialismuskritische Museumsprojekte durchführt und dafür Mittel aus dem Landeshaushalt einwirbt.

Seit diesem Jahr gibt es in Neukölln die Lucy-Lameck-Straße, die an eine antikoniale tansanische Aktivistin und Politikerin erinnert. Wir GRÜNE haben die Umbenennung gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Initiativen und der Bezirksgesellschaft durchgesetzt und damit die 130 Jahre währende öffentliche Ehrung eines Kolonialverbrechers an gleicher Stelle beendet. Die kritisch einordnende Informationstafel, die wir GRÜNE in dieser Wahlperiode in der Woermannkehrle durchsetzen konnten, kann nur der Anfang eines Erinnerungsprozesses sein, an dessen Ende die Umbenennung der Straße steht. Wir werden uns darüber hinaus dafür einsetzen, dass weitere kritische Straßenbenennungen in Neukölln systematisch erfasst werden und (Um-)Benennungen von Straßen zukünftig grundsätzlich zugunsten von Gruppen erfolgen, deren Gedenken im öffentlichen Raum immer noch unterrepräsentiert sind: Frauen*, Schwarze Menschen und People of Color.

GEWALT GEGEN FRAUEN UND LSBTIQ* BEKÄMPFEN

Gewalt gegen Frauen und LSBTIQ* im öffentlichen Raum treten wir entschieden entgegen. Alle Neuköllner*innen müssen sich im öffentlichen Raum sicher fühlen können. Um Angsträume zu verhindern, werden wir daher die (Straßen-)Beleuchtung an Wegen verbessern, an denen dies nötig ist. Um systematisch gegen Gewalt vorzugehen, werden wir uns überdies für die Einrichtung eines regelmäßigen „Runden Tisches“ einsetzen. An diesem sollen, neben dem Bezirksamt, die LSBTIQ*-Ansprechpersonen der Polizei und zivilgesellschaftliche Projekte mit Expertisen zu queerfeindlicher und sexistischer Gewalt im Bezirk teilnehmen. Intersektionale Perspektiven sollen bei der Besetzung sichergestellt werden. Darüber hinaus möchten wir eine Kampagne gegen Gewalt gegen Frauen und LSBTIQ* nach dem Vorbild der Aktion Sicherheit-Geborgenheit-Neukölln initiieren, um für das Problem zu sensibilisieren und den Dialog weiter zu fördern. Wir treten für den Schutz Neuköllns queerer Orte ein. Sie sind Safer Spaces und Magnete für unterschiedlichste Communities. Wir schätzen ihr leidenschaftliches Engagement für LSBTIQ* ebenso wie für ihre Nachbarschaft.

Gewalt gegen Frauen und Kinder findet nicht „nur“ im öffentlichen Raum, sondern vor allem auch im Privaten statt. Im Zuge der Pandemie sind die Gewaltvorfälle noch einmal in einem erschreckenden Maße gestiegen. Menschen, die davon betroffen sind, wissen oft nicht, wo sie Hilfe bekommen können. Wir wollen daher in Neukölln eine (mehrsprachige) Kampagne auf den Weg bringen, die Informationen über Anlaufstellen gebündelt zugänglich macht. Die Informationen sollen vor allem an Orten angeboten werden an denen potentielle betroffene Personen diese in einem geschützten Kontext lesen können. Bestehende Erstanlaufstellen, die Betroffenen von häuslicher Gewalt zur Verfügung stehen, wollen wir um ein mehrsprachiges Angebot ausbauen.

TEILHABE UND SICHTBARKEIT DER NEUKÖLLNER LSBTIQ*-COMMUNITY ERHÖHEN

Neukölln hat seit langem eine vielfältige queere Community, über deren Geschichte bis heute viel zu wenig bekannt ist. Wir möchten dies ändern. Wir setzen uns dafür ein, dass die umfangreiche queere Geschichte unseres Bezirks unter Beteiligung der lokalen LSBTIQ*-Communities in einem Museumsprojekt

aufgearbeitet und der Bezirksgesellschaft zugänglich gemacht wird. Daneben soll es ein bildungspolitisches Begleitprogramm geben, in dessen Fokus das gegenwärtige queere Neukölln steht.

Die LSBTIQ*-Community in Neukölln wächst. Wir werden im Bezirksamt die Stelle der*des Queer-Beauftragten einrichten, um den vielfältigen Anliegen gerecht zu werden. Die*der Ansprechpartner*in wird die Sichtbarkeit der Community erhöhen, deren Teilhabechancen erhöhen, die Umsetzung der Initiative Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt vorantreiben sowie gegen homo- und transfeindliche Gewalt im Bezirk vorgehen.

KULTURELLE VIELFALT UND FREIRÄUME RETTEN

Die vielen Kulturschaffenden und Kulturinstitutionen Neuköllns prägen das Bild und das gesellschaftliche Leben unseres Bezirks. Wir GRÜNE möchten, dass die über viele Jahre gewachsenen Strukturen und zunehmend bedrohten freien Festivals und Netzwerke gestützt werden. Dazu gehören nicht nur das bekannte „48 Stunden Neukölln“, sondern auch die „Art Spaces Neukölln“, die „Offenen Ateliers Neukölln“ oder Projekte wie „Herdelezi“, das sich als Statement gegen Antiziganismus in Neukölln etabliert hat. Wir setzen uns für eine finanzielle Sicherung dieser für Neukölln so wichtigen und äußerst lebendigen Szene ein.

Kunst, Soziales, Raum und Stadt sollen zusammen gedacht und gestaltet werden – wir wollen dafür das zukunftsweisende Konzept der Urbanen Praxis aufgreifen und dadurch mehr Formate im öffentlichen Raum ermöglichen. Um den vielfältigen kulturpolitischen Aufgaben im Bezirk und den unterschiedlichen Akteur*innen gerecht zu werden, möchten wir einen Kulturbeirat etablieren. In diesem sollen Vertreter*innen der Freien Szene und der bezirklichen Kulturinstitutionen sitzen. Der Beirat soll das Kulturamt in allen Fragen der kulturellen Entwicklung, von der Raumnutzung und -erschließung über die Projektentwicklung und -förderung bis hin zur Förderpolitik und Mittelvergabe beraten und begleiten.

Wir brauchen ein öffentliches, besser sichtbares, gut ausgestattetes sowie in Teilen auch (digitales) Kulturangebot in allen Ortsteilen Neuköllns. Insbesondere in Buckow und in der Weißen Siedlung sollen niedrigschwellige, inklusive und aufsuchende Programme entwickelt werden, damit die Bewohner*innen besser an das vielfältige Kulturleben Neuköllns angebunden sind.

Auch die kulturelle Bildung muss gestärkt werden, denn ohne Musikschule keine (Neuköllner) Oper! Bezirksbibliotheken, Volkshochschule, kommunale Galerien, Jugendkunstschulen (Young Arts NK) und das Gemeinschaftshaus Gropiusstadt bieten ein unverzichtbares und für alle zugängliches Angebot. Diese Kultur- und Bildungseinrichtungen spielen eine zentrale Rolle, um kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe sicherzustellen. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass sie ausreichend ausgestattet sind und eine größere Sichtbarkeit erhalten. Wir möchten sie dabei unterstützen, ihre Angebote auszubauen und diversitäts- und kultursensibel weiterzuentwickeln. Gegenüber der Landesebene werden wir uns zudem dafür einsetzen, dass die bezirklichen Mittel für kulturelle Bildung erhöht werden. Zukünftig sollen auch selbstorganisierte Projekte von Kindern und Jugendlichen aus diesen Mitteln gefördert werden können.

Sei es das Schloss und Gutshof Britz und das Gemeinschaftshaus Gropiusstadt als zentrale Veranstaltungsorte im Süden Neuköllns oder die ehemalige Werkstatt der Kulturen ganz am Nordzipfel des Bezirks: Neuköllns Kultureinrichtungen möchten wir stärken und in ihrer Weiterentwicklung unterstützen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass es eine zeitgenössische und diversitätsorientierte Weiterentwicklung dieser Orte gibt und am Kulturstandort in der Lucy-Lameck-Straße wieder eine lokal verwurzelte Institution mit gesamtstädtischer Bedeutung entsteht, die einen postkolonialen und (post-)migrantischen Schwerpunkt hat.

Des Weiteren müssen öffentliche Liegenschaften stärker und auch vielfältiger für kulturelle Zwecke zur Verfügung gestellt werden. Die Freilichtbühne im Gutshof Britz ist seit Jahren ebenso fast ungenutzt wie die auf dem Kulturbunker in der Rungiusstraße. Wir wollen diese Orte weiterentwickeln und auch darüber hinaus die Nutzung von bezirklichen Räumen für kulturelle Angebote ermöglichen und vereinfachen.

Ganz egal ob Schwuz, Sameheads oder Schrippe Hawaii: Diese und andere Clubstandorte sind Freiräume, die unseren Bezirk prägen. Sie tragen dazu bei, dass Neukölln divers, kreativ und interessant ist. Um etwaige nachbarschaftliche Konflikte zu lösen, haben wir auf Landesebene einen Lärmschutzfond etabliert, mit Hilfe dessen lärmdämmende Maßnahmen finanziert werden können. Wir haben uns zudem dafür eingesetzt, dass Clubkultur in Berlin nun auch formal als Kultur anerkannt ist. Heute benötigen Clubs mehr als je zuvor, unsere Unterstüt-

zung, denn die Pandemie ist für viele von ihnen existenziell gefährdend. Rot-Rot-Grün hat mit der Soforthilfe IV extra für diese Kreativszene einen Hilfstopf eingerichtet. Für uns ist klar: Es wird weitere Hilfen brauchen. Wir werden uns daher auch weiterhin für Lösungen einsetzen, um die vielfältige Clubkultur in Neukölln am Leben zu erhalten.

4.3. SELBSTBESTIMMT UND GESUND LEBEN

DEN ÖFFENTLICHEN GESUNDHEITSDIENST BESSER AUFSTELLEN

Die Pandemie hat uns vor Augen geführt, wie wichtig ein gut ausgestatteter und funktionierender öffentlicher Gesundheitsdienst (ÖGD) ist. Wir werden uns für eine Überarbeitung der Pandemieplanung des Landes Berlin sowie der Konzeption der Mustergesundheitsämter einsetzen, um aus der Corona-Pandemie die nötigen Lehren zu ziehen. In Neukölln sind aber im ÖGD unabhängig davon an zwei Stellen Verbesserungen notwendig, für die wir GRÜNE uns einsetzen: Bei der Personalausstattung und bei der Digitalisierung.

Das bezirkliche Gesundheitsamt hat es zuletzt nicht geschafft, alle Stellen zu besetzen. Um die Attraktivität der Arbeitsplätze kurzfristig zu steigern, wollen wir die Möglichkeit der Zahlung außertariflicher Zulagen in den medizinischen Berufsgruppen konsequent nutzen. Bei der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung werden wir uns für eine Erleichterung des Verfahrens einsetzen. Um langfristige Verbesserungen zu erreichen, werden wir uns beim Land Berlin dafür einsetzen, dass die Stellen des ÖGD im Rahmen des Tarifvertrags der Länder höher eingruppiert werden.

Die Digitalisierung der Infrastruktur des ÖGD soll mit einem berlinweiten Konzept vorangetrieben werden, um ein standardisiertes System sicherzustellen. Das Neuköllner Bezirksamt soll sich in dessen Konzeption, u.a. mit den Erfahrungen beim Einsatz digitaler Meldesysteme in der Corona-Pandemie, einbringen.

STÄRKUNG DER GESUNDHEITLICHEN VERSORGUNG

Das Vivantes-Klinikum Neukölln ist ein wichtiger Anker der gesundheitlichen Versorgung Neuköllns. Wir freuen uns daher, dass die rot-rot-grüne Landesregierung die Modernisierung sowie den Ausbau des Krankenhauses ermöglicht und dafür die enorme Summe von 164 Millionen Euro bereitgestellt hat. Wir begrüßen überdies die Einrichtung der Notdienstpraxen für Kinder und Erwachsene am Vivantes-Klinikum Neukölln. Diese tragen zur Entlastung der Rettungsstelle bei und leisten zugleich ein Beitrag zur intersektoralen und damit umfassenden Versorgung.

Die ambulante ärztliche Versorgung weist in Neukölln jedoch weiterhin eine starke Unterversorgung in zu vielen Bereichen auf. So fehlt es im Bezirk etwa an Kinderärzt*innen, Frauenärzt*innen oder Psychotherapeut*innen. Wir begrüßen zwar die von der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin im Jahr 2020 angekündigten Ansiedlungszuschüsse für unterversorgte Bezirke, diese alleine werden aber nicht genügen, um eine bessere räumliche Verteilung der ambulanten Praxen sicherzustellen. Wir möchten daher, dass die bezirkliche Perspektive stärkeren Eingang im zuständigen Landesgremium erhält, insbesondere bezüglich der konkreten Bedarfsplanung, der Entscheidungsprozesse des Zulassungsausschusses und bei der Beratung und Betreuung niederlassungswilliger Ärzt*innen. Wir wollen überdies eine systematische bezirkliche Bedarfsplanung, die die tatsächlichen Gesundheitsbedürfnisse der Neuköllner*innen ermittelt. Diese soll auch die Versorgungsbedarfe geflüchteter Menschen berücksichtigen und diese damit weiter verbessern. Schon jetzt können sich Menschen ohne gültigen Aufenthaltstitel mit einem anonymen Krankenschein behandeln lassen. Damit ist Berlin das einzige Bundesland, in dem der Zugang zur hausärztlichen Versorgung so umfassend möglich ist.

Wir möchten die sozialraumorientierte Gesundheitsversorgung stärken, die eine niedrigschwellige ärztliche Versorgung mit sozialen Beratungsangeboten

Sozialraumorientierte Gesundheitsversorgung: In der sozialraumorientierten Gesundheitsversorgung arbeiten verschiedene Berufsgruppen zusammen und treten gemeinsam mit den Menschen im Stadtteil für die Gestaltung gesundheitsförderlicher Lebenswelten ein. Behandlungen erfolgen fachdisziplinübergreifend und auf Augenhöhe mit den Behandelten.

kombiniert und eine Vernetzung in die sozialräumlichen Strukturen und Netzwerke der umliegenden Kieze sicherstellt. Damit knüpfen wir an die Arbeit der letzten Jahre an: So bietet der neue und bislang einzigartige Checkpoint BLN am Hermannplatz unter einem Dach niedrigschwellig Beratung, Prävention (u. a. HIV-PrEP), Tests und Behandlung rund um die sexuelle Gesundheit, insbesondere zu HIV/AIDS.

Dabei werden wir uns sowohl für tragfähige Kooperationen des Bezirksamts mit bestehenden lokal handelnden Gesundheitsprojekten einsetzen – etwa mit dem entstehenden Stadtteilgesundheitszentrum des Gesundheitskollektiv Berlin im Rollbergkiez – als auch die bezirklichen Planungen für ein Familiengesundheitszentrum weiter vorantreiben.

Wir möchten allen Menschen den gleichberechtigten Zugang zum Gesundheitssystem ermöglichen. Insbesondere Schwarze Menschen, People of Color, Menschen mit Migrationsgeschichte und Geflüchtete sollen eine bessere gesundheitliche Versorgung erhalten. Auch für alleinlebende Senior*innen oder Menschen, die von verschiedenen Erkrankungen gleichzeitig betroffen sind, möchten wir die Gesundheitsberatung verbessern. Daher werden wir uns beim Land Berlin für die Finanzierung eines mehrsprachigen Gesundheitslots*innen-Pilotprojekts einsetzen. Dieses soll insbesondere den genannten Personengruppen Orientierung im Gesundheitssystem geben, über in Frage kommende Angebote informieren, sie bei der Beantragung zur Inanspruchnahme dieser Leistungen unterstützen sowie Präventionsangebote vermitteln.

PFLEGEANGEBOTE BEDARFSGERECHT UND DIVERSITÄTSSENSIBEL AUSBAUEN

Wir GRÜNE möchten, dass pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige Angebote erhalten, die ihren Bedarfen und Lebenssituationen entsprechen. Wir setzen uns daher dafür ein, dass der Bezirk alle vier Jahre eine verbindliche Planung für die Weiterentwicklung der ambulanten, voll- und teilstationären Pflege- und Beratungsangebote sowie der palliativmedizinischen Angebote und der Hospizstrukturen erstellt. Um die realen Bedarfe zielgruppengerecht abzubilden, sollen Senior*innenvertretungen, Migrant*innenselbstorganisationen, Betroffeneninitiativen sowie Vertreter*innen von Stadtteilgruppen und der queeren Community aktiv an der Planung beteiligt werden.

Wir werden uns für die diversitätssensible Öffnung bereits bestehender Pflegeangebote und Angebote der Sterbebegleitung sowie die Schaffung weiterer Einrichtungen einsetzen, um der wachsenden Zahl an Senior*innen of Color und Pflegebedürftigen mit Migrationsgeschichte Rechnung zu tragen. Dazu zählt der Ausbau von diversitätssensiblen Beratungs- und Betreuungsangeboten, die Stärkung der Pflegestützpunkte, die Bekanntmachung bestehender Selbsthilfeeinrichtungen und die mehrsprachige Informationsvermittlung. Für Patient*innen mit Demenzerkrankungen benötigen wir überdies spezielle Einrichtungen mit dafür geeigneter Ausstattung und entsprechend ausgebildetem Personal.

TEILHABE VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

Wir GRÜNE möchten Barrieren abbauen, damit alle Menschen ein selbstbestimmtes Leben führen können. Im Bezirksamt haben wir angefangen, die notwendigen Strukturen zu schaffen, um das Bundesteilhabegesetz und die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen. In der kommenden Wahlperiode wird es darauf ankommen, den Paradigmenwechsel von Fürsorge hin zu Teilhabe tatsächlich zu vollziehen und eine sozialräumliche Betrachtung zu etablieren. Den dafür notwendigen Personalbedarf werden wir fortlaufend überprüfen und für Mitarbeiter*innen des Bezirksamts entsprechende Schulungsmaßnahmen anbieten.

KIEZE UND DROGENKONSUMENT*INNEN NICHT ALLEINE LASSEN

In Jahr 2019 wurde in der Karl-Marx-Straße der erste Drogenkonsumraum in Neukölln eingerichtet und damit eine langjährige GRÜNE Forderung umgesetzt. Abhängige Personen haben dort die Möglichkeit, unter hygienischen Bedingungen Drogen zu konsumieren und mit geschulten Ansprechpartner*innen vertrauensvolle Beratungsgespräche zu führen. Zugleich wird der Kiez, dessen Bewohner*innen und Gewerbetreibende, erheblich entlastet, wenn Drogen nicht mehr auf der Straße, auf Spielplätzen oder in Bahnhöfen konsumiert werden. Wir möchten die Öffnungszeiten deutlich erweitern, um mehr Menschen zu erreichen und insbesondere obdachlosen Konsument*innen den Zugang und die Nutzung von Konsumräumen zu erleichtern – etwa indem wir Konsument*innen ermöglichen, die Räume zu nutzen, ohne sich vorher zu registrieren. Aufgrund

des großen Bedarfs setzen wir uns zukünftig für den Aufbau eines zweiten, niedrigschwellig und bürokratiearm erreichbaren Drogenkonsumraums im Bezirk ein.

Um der häufig stattfindenden örtlichen Verlagerung des Drogenkonsums – zuletzt etwa nach Britz – zu begegnen, halten wir zusätzliche flexible Angebote wie Drogenkonsummobile und Straßensozialarbeit für notwendig. Den Einsatz des Drogenkonsummobils wollen wir in Neukölln dauerhaft sichern. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass es – anders als zuletzt – seinen Standort ohne großen bürokratischen Aufwand wechseln kann – etwa in Form fest vereinbarter Einsatzorte, um an den Konsumschwerpunkten aktiv sein zu können.

Die Straßensozialarbeit werden wir ergänzen. Mit zusätzlichen Angeboten möchten wir insbesondere Konsument*innen mit Migrationsgeschichte ansprechen, die von den bestehenden Hilfsangeboten nicht erreicht werden oder Konsum- und Beratungsräume meiden, weil sie strafrechtliche Verfolgung fürchten.

Nachhaltig und fair

5

***Wirtschaft und Verwaltung
der Zukunft gestalten***



Vom Solo-Selbstständigen über Einzelhandel und Kreativwirtschaft bis zum Handwerk und zur Industrie – die Wirtschaft in Neukölln ist breit aufgestellt. Als Arbeitgeber*in oder Anbieter*in von Produkten und Dienstleistungen, ist sie ein unerlässlicher Bestandteil unseres gesellschaftlichen Lebens – und trägt damit auch eine große Verantwortung für die Gemeinschaft. In den kommenden Jahren möchten wir die Transformation vorantreiben, hin zu einer sozial-ökologisch zukunftsfähigen Wirtschaft, mit „guter Arbeit“ und einer Produktion, die Ressourcen und Umwelt nicht belastet.

Über Jahre wurden die Bezirke in Berlin kaputtgespart. Seit 2016 haben wir GRÜNE die Kehrtwende eingeleitet und in der Landesregierung dafür gesorgt, dass die Bezirke für ihre Aufgaben wieder besser ausgestattet werden. Endlich war es möglich, den Personalbestand wieder zu stärken – berlinweit wurden in nur vier Jahren 20 Prozent neue Stellen in den Bezirksverwaltungen geschaffen. Das Resultat lässt sich sehen und spüren: die Serviceangebote für Bürger*innen konnten auf- und der Investitions- und Sanierungsstau im Bereich öffentlicher Gebäude abgebaut werden. In den kommenden Jahren möchten wir dafür sorgen, dass sich die Bezirksverwaltung noch diverser, klimafreundlicher und digitaler aufstellt. Über partizipative Verfahren und Angebote wollen wir sicherstellen, dass Neuköllner*innen noch mehr an Bezirkspolitik beteiligt werden.

ZUKUNFTSPROJEKTE

KREISLAUFWIRTSCHAFT MADE IN NEUKÖLLN

Wir wollen den Weg zu einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft einschlagen, die erst gar keinen Müll produziert. Dazu wollen wir eine Zero-Waste-Strategie für Neukölln vorantreiben und in Pilotprojekten konkrete Ansätze ausprobieren und fördern, bspw. Re-Use-Modelle oder Mehrweglösungen für gastronomische Abhol- und Liefersdienste. Auf dem Rollberg schaffen wir ein "Zero-Waste-Haus" als Ort für Innovationen und Bildungsarbeit.

CHANCENGERECHTIGKEIT AUF DEM ARBEITSMARKT

Um Menschen in Neukölln neue Chancen in Arbeit zu geben, wollen wir Unternehmen stärker in "Berufsqualifizierungsnetzwerke" einbinden. Dafür möchten wir das Jobcenter Neukölln in das Landesprogramm „Berlin braucht dich“ der Integrationsbeauftragten aufnehmen, verstärkt lokale Betriebe in den Kiezen einbinden und Menschen, die lange arbeitslos waren, über die Programme von Land und Bund neue Möglichkeiten in öffentlich geförderter Beschäftigung geben.

BETEILIGUNG STÄRKEN - BÜRGER*INNENHAUSHALT UND BÜRGER*INNENRÄTE EINFÜHREN

Wir wollen die bezirkliche Demokratie stärken und neue Instrumente der Beteiligung einführen. Dazu wollen wir Bürger*innenräte einrichten, in denen zufällig geloste Menschen aus dem Bezirk an Entscheidungsprozessen mitwirken können – etwa zur Definition und konkreten Umsetzung lokaler Klimaschutzziele. Außerdem sollen die Neuköllner*innen im Rahmen eines echten Bürger*innenhaushalts über einen festgelegten Teil des Bezirkshaushaltes direkt entscheiden können.

5.1. SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION DER LOKALEN WIRTSCHAFT

LOKALES GEWERBE SICHERN UND NACHHALTIG FÖRDERN

Steigende Gewerbemieten in Neukölln führen nicht nur zu einer Abwanderung kleiner Handwerksbetriebe und Geschäfte, sie verdrängen auch wohnortnahe Kitas und andere soziale Einrichtungen, die oftmals die hohen Preise nicht bezahlen können. Da im Unterschied zu Wohnungsmieten kaum belastbare Informationen über Höhe und Entwicklung der Pacht und begleitender Vertragskonditionen vorliegen, wollen wir uns für eine Verbesserung der verfügbaren Datenlage einsetzen.

Wir möchten in unseren Kiezen ein breites Angebot lokaler Dienstleistungen sichern und dafür den im Wohnbereich erfolgreichen Milieuschutz auch auf Gewerbemieten ausweiten. Wir GRÜNE haben eine Bundesratsinitiative zur Modernisierung des Gewerbemietrechts auf den Weg gebracht. Und berlinweit setzen wir uns dafür ein, dass die landeseigenen Wohnungsunternehmen kostengünstige Angebote für die Mieter*innen von Gewerberaum machen, die wir in der Stadt für den Erhalt der sozialen Infrastruktur und für kleinteiliges Gewerbe brauchen.

Die Wirtschaftsförderung für kleine, gemeinwohlorientierte und umweltverträgliche Unternehmen wollen wir stärken. Dazu streben wir eine Erweiterung der bezirklichen Wirtschaftsförderung Unternehmen Neukölln um die Themen Solidarische Ökonomie und Nachhaltigkeit an. Zur Förderung gehört die Unterstützung von Gründer*innen, insbesondere wenn sie solidarisch, zukunftsfähig und nachhaltig wirtschaften, und die Stärkung von Unternehmer*innen-Netzwerken im Bezirk.

Kultur- und Kreativwirtschaft gehört unverzichtbar zur lokalen Wirtschaft in Neukölln. Sie schafft Arbeitsplätze, trägt zur Stabilisierung von Quartieren und zur Standortprofilierung bei. Hier wollen wir bereits existierende Angebote ausbauen und festigen.

In Zusammenarbeit mit migrantischen Unternehmensverbänden wollen wir Weiterbildungsmaßnahmen für Kleinst- und Kleinbetriebe voranbringen und die

gezielte Förderung von Unternehmen ausbauen, die von Menschen und insbesondere Frauen mit Migrationsgeschichte geführt werden. Informationen über vorhandene Fördermaßnahmen, aber auch wichtige Genehmigungs- und Kontrollverfahren sollen besser bekannt gemacht werden. Auf Landesebene wollen wir den Zugang migrantischer Betriebe zu den Kreditprogrammen der Landesbank IBB erleichtern – durch mehr Austausch und Information, aber auch durch anonymisierte Antragsverfahren.

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE UND KREISLAUFWIRTSCHAFT STÄRKEN

Wir wollen einen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft. Dazu gehören für uns Formen der solidarischen Ökonomie wie selbstverwaltete Betriebe, Genossenschaften, und Open-Source- Initiativen. Sie stehen für eine Art des Wirtschaftens, die langfristige und faire Arbeitsverhältnisse schafft, regionale Wirtschaftskreisläufe stärkt und das Gemeinwesen, nicht den Profit, in den Vordergrund stellt. Wir wollen zugeschnittene Beratungsangebote schaffen und ausbauen und uns dafür einsetzen, dass Gründer*innen aus diesem Sektor einen gleichberechtigten Zugang zu Fördermaßnahmen erhalten. Auf Landesebene wollen wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass europäische Fördergelder besser abgerufen werden, um damit die Wirtschaftsförderung in Neukölln weiter auszubauen.

Die Idee der Kreislaufwirtschaft möchten wir in allen Bereichen der Wirtschaft stärken. Wir begrüßen private Initiativen wie das Circular Economy House (CRCLR) auf dem Rollberg-Areal und freuen uns, dass Yesil Cember mit seiner Umweltbildung und den gemeinnützigen Re-Use-Projekten im Rollbergviertel aktiv ist. Wir setzen uns darüber hinaus für die Einrichtung eines gemeinnützigen Re-Use- und Zero-Waste-Hauses in direkter Nachbarschaft ein. Wir wollen einen Ort schaffen, an dem gebrauchte Waren neue Besitzer*innen finden, an dem unverpackt eingekauft werden kann und der Raum für Innovation und Bildungsarbeit im Bereich Nachhaltigkeit, Abfallvermeidung und Upcycling bietet. Initiativen und Start-Ups sollen hier bezahlbare Räume finden.

Wir GRÜNE werden uns für die Entwicklung einer Zero-Waste-Strategie für Neukölln einsetzen. Auf Landesebene haben wir hier schon viel erreicht, indem wir etwa die Müllvermeidung ins Zentrum der Berliner Abfallstrategie 2020-2030 gestellt oder Konzepte für die Vermeidung von Lebensmittelverschwendung in die Berliner Ernährungsstrategie aufgenommen haben. Das kritische Hinterfra-

gen der Abfallproduktion führt nicht nur zur Abnahme der Vermüllung des öffentlichen Raums, sondern auch zu einer wirtschaftlich sinnvollen, effizienten Ressourcennutzung. Mehrweglösungen möchten wir in Neukölln mit einem Pilotprojekt für gastronomische Abhol- und Liefersdienste fördern.

ORGANISIERTE KRIMINALITÄT, WIRTSCHAFTSKRIMINALITÄT UND GELD- WÄSCHE BEKÄMPFEN

Der Cum-Ex-Skandal hat Steuerzahler*innen Milliarden gekostet, Wirecard zeigt, wie Behörden und große Wirtschaftsprüfungsgesellschaften die Augen vor Wirtschaftskriminalität verschließen. Vermögen aus Raub, ausbeuterischer Prostitution, Erpressung, Korruption oder illegalem Immobilienhandel finden im „Geldwäsche-Paradies“ Deutschland weitestgehend ungehindert den Weg in den Wirtschaftskreislauf. Auch viele Menschen in Neukölln leiden unter diesen Machenschaften.

Organisierte Kriminalität ist ein gravierendes Problem, gegen das wir GRÜNE auf allen Ebenen systematisch vorgehen. Im Bundestag setzen wir uns gegen starken Lobby-Widerstand für Transparenz im Immobiliensektor ein. In Berlin wurde unter dem GRÜNEN Justizsenator Dirk Behrendt bei der Staatsanwaltschaft eine neue Abteilung für Vermögensabschöpfung sowie beim Berliner Landgericht eine Taskforce zur Bekämpfung von Geldwäsche eingerichtet. Beides mit Erfolg: In mehreren tausend Fällen wurden Vermögen eingezogen und Notare werden nun überprüft, um sicherzustellen, dass sie ihrer Verpflichtung nachkommen, Verdachtsfälle von Geldwäsche zu melden. Schon die bisherigen Fälle zeigen die Wirksamkeit dieses Ansatzes. Diesen effizienten Weg werden wir von Neukölln aus weiter unterstützen. Placebo- und PR-Maßnahmen, die ganze Straßenzüge und Bevölkerungsgruppen rassistisch stigmatisieren oder Shisha-Bars pauschal als Ort der Kriminalität verunglimpfen, lehnen wir entschieden ab.

5.2. GUTE ARBEIT FÜR NEUKÖLLN - MENSCHEN PERSPEKTIVEN GEBEN

AUSBAU DER UNTERSTÜTZUNGSANGEBOTE BEI DER ARBEITSSUCHE

Viele Menschen sind bei der Suche nach Arbeit und der beruflichen (Weiter-) Qualifizierung auf Hilfe angewiesen. Wir wollen die Neuköllner*innen in einem solch wichtigen Lebensbereich unterstützen und die Angebote des Jobcenters stärker an ihren Bedürfnissen orientieren. Dazu gehört auch, dass das Jobcenter der Vielfalt Neuköllns Rechnung trägt und Leistungen und Angebote entsprechend anbieten kann.

Wir fordern den Ausbau der Mehrsprachigkeit in der Beratung, insbesondere auch durch die vermehrte Einstellung von Fachkräften mit Migrationsgeschichte. Wo das nicht in ausreichendem Maße möglich ist, wollen wir die Zusammenarbeit von Jobcenter und Behörden mit Sprachmittler*innen und migrantischen Selbstorganisationen weiter stärken. Insbesondere Geflüchtete ohne Deutschkenntnisse erleben oft einen erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt. Mit der Stabsstelle Dialog und Zukunft konnten bei der Integration Geflüchteter in den Arbeitsmarkt Erfolge erzielt werden.

Für mehr Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt für Jugendliche, People of Color, Frauen sowie Menschen mit Migrationsgeschichte oder Behinderungen wollen wir Neuköllner Unternehmen stärker in die Verantwortung nehmen, etwa durch deren aktive Eingliederung in Berufsqualifizierungsnetzwerke. Dafür möchten wir das Jobcenter Neukölln in das Landesprogramm Berlin braucht dich der Integrationsbeauftragten aufnehmen. Außerdem wollen wir die Angebote des Netzwerk BQN e.V. verstärkt an lokale Betriebe in den Kiezen vermitteln. Arbeitssuchende erhalten so passgenaue Unterstützung und tragen dazu bei, dass die diverse Gesellschaft ein Erfolgsfaktor für Neuköllns Wirtschaft wird.

WENIGER BÜROKRATIE, BESSERE BERATUNG

Zudem wollen wir die in Teilen überbordende und kleinteilige Jobcenter-Bürokratie abbauen und den damit einhergehenden entwürdigenden Umgang mit

Menschen in Not beenden. Während der Pandemie hat sich gezeigt, dass Veränderungen möglich sind. Auf Vorladungen wurde verzichtet und stattdessen stärker auf Angebote und freiwilligen Kontakt gesetzt. Dies wollen wir soweit möglich beibehalten. Auf Sanktionen wollen wir soweit rechtlich möglich verzichten, damit die beratenden und unterstützenden Angebote des Jobcenters im Vordergrund stehen und ihre volle Wirkung entfalten können. So entlasten wir Mitarbeiter*innen im Jobcenter und schaffen neue Kapazitäten für eine bessere Beratung der Arbeitssuchenden. Möglichkeiten für digitale Antragstellung sowie das Ein- und Nachreichen von Unterlagen sollen weiter ausgebaut werden. Digitale Dienste können auch eine Terminvergabe in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen der Kund*innen unterstützen, so dass Sanktionen wegen Terminversäumnissen zur Ausnahme werden. Nicht immer lassen sich Konflikte vermeiden. Sie lassen sich aber durch Mediation und Empathie lösen. Wir setzen uns daher für die Einrichtung einer Schlichtungsstelle im Jobcenter ein.

PERSPEKTIVEN FÜR LANGZEITARBEITSLOSE SCHAFFEN

Langzeitarbeitslosigkeit bedeutet für viele Menschen und ihre Familien Perspektivlosigkeit. Oftmals ist dieser Zustand keineswegs selbstverschuldet oder gewollt. Stattdessen ist Langzeitarbeitslosigkeit häufig die Folge von Erkrankungen, fehlender sozialer Auffangsysteme in schwierigen Lebenslagen, das Resultat rassistischer, sexistischer und queerfeindlicher Einstellungen oder Ergebnis von Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung. Wir GRÜNE arbeiten daran, diese strukturellen Barrieren abzubauen, auch wenn das natürlich ein langfristiges Ziel ist. Den jetzt betroffenen Menschen wollen wir den Wiedereinstieg in den Beruf durch einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor in Neukölln ermöglichen und erleichtern. Im Rahmen unserer Ziele zur Bekämpfung von Kinderarmut wollen wir besonders auf betroffene Familien zugehen. Dabei können Integrationsfachkräfte, wie sie etwa in Berlin-Mitte im Einsatz sind, einen wichtigen Beitrag leisten. Sie nehmen die Situation der gesamten Familie in den Blick, bauen Vertrauen auf und helfen, die jeweils passenden Angebote für alle Familienmitglieder zu erkennen und koordiniert einzusetzen. So können Eltern entlastet, Kinder unterstützt und der Teufelskreis der Armut durchbrochen werden.

Das Jobcenter braucht zudem mehr Fachkräfte, die besser im psychosozialen Bereich und im Betreuungsbereich ausgebildet sind. Wir fordern eine psychoso-

ziale Beratung mit klinisch ausgebildetem Personal direkt im Jobcenter, bei der sich Arbeitslose und Vermittler gleichermaßen beraten lassen können. Das hilft nicht nur den Betroffenen, sondern entlastet insbesondere auch die Beschäftigten im Jobcenter.

5.3. BEZIRKSAMT DER ZUKUNFT - DIGITAL, GRÜN UND DIVERS

DER BEZIRK ALS ATTRAKTIVER ARBEITGEBER

Eine moderne Verwaltung braucht ausreichend qualifiziertes und motiviertes Personal. Hier haben wir in den letzten Jahren schon viel erreicht. Bewerbungsprozesse wurden zentralisiert und digitalisiert, wodurch sich Stellenbesetzungsverfahren deutlich beschleunigten. Bei planbaren (z.B. altersbedingten) Nachbesetzungen gibt es mittlerweile eine vorausschauende Personalplanung, die zeitweise Doppelbesetzungen und damit den notwendigen Wissenstransfer ermöglichte. Auszubildende wiederum werden im Regelfall nach erfolgreichem Abschluss übernommen. Wir möchten den Bezirk Neukölln als Arbeitgeber zukünftig noch attraktiver machen. Daher setzen wir uns dafür ein, dass für Mitarbeiter*innen der Bezirksverwaltungen bei der Stellenbewertung die gleichen Maßstäbe wie für Mitarbeiter*innen der Senatsverwaltungen angewendet und somit eine gleiche Bezahlung gewährleistet wird.

Wir wünschen uns eine Belegschaft, die die Vielfalt Neuköllns auf allen Ebenen abbildet. Bei der Rekrutierung von neuen Mitarbeiter*innen sollen bislang unterrepräsentierte Gruppen besonders angesprochen werden. Wir setzen uns für die Umsetzung des neuen Partizipations- und Migrationsgesetz (PartMigG) ein. In enger Zusammenarbeit mit der für Antidiskriminierung zuständigen Senatsverwaltung soll das [Diversity-Landesprogramm](#) umgesetzt und eine diversitätsorientierte Personalentwicklung vorangetrieben werden. Zudem sollen Maßnahmen

entwickelt werden, um die Durchlässigkeit für Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte sowie inter-, trans- und nicht binäre Mitarbeiter*innen zur Leitungsebene zu erhöhen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf möchten wir verbessern. Gerade auf Leitungsebene besteht hier noch Handlungsbedarf. Wir setzen uns daher auf Landesebene dafür ein, dass die Voraussetzungen für Teilzeitstellen und Doppelbesetzungen in Leitungsfunktionen geschaffen werden.

BARRIEREFREIE UND DIVERSITÄTSSENSIBLE VERWALTUNG

Wir wollen die Verwaltung zugänglicher machen. Das fängt bei der Sprache an. Statt Behördenkauderwelsch setzen wir uns für Kommunikation in leichter Sprache ein. Hiermit haben wir in dieser Wahlperiode bereits begonnen und Informationsmaterial wie auch Mieter*innenschreiben im Milieuschutz dementsprechend angepasst. Informationsbroschüren und persönliche Beratung sollen neben Deutsch auch in den Sprachen angeboten werden, die in Neukölln am häufigsten gesprochen werden. Wir möchten, dass in öffentlichen Texten alle Geschlechter sichtbar und im Verwaltungshandeln gleichbehandelt werden. Wir setzen uns daher auch für die konsequente Umsetzung des von uns GRÜNEN erstrittenen Landesantidiskriminierungsgesetzes auf Bezirksebene ein. Dazu gehört unter anderem, dass für alle Mitarbeiter*innen diversitätssensible und diskriminierungskritische Fortbildungen angeboten werden, die für Mitarbeiter*innen in Leitungsfunktionen verpflichtend sind.

MODERNER UND ÖKOLOGISCHER AUS- UND UMBAU DER VERWALTUNG

Nach der bitteren Zeit der Sparpolitik haben wir in den letzten Jahren wieder viel Boden gut machen können und dringend benötigtes Personal in der Verwaltung einstellen können. Diesen Weg möchten wir wo nötig und möglich weitergehen.

Diversity-Landesprogramm: Im Zentrum des vom Grünen Senator Dirk Behrendt vorangebrachten „Diversity-Landesprogramm“ steht ein Maßnahmenpaket, das in den nächsten drei Jahren umgesetzt werden soll. Es verfolgt das Ziel, verbindlich Ziele und Verfahrensschritte festzulegen, mit denen Vielfalt im Verwaltungskontext gefördert werden kann.

Zusätzliches Personal braucht aber auch Platz. In den letzten Jahren konnte dieser Bedarf durch die Anmietung verschiedener Büroflächen gedeckt werden. Auf Dauer sind Büromieten aber deutlich teurer als eigene Gebäude. Daher möchten wir neue Immobilien für die Unterbringung der wachsenden Bezirksverwaltung akquirieren oder an geeigneten Standorten neu bauen. Beim Land setzen wir uns für die Bereitstellung geeigneter Liegenschaften ein. Durch die Sanierung der Bestandsgebäude stellen wir zudem bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten her und bringen den Klimaschutz voran. So wollen wir die Gebäude energetisch sanieren und bis 2025 alle bezirkliche Liegenschaften, auf denen das nach aktuellem technischen Stand möglich und sinnvoll ist, mit Solaranlagen ausstatten.

Der Fuhrpark des Bezirks soll klimafreundlich umgebaut werden. Neben emissionsfreien Kraftfahrzeugen sollen den Mitarbeitenden Dienstfahräder sowie Dienst-E-Lastenräder zur Verfügung gestellt werden. Wir wollen das Bezirksamt zu einem fahrradfreundlichen Arbeitgeber entwickeln, die die aktive Mobilität seiner Mitarbeitenden finanziell und ideell fördert. Dazu gehören ausreichende, sichere und trockene Abstellmöglichkeiten für Fahrräder von Mitarbeitenden und Umkleieräume in den bezirklichen Liegenschaften.

DIGITALISIERUNG FÜR ALLE

Die digitalen Serviceangebote möchten wir weiter ausbauen. Um den Zugang zu Internet und Endgeräten für Alle zu ermöglichen, setzen wir uns für den Ausbau der öffentlich zugänglichen digitalen Infrastruktur ein. Kostenlose WLAN-Netze und digitale Arbeitsplätze sollen in Bibliotheken, Schulen, Jugendzentren und in Freizeitstätten für Senior*innen und Kiezbüros entstehen. Bibliotheken sollen zudem vermehrt E-Reader und Tablets zur Ausleihe anschaffen und das bereits bestehende sehr gute vorhandene Angebot breiter und zielgruppengerecht bewerben.

Wir wollen, dass alle Menschen eigenständig und sicher digitale Geräte verwenden können, Berührungsängste abbauen und Grundlagen für einen sensiblen und mündigen Umgang mit Internet-Angeboten vermitteln. Dafür bauen wir Fortbildungsangebote z.B. der Volkshochschulen aus – speziell auch für Senior*innen. Zudem wollen wir die Chancen digitaler Plattformen für eine solidarische Nachbarschaft jenseits kommerzieller Verwertungslogiken nutzen und uns dem – im Nachbarbezirk Treptow-Köpenick schon erfolgreich eingesetzten – Netzwerk Soziale Nachbarschaft und Technik (SoNaTe) anschließen.

MEHR TRANSPARENZ UND BETEILIGUNG FÜR ALLE NEUKÖLLNER*INNEN SCHAFFEN

Wir wollen die Beteiligungsmöglichkeiten im Bezirk weiter ausbauen. Im Rahmen der Berliner Leitlinien zur Beteiligung von Bürger*innen an der räumlichen Stadtentwicklung konnten vor kurzem zwei langjährige GRÜNE Forderungen umgesetzt werden: die Veröffentlichung einer Bauvorhabenliste und die Einrichtung einer Anlaufstelle für Bürger*innenbeteiligung. Künftig soll die Verwaltung zentral und aktuell über alle im Bezirk stattfindende Beteiligungsprozesse informieren und neben den analogen auch die digitalen Beteiligungsmöglichkeiten für alle Neuköllner*innen ausbauen. Für die einzelnen Projekte wollen wir verbindliche Beteiligungskonzepte entwickeln.

Auch bei privaten Bauvorhaben werden wir uns weiterhin für eine umfassende Bürger*innenbeteiligung einsetzen. Dabei wollen wir die formalen Beteiligungsverfahren im Rahmen von Bebauungsplanverfahren stärker bewerben und bei Investor*innen darauf hinwirken, dass Verfahren entsprechend der Leitlinien zur Beteiligung organisiert werden.

Darüber hinaus wollen wir alle genehmigungspflichtigen Bauanträge für den Bezirk – auch solche ohne vorgeschriebene Beteiligungsverfahren – zeitnah über die Open-Data-Plattform des Landes Berlin zugänglich machen.

Partizipation soll sich aber nicht auf Bauvorhaben beschränken. Das mit GRÜNER Unterstützung etablierte Beteiligungsbüro wollen wir dazu nutzen, auch Beteiligung in anderen Bereichen intensiver und besser zu gestalten. Als neues Instrument der Beteiligung wollen wir Bürger*innenräte einrichten, in denen sich zufällig geloste Menschen aus dem Bezirk an Entscheidungsprozessen – etwa zur Definition und konkreten Umsetzung lokaler Klimaschutzziele – mitwirken können.

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wollen wir besonders stärken und sie auch explizit als Akteur*innen in Beteiligungsverfahren der Stadtentwicklung einbeziehen. Gemeinsam mit jungen Neuköllner*innen wollen wir neue Formate und Ansätze entwickeln, die in einer kinder- und jugendgerechten Form Beteiligung ermöglichen. Hierbei soll auch verstärkt auf digital gestützte Formate geachtet werden. Wir unterstützen dabei die Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlaments mit Anhörungsrecht bei der Bezirksverordnetenversammlung und verlässlicher logistischer Unterstützung durch die Einrichtung einer zuständigen Personalstelle im Bezirk. Auf Landesebene werden

wir uns weiter dafür einsetzen, dass das Wahlalter bei kommunalen Wahlen auf 14 Jahre gesenkt sowie das Wahlrecht auf Nicht-EU-Bürger*innen ausgeweitet wird. Damit erhöhen wir die politische Mitbestimmung in unserem Bezirk.

5.4. FUNDAMENT SICHERN UND KLUG INVESTIEREN

BEZIRKLICHE INVESTITIONEN FÜR BILDUNG UND VERKEHRSWENDE SICHERSTELLEN

In der kommenden Legislaturperiode werden die Folgen der Pandemie aufgrund geringerer Steuereinnahmen in den öffentlichen Haushalten spürbar sein. Trotz geringerer Spielräume ist es zentral, den begonnenen Weg fortzusetzen und die Bezirke fit für die Herausforderungen einer wachsenden Stadt zu machen. Wir werden uns gegenüber dem Senat und dem Abgeordnetenhaus für eine finanzielle Ausstattung der Bezirke stark machen, die auch weiterhin Spielraum für eine politische Schwerpunktsetzung im Bezirk ermöglicht. Bei der Investitionsplanung wollen wir weiterhin Bildungseinrichtungen und Maßnahmen der Verkehrswende priorisieren. Die zukünftig in Neukölln erzielten Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung möchten wir für Investitionen und Maßnahmen zur Verbesserung der lokalen Fahrrad- und Fußweginfrastruktur, der Verkehrssicherheit und der Verkehrsberuhigung in Wohngebieten einsetzen. Nachdem in den Jahren des rot-roten Senats viele zentrale kommunale Dienstleitungen an Privatunternehmer outgesourct wurden, zeigen sich zunehmend die negativen Folgen dieser Politik. In der letzten Wahlperiode haben wir weiteres Outsourcing erfolgreich verhindert. In den nächsten Jahren wollen wir die begonnene Stärkung im Grünflächenamt fortführen, die Rekommunalisierung der Schulreinigung umsetzen und für weitere bezirkliche Dienstleistungen prüfen.

GEMEINSAM NACHHALTIG HAUSHALTEN

Wir wollen, dass sich die Politik stärker am Gemeinwohl als an finanziellen Kennzahlen orientiert. Bei der Berechnung der Zuweisungen an die Bezirke sollen soziale und ökologische Faktoren künftig stärker berücksichtigt werden als in der bisherigen Fokussierung auf den günstigsten Preis. So schaffen wir Anreize zur Verbesserung bezirklicher Dienstleistungen für alle Neuköllner*innen. Dafür werden wir uns auf Landesebene ebenso einsetzen wie für eine – in einem Bezirkefinanzierungsgesetz verankerte – insgesamt größere haushaltspolitische Eigenständigkeit der Berliner Bezirke.

Die Beteiligungsmöglichkeiten an der Haushaltsplanung möchten wir ausbauen. Im Rahmen eines echten Bürger*innenhaushalts sollen Neuköllner*innen über einen festgelegten Teil des Haushalts direkt entscheiden können. Die geplanten Projekte im Rahmen der Investitionsplanung sollen zusammen mit den Vorschlägen von Neuköllner*innen bei Bürger*innenversammlungen vorgestellt und diskutiert werden. Das Votum der Versammlungen soll in der abschließenden Beschlussfassung über die bezirkliche Investitionsplanung Berücksichtigung finden. Um eine faire Verteilung der Gelder sicherzustellen, wollen wir das Gender-Budgeting weiterentwickeln und Verwaltungsmitarbeiter*innen dazu verstärkt fortbilden.

Gender-Budgeting: Kein Politikfeld ist geschlechtsneutral, auch Haushaltspolitik nicht. Eine wirkungsvolle Maßnahme, den Berliner Haushalt auf seine Auswirkungen auf die Geschlechter zu überprüfen, ist Gender Budgeting.

UNSERE GRÜNE BVV-



**SUSANN
WORSCH**



**JOCHEN
BIEDERMANN**



**INA
SOETEBEER**



**CHRISTIAN
HOFFMANN**



**SAMIRA
TANANA**



**JAN
STIERMANN**



**SOFIE
KROTTER**



**BERND
SZCZEPANSKI**



**MAÏMOUNA
OUTTARA**



**KADIR
ŞAHİN**



**BEATE
BRUKER**



**TJADO
STEMMERMANN**



**IRINA
HERB**



**WOLFGANG
EWERT**



**VIVIAN
WEITZL**



**RENÉ
LUTTER**



**SELMA CLARA
KREIBICH**



**JOSIF
STAVARAČE**



**KATHERYN
HERRMANN AGUERO**



**THORE
HAGEMANN**

LISTE FÜR NEUKÖLLN



**SARAH
SCHNEIDER**



**BENEDIKT
FLÜGEL**



**LISA MARIA
ECKART**



**JAN MICHAEL
IHL**



**LISA
RUPPEL**



**TOBIAS
BÄNDER**



**MIRIAM
SIMON**



**CHRISTIANE
SCHWAUSCH**



**LAURA
HOFMANN**



**ANDREAS
AUDRETSCH**



**MARGRET
THIEME**



**MITJA
KIRSCH**



**DANIELA
WANNEMACHER**



**CHARLOTTE
FOERSTER-BALDENIUS**



**JOHANNA
WIETSCHEL**



**RAHUL
SCHWENK**



**CHRISTA
EMDE**



**LINDA
SCHWARZ**



**CHRISTINE
SPANNAGEL**



**ANDRÉ
SCHULZE**

STICHWORTVERZEICHNIS

A

Abwendungsvereinbarung	Seite 14, 58
Antidiskriminierung	Seite 61, 84, 85
antifaschistisch	Seite 8, 55, 56, 66
Antisemitismus/ antisemitisch	Seite 7, 8, 31, 55, 66
Arbeit/Arbeitsmarkt	Seite 78, 82,
Armut	Seite 19, 56, 75, 83
Artenvielfalt / Artenschutz	Seite 7, 18, 44, 48

B

barrierefrei/ Barrierefreiheit	Seite 26, 31, 32, 33, 35, 44, 59, 61, 85
Baumpflanzungen	Seite 43, 52
Berliner Modell	Seite 17
Beteiligung	Seite 18, 31, 32, 39, 65, 67, 68, 78, 87, 89
Bezirksverwaltung	Seite 20, 40, 41, 66, 77, 84, 86
Bibliothek	Seite 63, 64, 67, 70, 86
Bildung	Seite 7, 18, 19, 39, 45, 47, 49, 51, 52, 55, 57, 58, 60, 62, 63, 64, 66
Biodiversität	Seite 18
Biotope	Seite 48
Bürger*innenbeteiligung	Seite 9, 41, 50, 87
Bürger*innenhaushalt	Seite 78, 89

C

Carsharing	Seite 28
Chancengerechtigkeit	Seite 57, 59, 78, 82
Clubs/Clubkultur	Seite 70, 71

D

Dach- und Fassadenbegrünung	Seite 18, 40, 43, 44, 45
--------------------------------	--------------------------

Dekolonisierung/kolonial	Seite 67, 70
Diagonalsperre	Seite 26, 37
Dienstleistung	Seite 77, 79, 88, 89
Digital/Digitalisierung	Seite 37, 42, 63, 64, 69, 71, 77, 83, 84, 86, 87
Diskriminierung	Seite 16, 17, 56, 59, 61, 65, 84, 85
Diversität/divers	Seite 19, 27, 46, 64, 65, 70, 73, 74, 77, 82, 84, 85
Drogen	Seite 74, 75

E

Ehrenamt	Seite 19, 43, 64
Einzelhandel	Seite 21, 77
Elektro-Mobilität	Seite 28, 29, 30
Energetische Modernisierung	Seite 14
Energiewende	Seite 41, 44
Energie- und Klimaschutzprogramm Neukölln	Seite 41
Enquete-Kommission	Seite 56, 65
Entsiegelung	Seite 8, 18, 40, 43, 45

F

Fahrradstraße	Seite 25, 26, 37
Fahrradparkhaus	Seite 26, 28, 35
Fairtrade Town	Seite 51
Familien	Seite 14, 20, 56, 57, 58, 60, 63, 83, 85
feministisch/ Feminismus	Seite 32
Fernwärme	Seite 42
Flächengerechtigkeit	Seite 25, 28
Frauen	Seite 17, 31, 66, 67, 68, 80, 82, 85
Freiräume	Seite 20, 27, 55, 69, 70
Freizeitflächen	Seite 20
Fußverkehr	Seite 26, 32, 33, 35

G

Gastronomie	Seite 11, 22, 23
Geflüchtete	Seite 72, 73, 82
Gemeinwohlorientierter Wohnungsbestand	Seite 12
Gender-Budgeting	Seite 89
Gesundheitsversorgung	Seite 55, 72
Gewässer, Pfuhe	Seite 48, 49
Gewerbemieten	Seite 20, 21, 79
Grünflächen	Seite 7, 39, 43, 45, 47, 48, 49, 88

H

Handwerk	Seite 8, 11, 21, 77, 79
Haushalt	Seite 16, 67, 88, 89
Hermannplatz	Seite 12, 25, 26, 31, 34, 35, 36, 73
Hitzeaktionsplan	Seite 42

I

Industrie	Seite 11, 30, 77
intersektional	Seite 32, 68
Investitionen	Seite 59, 64, 77, 88, 89

J

Jobcenter	Seite 78, 82, 83, 84
Jugend	Seite 8, 20, 21, 32, 33, 55, 59, 60, 64, 70, 82, 87
Jugendarbeit	Seite 59
Jugendzentren/ Jugendeinrichtungen	Seite 12, 59, 70, 88

K

Kiezblock	Seite 25, 26, 27, 28
Kinder	Seite 8, 20, 21, 27, 31, 32, 33, 37, 42, 49, 52, 55, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 64, 68, 70, 72, 87
Kinderarmut	Seite 58, 57, 83
Kitas	Seite 11, 12, 30, 21, 27, 46, 51, 52, 57, 58, 63, 79
Klimanotstand	Seite 41
Klimaschutz	Seite 8, 9, 40, 41, 78, 86, 87
Klimaschutzbeirat	Seite 41
Klima-Straßen	Seite 43
Kreativwirtschaft	Seite 77, 79
Kreislaufwirtschaft	Seite 78, 80
kulturelle Bildung	Seite 70
Kunst, Kultur	Seite 18, 20, 21, 55, 67, 69, 70, 71, 79

L

Langzeitarbeitslosigkeit	Seite 83
Lastenrad	Seite 29, 86
Lieferverkehr	Seite 26, 29, 36
Liegenschaften	Seite 21, 40, 44, 70, 86
LSBTIQ*	Seite 8, 31, 55, 68, 69

M

Menschen mit Behinderung	Seite 16, 17, 31, 74, 83
Microdepot/ City-Hub	Seite 26, 29
Mietendeckel	Seite 14
Mietenpolitik	Seite 9, 12
Mieter*innenberatung	Seite 16
Mietpräventionsteam	Seite 9, 11, 16
Migrant*innen/(post-)migrantisch/ Migrationsgeschichte	Seite 67, 70, 73, 79, 80, 82
Milieuschutz	Seite 8, 9, 12, 13, 14, 79, 85
Mobilitätsgesetz	Seite 32
Mobilitätswende / Verkehrswende	Seite 7, 8, 9, 29, 30, 31, 34, 40, 88
Mobility Hub	Seite 28
Müll	Seite 23, 47, 50, 78, 80, 81
Museum	Seite 64, 67, 68

N

Nachbarschaftstreffpunkt/-heim / Stadtteiltreffpunkt	Seite 7, 18, 19
Netzwerk gegen Kinderarmut	Seite 56, 57
Neubau/ Bauen	Seite 8, 11, 12, 14, 17, 18, 19, 44, 61, 62
Neuköllner Modell	Seite 11, 12, 17

O

Obdachlosigkeit/ Wohnungslosigkeit	Seite 11, 15, 16
Öffentliche Beschaffung	Seite 40, 51
Öffentlicher Raum	Seite 12, 21, 50, 55
ÖPNV	Seite 18, 25, 28, 31, 32, 34, 35, 37
Organisierte Kriminalität	Seite 81

P

- Parkraumbewirtschaftung Seite 25, 26, 88
- parlamentarischer Untersuchungsausschuss Seite 56
- People of Color Seite 17, 65, 67, 73
- Personal Seite 28, 58, 60, 61, 71, 74, 77, 84, 85, 86, 87
- Pflege Seite 73, 74
- Prinzessinnengärten Seite 46
- Protected Bike Lane Seite 25, 36
- psychosoziale Beratung Seite 83

R

- Racial Profiling Seite 65
- Fahrrad Seite 25, 26, 28, 31, 33, 35, 37, 47, 86, 88
- Radwegenetz / Radschnellweg Seite 25, 26, 36, 37
- Rassismus/rassistisch Seite 7, 8, 31, 55, 65, 66, 81, 83
- rechter Terror/ Neukölln-Komplex Seite 8, 55, 56, 65, 66
- Ressourcen Seite 48, 52, 66, 77, 81
- Re-Use Seite 47, 78, 80

S

- Schule Seite 8, 11, 20, 21, 27, 33, 39, 40, 43, 46, 51, 52, 55, 60, 61, 62, 63, 64, 86
- Schulessen Seite 51, 62
- Schulreinigung Seite 56, 63, 56
- Schulwege Seite 8, 32, 33, 63
- Schwammstadt Seite 40, 43
- Schwarze Menschen Seite 17, 65, 67, 73
- Selbständig/Solo-Selbständig Seite 33, 77
- Senior*innen/ ältere Menschen Seite 9, 31, 42, 73, 74, 86
- Solar Seite 18, 40, 44, 45, 86
- solidarisch Seite 7, 9, 46, 55, 65, 79, 80
- solidarische Ökonomie Seite 79, 80
- soziale Infrastruktur Seite 7, 11, 12, 18, 20, 21, 42, 55, 79
- (soziale Träger) Seite 11, 19
- Spekulation mit Immobilien Seite 13, 15
- Spielplätze/ Spielstraßen Seite 19, 20, 27, 47, 74

- Sport Seite 21, 29, 33, 40, 50, 60, 64, 66, 67
- Stadtentwicklung Seite 8, 9, 11, 14, 17, 40, 47, 87
- Stadtgrün Seite 8, 40, 43, 45, 48
- Stadtteilkoordination 11
- Stadtteilmütter 11, 57

T

- Taktverdichtung Seite 25, 34, 35
- Taubenmanagement Seite 49
- Tempelhofer Feld Seite 8, 26, 40, 45, 46, 49, 52
- Tourismus Seite 22, 23
- Tram Seite 25, 26, 34, 35
- Transformation Seite 77, 79

U

- U7 / U7-Verlängerung Seite 25, 26, 34, 37
- Ufer Seite 49, 50
- Umweltbildung Seite 47, 49, 80
- Umweltgerechtigkeit Seite 39, 44
- Unfallschwerpunkt Seite 12, 31
- Urban Gardening Seite 46

V

- Verkehrssicherheit Seite 12, 30, 88
- Verwaltung Seite 41, 57, 63, 65, 66, 77, 84, 85, 86, 87
- Vision Zero Seite 25, 31
- Volksentscheid Deutsche Wohnen und co. enteignen Seite 15
- Volkshochschule Seite 64, 67, 70, 86
- Vorkauf Seite 9, 13, 14

W

- Wirtschaft Seite 22, 77, 78, 79, 80, 82
- Wirtschaftsförderung Seite 79, 80

Y

- Y-Trasse Seite 26, 36

Z

- Zero-Waste Seite 78, 80
- Zweckentfremdung Seite 13, 14
- Zwischennutzung Seite 18, 19

IMPRESSUM

Dieses Bezirkswahlprogramm wurde am 17.4.2021
von Bündnis 90/Die Grünen Neukölln einstimmig beschlossen.
Es wurde klimaneutral gedruckt.

HERAUSGEBERIN

Bündnis 90/Die Grünen Neukölln

Daniela Wannemacher und Philmon Ghirmai (V.i.S.d.P.)

Berthelsdorfer Str. 9 | 12043 Berlin

Tel.: 030/671 208 12 | info@gruene-neukoelln.de

www.gruene-neukoelln.de



@grueneneukoelln



@gruene_neukoelln



@GrueneNeukoelln

Layout: Christoph Jöns, www.grafik-joens.de

Fotos: Vincent Villwock, Songül Karahasanoglu, privat, Adobestock/GisoBammel

Icons: thenounproject.com



www.gruene-neukoelln.de